Angriff auf Asylkompromiss S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 26 – 30. Juni 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Selbst in Gefangenschaft begeben: Ein demokratisch nicht legitimiertes Gremium entscheidet künftig über deutsche Gelder Bild: pa

Finstere Stunde

ESM: Bundestag und Bundesrat stimmen Verfassungsbruch zu

Deutschland liefert seine Finanzkraft endgültig seinen europäischen Partnern aus. Die Demokratie wird damit unterhöhlt.

Bundespräsident Joachim Gauck ist gut beraten, sich die Unterzeichnung des Gesetzes zum „Europäischen Stabilitäts-Mechanismus“ (ESM) gründlich zu überlegen. Denn der ESM-Beschluss des Bundestages ist nichts Geringeres als der folgenschwerste Verfassungsbruch in der 63-jährigen Geschichte der Bundesrepublik.

Die Hoheit über das Geld der Deutschen, über ihre Lebensleistung und Zukunftsvorsorge wird in die Hand eines Gremiums gegeben, das nicht demokratisch legitimiert ist. Ein Gremium, das überdies dominiert wird von den Vertretern jener Völker, die sich über den ESM Zugriff zu diesem Geld verschaffen wollen. Einwände gegen den Zugriff und die Verwendung des Geldes können wiederum nur an europäische Instanzen gerichtet werden, bei denen ebenfalls die mutmaßlichen Nehmerländer vorherrschen: den Gouverneursrat des ESM oder in letzter Instanz den Europäischen Gerichtshof (siehe auch S. 7).

Dazu ist der Vertrag unkündbar. Das eben noch rechtlich souveräne Deutschland liefert sich also endgültig aus.

Geld der Deutschen ausgeliefert an die Euro-Partner

Die Befürworter des ESM konterten alle Einwände mit dem Hinweis, dass die Anhandgabe des Geldes der Deutschen verbunden sei mit „harten Auflagen“ und „strengen Verpflichtungen“ für die Nehmerländer. Stichwort „Fiskalpakt“, der die Euro-Staaten zu Sparsamkeit verpflichtet und zu den schmerzhaften Reformen, die notwendig sind, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen und somit die Fähigkeit, auf eigene Rechnung zu leben.

Die Wirklichkeit lehrt etwas völlig anderes. Die Euro-Rettungsabkommen bestanden nämlich alle aus diesen zwei Teilen. Erstens: Die Geberländer, allen voran Deutschland, zahlen oder bürgen. Zweitens: Die Nehmerländer verpflichten sich dafür zu Sparsamkeit und vor allem zu ehrgeizigen Reformen.

Nachdem Teil eins der Verträge umgesetzt worden ist, verschwand Teil zwei stets weitgehend im Papierkorb. Griechenland hat zwar Ausgaben gekürzt auf Kosten breiter Schichten seines Volkes. Doch wirkliche Reformen, die ja zulasten der privilegierten Kreise gehen würden, blieben aus. Jetzt erpresst Athen die Partner frech mit dem eigenen Untergang und fordert „Aufschub“, sprich: neue Milliarden. Und es kommt damit durch. Spanien erhält derweil Rettung ohne Auflagen. Die erste „Modernisierungsmaßnahme“ des neuen französischen Präsidenten François Hollande bestand in einer teilweisen Absenkung des Rentenalters von 62 auf 60 Jahre.

Der ESM öffnet die Taschen der Deutschen also für europäische Politiker, die auf Kosten der Deutschen gute Figur vor ihren Wählern machen wollen. Der Deutsche Bundestag ebnet ihnen mit Hilfe eines brachialen Verfassungsbruchs den Weg. Es ist am Bundespräsidenten, diesem Irrsinn Einhalt zu gebieten. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Verkalkuliert

Der Krieg der Nato gegen Syrien fällt erst einmal aus. Der Nordatlantikrat hat sich von der Kriegsrhetorik Ankaras nicht beeindrucken lassen, sondern den Abschuss eines türkischen Kampfjets durch die syrische Flugabwehr lediglich als „nicht hinnehmbar“ verurteilt. Damit hat er angemessen reagiert, denn weder war Syrien in diesem Fall der Aggressor, noch war der Bündnisfall gegeben. Die türkische Regierung hat eingestanden, dass ihre Maschine den syrischen Luftraum verletzt hat. Luftraumverletzungen kommen immer wieder vor, sei es aus Versehen oder vorsätzlich, um zu sehen, wie die andere Seite darauf reagiert. In einer normalen Situation würde ein solcher Vorfall nach einem scharfen Protest zu den Akten gelegt werden. Ein Abschuss wäre weit überzogen.

Die Lage zwischen Syrien und der Türkei ist aber nicht normal, sondern äußerst angespannt. Syrien befindet sich in einem Bürgerkrieg, in dem die Aufständischen von der türkischen Regierung aktiv unterstützt werden und von türkischem Boden aus operieren. Da ist es nur konsequent, dass das syrische Militär in höchster Alarmbereitschaft ist. Und es ist auch nachvollziehbar, dass ein in den eigenen Luftraum eindringendes türkisches Kampfflugzeug als feindlich angesehen wird. Bei dessen hoher Geschwindigkeit und der geringen Fläche des Landes ist die Vorwarnzeit denkbar gering. Es bleibt keine Zeit für Nachfragen, so dass die syrischen Kommandeure eigenverantwortlich und schnell entscheiden müssen. Unter diesen Umständen war der „Aufklärungsflug“ der türkischen Maschine unverantwortlich – oder eine kalkulierte Provokation, die Ankara indes nicht den erhofften Erfolg gebracht hat.

In falscher Sicherheit

Einlagensicherung würde »Systemkrise« nicht durchstehen

Anlässlich der derzeit im Raum stehenden Gründung einer Bankenunion für den Euro-Raum fürchtet so mancher Deutsche, fortan nicht nur als Steuerzahler, sondern auch in seiner Funktion als Sparer zur Rettung der Euro-Zone zur Kasse gebeten zu werden. Die deutsche Einlagensicherung gilt als weltweit vorbildlich und daher ist die Befürchtung groß, dass es das Ziel einer Bankenunion mit gemeinsamer Haftung der Banken im Euro-Raum ist, an die deutsche Einlagensicherung zu kommen.

Doch wer glaubt, die Gruppen aus privaten Banken, Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken hätten gut gefüllte Geldtöpfe als Reserve für Notfälle in ihren Tresoren liegen, der irrt. Zwar sind derzeit 100 000 Euro pro Sparer gesetzlich garantiert, die jeweiligen Bankengruppen versprechen sogar, für noch höhere

Höhe der Reserven ist geheim

Summen zu haften, doch das Geld ist nur zu einem kleinen Teil, wenn überhaupt, wirklich vorrätig. Auf *PAZ*-Anfrage beim Bundesverband deutscher Banken (BdB), beim Sparkassenverband DSGV und beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVB) wird betont, dass die Sicherungstöpfe immer aus Barmitteln und gegebenenfalls Nachschusspflichten bestünden. Wie hoch die Barmittel seien, würde nicht mitgeteilt, da dies Interna seien. Der BVB verweist sogar darauf, dass das Finanzministerium und die Bankenaufsicht Bafin eine Veröffentlichung der Zahlen nicht wünschten. „Ein expliziter Wunsch nach Nicht-Veröffentlichung des Volumens durch die jeweilige Einrichtung selbst ist mir nicht bekannt“, heißt es allerdings von der Bafin.

Und von den Sparkassen wird hinzugefügt, dass generell „kein Sicherungssystem für systemische Krisen gemacht ist, sondern nur zur Stützung von einzelnen Fällen gedacht ist“. *Bel*

Ideologen machen mobil

Betreuungsgeld: Hinter dem Streit steckt wohl mehr, als es scheint

Der unvermindert weiter tobende Streit um das Betreuungsgeld lässt erkennen, dass hinter den öffentlich vorgebrachten Argumenten massive ideologische Beweggründe stecken. Selbst Organisationen wie die IG Metall, die sonst jede soziale Wohltat begrüßen und zäh verteidigen, kämpfen verbissen gegen den Zuschuss für Eltern, die ihre Kinder im Alter von 13 bis 36 Monaten zu Hause erziehen wollen. Sie sollen ab Januar 2013 100 bis 150 Euro monatlich erhalten als Ausgleich für die bei der Kita eingesparten Kosten.

Gegen den als „Herdprämie“ verfemten Zuschuss machen zudem zwölf Frauenverbände mobil. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin spricht von „grotesker Geldverschwendung“. Gleichzeitig fordert er, die deutschen Kassen für Euro-Bonds und ähnliches zu öffnen ohne Rücksicht auf die Risiken,

Nun mischt sich sogar die OECD ein

gegen welche die Kosten für das Betreuungsgeld kaum spürbar sein werden. Ähnlich wie Trittin argumentieren auch Stimmen aus der Wirtschaft, die indes weniger um die Kinder als um die Arbeitskraft der Mütter bangen dürften.

Nun haben sich selbst Wissenschaftler im Auftrag der OECD in die Debatte gemischt. „Studien“ hätten belegt, dass vor allem Ausländerkinder und ihre Mütter darunter litten, wenn die Kleinen zu Hause betreut würden. Nur in der Kita nämlich kämen sie in Kontakt mit Einheimischen, was der Integration ausländischer Mütter und ihrer Kinder förderlich sei. Anders formuliert bedeutet dies, dass das Betreuungsgeld abzulehnen sei, um zu erreichen, dass Inländer mit ihren Kindern so verfahren, wie es den Interessen von Zugewanderten am weitesten entgegenkommt. Schon in der Vergangenheit haben sich die Wissenschaftler der OECD gesellschaftlichen Themen überwiegend zum linken Spektrum gesellt. *H.H.*

MELDUNGEN

Rücknahme gegen Visa

Brüssel/Ankara – Die Türkei hat zugestimmt, ein Abkommen mit der EU zu unterzeichnen, in dem sie sich zur Rückübernahme von illegalen Einwanderern bereit erklärt. Die Türkei ist das Drehkreuz für illegale Einwanderer gen Europa. Auch die zur Unterstützung nach Griechenland entsandte EU-Grenzagentur Frontex kann den Zustrom nicht eindämmen. Im Jahr 2011 hat Frontex über 55 000 illegale Einwanderer an dieser Grenze aufgegriffen, was einen Anstieg um 16 Prozent zum Vorjahr bedeutet. Mit der Unterzeichnung des 2007 ausgehandelten Abkommens geht auch eine konsequentere Zusammenarbeit in den Bereichen der Justiz und des Inneren einher. Für den Fall, dass diese Zusammenarbeit und weitere Anforderungen erfüllt werden sollten, signalisierte die EU langfristig eine Befreiung der Visumspflicht für türkische Staatsbürger. Der türkische EU-Minister Egemen Bagis wertet diese Verhandlungsbereitschaft als wichtigen Integrationsschritt der Türkei in die EU und rechnet in drei bis vier Jahren mit dem Ende der Visapflicht für Türken. *S.G.*

Türken freiwillig zur Bundeswehr

Berlin/Ankara – Um die Bundeswehr attraktiver für junge Türken mit deutschem Pass zu machen, wirbt Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) bei seinem türkischen Amtskollegen Ismet Yilmaz um die Anerkennung des freiwilligen Wehrdiensts für Doppelstaatsangehörige. Dank eines Abkommens mussten bisher junge Männer mit zwei Pässen nach der Ableistung des deutschen Wehrdienstes weder in der Türkei zum Wehrdienst noch sich mit bis zu 10 000 Euro freikaufen. Durch die Aussetzung des Wehrdienstes in Deutschland besteht derzeit für in Deutschland lebende türkische Staatsangehörige die Gefahr, in die türkische Armee einberufen zu werden. *S.G.*

Athen hält alle Trümpfe in der Hand

Griechische Regierung macht, was sie will, denn eine Strafe muss sie nicht fürchten

Griechenlands neue Regierung will bei allen wesentlichen Punkten der bisherigen Reformvereinbarungen Änderungen. So aussichtslos das Vorhaben und die Lage im Land auf den ersten Blick auch erscheinen, Griechenland hat noch mehrere Trümpfe in der Hand. Diese könnten für die übrigen Euro-Länder allerdings noch einmal richtig teuer werden.

So dürfte man sich in Brüssel den Wahlausgang in Griechenland nicht vorgestellt haben. Nea Dimokratia und Pasok übernehmen wie gewünscht die Regierung, doch schon folgt die Drohung, sämtliche Reformvereinbarungen aufzukündigen. Der spektakuläre Auftakt hat ein interessantes Detail der Regierungsbildung leider etwas in den Hintergrund rücken lassen. Teil der neuen Koalition ist die „Demokratischen Linke“ (Dimar). Deren Chef, Fotis Kouvelis, war über Jahre einflussreiches Mitglied von Syriza, eben jener Partei, die nach Wunsch von EU, EZB und Internationalem Währungsfonds möglichst weit von den Schalthebeln der Macht ferngehalten werden sollte. Erst nachdem er im Machtkampf gegen Alexis Tsirpas unterlegen war, hat Kouvelis im Jahr 2010 Syriza verlassen und Dimar gegründet. Auch wenn die meisten ausländischen Medien der Partei gern das Etikett „gemäßigt“ anhängen, im Parlament hat Dimar bisher gegen sämtliche Sparpakete gestimmt. Mit den neuen Koalitionspartnern Nea Dimokratia und Pasok scheint Einigkeit zu herrschen, dass die bisherigen Vereinbarungen neu verhandelt werden, das Land aber am Euro festhält.

Diese Hoffnung ist nicht einmal unbegründet, denn der Rausschmiss eines Landes ist in den Europäischen Verträgen schließlich nirgendwo vorgesehen. Stattdessen besteht eher die Gefahr, dass Griechenland ausgiebig eine juristische Grauzone nutzen wird – zu Lasten der übrigen Euro-Länder. Unabhängig von der EZB gewährt die griechische Zentralbank bereits seit geraumer Zeit den Geschäftsbanken des Landes milliardenschwere Liquiditätsnothilfen (Emergency Liquidity Assistance – ELA). De facto handelt es sich dabei um die Schaffung neuer Euro auf eigene Rechnung. Formell sollen die ELA-Hilfen nur kurzfristige Notlagen von Geschäftsbanken überbrücken, in der Realität haben sie sich längst zur Dauereinrichtung entwickelt. Gestoppt werden kann dieses Drucken auf eigene Faust nur, wenn sich zwölf der 17 Euro-Länder im EZB-Rat dafür aussprechen würden. Tatsächlich wird eine derartige Mehrheit gegen Griechenland kaum zustande kommen: Die Unterstützung Athens durch Zypern gilt als sicher. Malta, Portugal, Spanien, Irland und Italien werden kaum ein Interesse daran haben, ELA-Kredite in einem Präzedenzfall erstmalig zu stoppen. Sie greifen zum Teil bereits selbst auf dieses Mittel zurück.



Antonis Samaras: Der griechische Premier weiß genügend Länder auf seiner Seite, so dass die Zentralbank des Landes weiter Geld „drucken“ kann Bild: pa

Thomas Warner, der sich im Internet-Blog der „Financial Times“ mit der Thematik beschäftigt hat, geht davon aus, dass im März theoretisch 470 Milliarden Euro an Kundeneinlagen und ausgereichten Krediten im griechischen Bankensystem vorhanden waren, die für Beleihungen bei der griechischen Zentralbank herangezogen werden können. In der Praxis dürften Höhe und Qualität der Sicherheiten allerdings kaum eine Rolle spielen. Entscheidend ist allein der Wille der griechischen Zentralbank frische Euros auszureichen, egal was von den Banken hinterlegt wird. Verblüffend erfolgreiche Auktionen von kurzlaufenden griechischen Staatsanleihen in der Vergangenheit waren bereits ein Indiz dafür, dass sich die griechischen Banken für die ELA erkenntlich gezeigt haben könnten. Die von den Banken gekauften Anleihen sind wiederum bestens dafür geeignet, bei der griechischen Zentralbank beliehen zu werden. Letztendlich ein Kettenbrief, der allerdings für Griechenland durchaus eine „Spielverlängerung“ ermöglichen kann.

Es ist nicht der einzige Anreiz für Griechenland, solange wie möglich im Euro zu bleiben. Bereits Ende April stand Griechenland mit 98 Milliarden Euro bei anderen Zentralbanken im Rahmen des Target2-Zahlungssystems in der Kreide. Mangels vereinbarter Fristen kann der Ausgleich der Position bis zum St. Nimmerleinstag aufgeschoben werden, solange Griechenland Euro-Mitglied bleibt. Verlässt Griechenland den Euro, ist der Ausgleich des Postens theoretisch sofort fällig.

Immer stärkere Auswirkungen hat die Krise Griechenlands inzwischen auch auf Zypern. Nach Spanien ist das Land der nächste Fall für den Euro-Rettungsschirm. Ähnlich wie bei dem Milliardenpaket für die spanischen Banken zeichnet sich abermals ein Scheitern der Merkel-Doktrin „Hilfe gegen Reformen“ ab. Aufgrund seiner geostrategischen Lage könnte sich Zypern aussuchen, wer den Retter spielen darf. So liegt ein Kreditangebot von Russland an Zypern vor. Die Insel ist längst wichtiger Bankplatz für russische Oligarchen geworden, Russland hat ebenfalls ein Interesse an den umfangreichen Öl- und Gasfeldern um Zypern und an einem Marinestützpunkt auf der Mittelmeerinsel. Doch da Brüssel finanzielle Abhängigkeit gegenüber Moskau nicht gutheißt, wird sich Zypern an den Rettungsschirm wenden. *Norman Hanert*

Die Schulden-Uhr: Alternative für viele

Die „Freien Wähler“ haben sich gegen den ESM ausgesprochen. Bis jetzt ist es den Medien noch immer gelungen, Parteien, die sich gegen eine Verschuldung Deutschlands zugunsten der PIGS-Staaten und ihrer Gläubiger aussprachen, in die rechte Ecke zu stellen. Inwieweit dies nun auch bei den „Freien Wählern“ trotz deren offenkundiger basisdemokratischer Verwurzelung gelingen wird, muss die Zukunft zeigen. Noch jedenfalls kann sich jeder Vierte vorstellen, die „Freien Wähler“ zu wählen. Nach Parteipräferenz geordnet sind es bei den Grünen 14, der SPD 18, bei Union und Linken 20 und bei den „Piraten“ 40 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Forsa-Meinungsumfrage im Auftrag des „Stern“. *M.R.*

2.041.541.070.302 €

Vorwoche: 2.040.736.180.116 €
Verschuldung pro Kopf: 24.958 €
Vorwoche: 24.948 €

(Dienstag, 26. Juni 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Jet mit tödlichen Schwächen

US-Superjagdflugzeug »Raptor« nur bedingt einsatzfähig

Er ist ein Flugzeug der Superlative, der Hightech-Jäger Lockheed Martin F-22 „Raptor“ – und entpuppt sich zunehmend als Flopp. Mitte März lieferte der Hersteller die letzte von 187 Serienmaschinen an die U.S. Air Force ab. Die verfügt damit nicht nur über das modernste Kampfflugzeug der Welt, sondern mit 143 Millionen US-Dollar auch über das bislang teuerste der Geschichte. Aber die hochgezüchtete Technik des Wundervogels ist anfällig. Seit Anfang Mai müssen die „Raptoren“ in der Nähe ihrer Basen bleiben. Der Grund: Piloten klagen über Schwindelanfälle, kurze Ohnmachten wegen Sauerstoffmangels und den „Raptor“-Husten nach längeren Flügen. Ingenieure von Air Force und Lockheed Martin suchten nun – wieder einmal – in der Luftversorgung des Cockpits nach der Ursache des Problems. Denn bereits im vergangenen Jahr mussten die „Raptoren“ eben deswegen für vier Monate am Boden bleiben. Im November 2010 war vermutlich wegen dieses Problems eine F-22 in Alaska abgestürzt; der Pilot hatte den Absturz nicht überlebt. Trotzdem hob das Verteidigungsministerium das Startverbot wieder auf, ohne dass der Fehler gefunden worden war. Anfang Mai setzten zwei Piloten dann den US-Verteidigungsminister Leon Panetta unter Zugzwang. Sie traten in der landesweit ausgestrahlten CBS-Nachrichtensendung „60 Minutes“ auf und berichteten von den technischen Problemen. Und sie erklärten, sie und viele ihrer Kameraden würden sich mittlerweile weigern, den Superjäger zu fliegen. Daraufhin schränkte Panetta die Flugdauer ein und beschleunigte den Einbau eines Reservesystems, das ab Dezember zur Verfügung stehen soll. Inzwischen haben die Entwickler einen Teil des Problems ganz woanders geortet: Es ist die eigens für die F-22 entworfene Weste ihres Fluganzuges. Die soll eigentlich die Atmung des Piloten in großen Höhen und in extremen Flugzuständen unterstützen, funktioniert aber nicht zuverlässig. Die Air Force hat die Weste nun aus dem Einsatz gezogen.

Piloten weigern sich, die Maschine zu fliegen

Das alles treibt die ohnehin schon hohen Kosten für die F-22 weiter in die Höhe. Kaum in Dienst, müssen die „Raptoren“ nachgerüstet werden, weil sie die neueste Lenkwaffengeneration gar nicht einsetzen können. Weiteres Geld wird benötigt, damit der reine Jäger zukünftig auch Bodenziele bekämpfen kann. Insgesamt sind dafür 24 Milliarden Dollar veranschlagt. Dass die Air Force den vollen Betrag bekommt, muss angesichts der angespannten Kassenlage bezweifelt werden. Außerdem reichen die 187 „Raptoren“ nicht, um die F-15 zu ersetzen, von denen ein knappes Viertel als Mittelstreckenbomber ausgeliefert wurde. Im Einsatz sind zurzeit 408 F-15, davon 132 Bomber, die durch die „Raptor“ nicht ersetzt werden. Die Luftwaffe hat die F-22 auf drei Jagdgeschwader und einen Trainingsverband verteilt. Ein Jagdverband steht an der Ostküste, der zweite in Kalifornien und der dritte in Alaska. Da sie für Bodenangriffe noch nicht ausgerüstet sind, tragen die älteren Jets weiter die Hauptlast der amerikanischen Militäreinsätze. Von denen sind jedoch viele über ihre geplante Lebensdauer hinaus im Einsatz. Deren Modernisierung ist also unumgänglich, wollen die USA weiterhin militärisch so präsent sein wie heute. *Friedrich List*

Verbannt

Immer weniger Christen in Algerien

Gab es einst in Algerien im ersten Jahrtausend nach Christus 500 katholische Diözesen mit mehr als 1000 Bischöfen, so sind es heute gerade noch drei. Der christliche Glauben soll nach dem Willen der religiösen Führer von heute, wie des Scheichs Bouamrante von der Universität Algier, ganz aus dem nordafrikanischen Staat verbannt werden. Missionierung sei – so der Scheich – eine neokolonialistische Gehirnwäsche und müsse auf das Schärfste bekämpft werden.

»Arabischer Frühling« hat Lage nicht verbessert

Im 7. Jahrhundert besetzten moslemische Araber Nordafrika und langsam verschwand das Christentum fast völlig. Unter französischer Hoheit gab es zwar eine bescheidene Renaissance des Christentums in dem nordafrikanischen Land, doch nach der Unabhängigkeit 1962 gewannen islamische Tendenzen sofort die Oberhand. Der Islam nach sunnitischer Prägung ist Staatsreligion. In Algerien gilt noch immer ein Gesetz, wonach Frauen rechtlich benachteiligt werden.

Ein Gesetz aus dem Jahr 2006 schließlich verlangt eine Sondererlaubnis für religiöse, nicht muslimische Feiern, also für jede Messe, und verbannte so die letzten verbliebenen Christen mehr oder weniger in den Untergrund. Kirchen unterliegen einer strengen Meldepflicht und erfahren dann ein gewisses Maß an Duldung.

Besonders viele Bürger der Berberminderheit in den Bergen des Hinterlandes hängen zum Ärgernis der islamischen Führung noch protestantischen Glaubensrichtungen an. Teilweise flammt deswegen wieder Gewalt gegen Christen auf, so wurde etwa die protestantische Tafat-Kirche in Brand gesetzt.

Fünf Jahre Gefängnis stehen nach dem Anti-Missionsgesetz von 2006 auf den Versuch, einen Muslim zum Glaubensübertritt zu bewegen. Daran hat auch der „Arabische Frühling“ in dem zu 99 Prozent islamischen Land mit seinen 35 Millionen Einwohnern (etwa 5000 Christen) nichts geändert. *Joachim Feyerabend*

Schulkinder als Versuchskaninchen

VON THEO MAASS

Mit der Abschaffung der Hauptschulen in Berlin und deren Zusammenlegung mit den Real- und Gesamtschulen befürchteten viele Eltern, dass ihre Kinder an den neuen „Sekundarschulen“ mit kaum integrierten Ausländern und einheimischen Problemkindern in einer Klasse landen. Die Folge war ein Ansturm auf die Gymnasien. Doch dort müssen die Kinder zunächst ein Probejahr durchlaufen, in dem festgestellt wird, ob sie fürs Gymnasium geeignet sind. Viele jedoch sind gescheitert, rund 740 Schüler haben das Probejahr nicht geschafft. Die Mehrzahl von ihnen landet in rund 20 „Rückläuferklassen“, weil es für sie keinen Platz in vorhandenen Klassen gibt. Spitzenreiter ist der Problembezirk Neukölln mit 100 gescheiterten Gymnasiasten. Die Rückstufung ist ein harter Schlag für die Kinder. Schulleiter sprechen hinter vorgehaltener Hand von einer „pädagogischen Katastrophe“.

Letztlich ist dieses traurige Ergebnis das Resultat gescheiterter roter Schulexperimente, die schon lange darauf abzielen, die Hauptschule abzuschaffen, um das Leistungsniveau einzuebnen und Bildung „gerechter“ zu verteilen. Elternfürsorge und die Lust am sozialistischen Bildungsexperiment sind aber kaum unter einen Hut zu bringen. Das gilt eben nicht nur für Berlin. In Hamburg war der Volkszorn über ein ähnliches Projekt so groß, dass die Initiative „Wir wollen lernen“ die gemeinsame Bildungspolitik von CDU bis Linkspartei hinwegfegte und damit das politische Ende des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust (CDU) einleitete.

In Berlin hatten bislang auch die Realschulen einen guten Ruf. Kinder, die zunächst nicht fürs Gymnasium geeignet erschienen, konnten sich dort gute Chancen erarbeiten, nach dem Mittelschul-Abschluss doch noch zum Abitur zu gelangen. Die mit der SPD regierende Berliner CDU hat nicht einmal einen Vorstoß unternommen, um den alten Zustand mit separater Hauptschule zu erhalten.

Das verärgert viele ihrer Wähler. In ihren Augen war die Abschaffung der Hauptschule nur eine weitere sozialistische Fehlplanung, und sie fragen sich, warum die Christdemokraten hier nicht wenigstens nachträglich korrigierend eingegriffen haben. Doch das hat Tradition: Auch in der langjährigen Regierungszeit von CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen wurden beispielsweise die Busspuren am Kurfürstendamm nicht wieder aufgehoben, obwohl die Union in der Opposition dagegen heftig polemisiert hatte. So müssen die Berliner Eltern nun wohl schon zufrieden sein, wenn ihnen im rot-schwarzen Regierungsbündnis weitere Bildungsexperimente erspart bleiben, bei denen ihre Kinder als Versuchskaninchen missbraucht werden.

Potsdamer verprellen Spender

Neue Kunsthalle: Stiftung von 45 Millionen Euro könnte der Stadt durch die Lappen gehen



Wollte Potsdam eine Kunsthalle schenken, wo jetzt ein grauer Betonklotz steht: SAP-Gründer Hasso Plattner (kleines Bild)

Bild: pa

Seit Software-Milliardär und Mäzen Hasso Plattner im April bekanntgab, Potsdam eine zentral gelegene Kunsthalle zu schenken, versuchen Linke das Projekt zu Fall zu bringen. Nun zog sich Plattner vom Standort Lustgarten neben dem Stadtschloss zurück, für viele Potsdamer ein – heilsamer? – Schock.

Bürger und Prominente versuchen den Gründer des SAP-Konzerns demonstrativ umzustimmen. Die Frage des Baus droht zum negativen Signal an Spender, Zugereiste und für die Gestaltung des verödeten Zentrums der Preußen- und Tourismusmetropole zu werden.

In der Stadtmitte, neben dem als Landtag im Aufbau befindlichen Schloss, wollte Plattner der an zeitgenössischer Kunst armen Stadt einen Musentempel anstelle eines abgewohnten einstigen Interhotels spendieren. Doch Protest seitens einiger Linksparteiler, Grüner sowie des Tourismusverbandes veranlassten den Mäzen zum Rückzug. Die Hoffnung der großen Mehrheit der Potsdamer auf Belebung der historischen Mitte gerät in Gefahr. Hier hätte Plattners Kunstsammlung, um die sich viele Städte bewarben, Akzente gesetzt. Allein das bisherige Mercure Hotel, in den 60er Jahren als Interhotel von der DDR zum Sammeln von Devisen errichtet, müsste der Kunsthalle weichen.

Der Linke-Fraktionschef im Stadtparlament, Hans- Jürgen Scharfenberg, verteidigte das 17 Stockwerke hohe Hotel: „Es ist bestens platziert an dieser Stelle, wäre es nicht hier, müsste man eines hinstellen.“ Scharfenberg verlangte bereits 2011 Denkmalschutz – für Plattner ein Grund, jetzt DDR-Kunst in den Mittelpunkt seines Projekts zu rücken. Doch selbst dieses Sammelgebiet, das ohnehin „stiefmütterlich behandelt“ werde, so Plattner, überzeugte die Gegner nicht. Auch der Chef der für den Fremdenverkehr im Land zuständigen Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH, Dieter Hütte, hatte die Kunsthalle zwar begrüßt, den Hotelabriss aber als bedenklich kritisiert. Plattner, der den Bau aus Privatmitteln finanzieren will, erhielt böse Briefe. Giftige Kommentare, Plattner wolle sich ein Mausoleum errichten, veranlassten ihn schließlich zur Abkehr vom Standort in der Innenstadt.

Auch Jauch und Joop wollen das Projekt retten

Rund 1000 Potsdamer, darunter Moderator Günther Jauch, Designer Wolfgang Joop und Schauspielerin Nadja Uhl, versammelten sich daraufhin am 18. Juni, um Hasso Plattner umzustimmen. Gerade einmal 20 Gegendemonstranten kamen. „Eine so überwältigende Demo habe ich nicht erwartet, schönen Dank“, sagte Plattner. „Heute sehe ich, das sind nur ganz wenige“, rief er den Gegendemonstranten zu.

Das Projekt Kunsthalle, von Experten mit gut 45 Millionen Euro einschließlich Grunderwerb und Abriss des Mercure veranschlagt, bleibt dennoch gefährdet, und das, obwohl das Hotel ein Auslaufmodell ist. Der jetzige Betreiber will 2013 aufhören, so oder so. Das größte Hindernis bleibt das gesellschaftliche Klima der Stadt. „Wenn Scharfenberg zustimmen würde, hätten wir es alle leichter“, seufzt Plattner.

Auch Prominente hatten die Stimmung, die „autoaggressive Energie“, kritisiert, so Mathias Döpfner, Vorstandschef des Axel-Springer-Konzerns. Wie andere zugewanderte Potsdamer beklagt er die Protesthaltung der „Alteingesessenen“, die Plattner als Grund seines Rückzugs nannte. Diese sähen im Hotelabriss den Verlust „eines Stücks DDR-Geschichte“, so der Spender.

Seit Plattners Rückzug bemüht sich die Stadt, Zeichen für die ursprüngliche Idee zu setzen. Plattner ließ jedoch durchblicken, sich als Privatmann derart massiven Protesten nicht aussetzen zu wollen: Er schlägt nun eine abgespeckte Variante des Museums auf dem Gelände der von ihm gegründeten Software-Akademie am Stadtrand Potsdams vor. „Die Tür ist wieder ein Stück weit offen“, hofft hingegen Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD). Er versprach Plattner, die Stadt werde Verhandlungen mit bisherigen Nutzern des Mercure-Geländes übernehmen. Auch die Baurechte „lösen wir dann als Stadt“, so Jakobs. Für die Angestellten des Hotels handelte der Oberbürgermeister eine Beschäftigungsgarantie mit Potsdamer Hotels und Verbänden aus. Die Stadtverordneten verstärkten Mittwoch vergangener Woche das Signal: Mit großer Mehrheit von elf zu fünf stimmten sie für den ursprünglichen Plan. Nur die Linkspartei stimmte dagegen.

Gewissheit für die zweistöckig gedachte Halle ist damit noch nicht geschaffen. Sie könnte im Idealfall in fünf Jahren fertig sein. Gut 25 Werke der DDR-Kunst hat Plattner bereits zusammengetragen, Werke von Wolfgang Mattheuer, Werner Tübke, Bernhard Heisig und Arno Rink. Vom Stil her „zurücknehmen“ will Plattner den Bau, verglichen mit dem Stadtschloss.

Doch bei aller Geduld des Spenders bleibt die Stimmung in linken Kreisen frostig. Erst vor kurzem musste das von Plattner in den 90er Jahren gegründete Software-Institut ein gemeinsames Forschungsprojekt mit der Schufa wegen linker Proteste abbrechen. Die Schutzgemeinschaft wollte mit dem Institut Wege erforschen, allgemein zugängliche Internetdaten für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit im Zahlungsverkehr nutzbar zu machen. Selbst die allgemein formulierte Forschungsfrage, welche Netz-Daten überhaupt verwertbar seien und zu welchen gesellschaftlichen Risiken, erregte die Gemüter. Bis 15. Juli muss Plattner sich nun entscheiden, dann läuft die Frist für den bereits ausgehandelten Kaufvertrag für das Mercure aus. *Sverre Gutschmidt*

Wowereits Phantasie-Etat

Haushaltsplan für 2012/13 ist bereits heute Makulatur

Es sind große Versprechungen, die mit dem Berliner Doppelhaushalt für 2012/13 abgegeben werden: Schon im kommenden Jahr soll die Neuverschuldung auf 480 Millionen Euro sinken, spätestens im Jahr 2016 ein ausgeglichener Haushalt vorliegen. Bereits heute ist allerdings klar: Der vorgelegte Etat ist von Beginn an Makulatur. Schon im Herbst dürfte ein Nachtragshaushalt nötig werden.

Bis dahin wird etwas klarer zu sehen sein, wie teuer das Desaster um den neuen Großflughafen die Berliner zu stehen kommt. Momentan werden die Mehrkosten für Berlin, Brandenburg und den Bund auf etwa 1,2 Milliarden Euro beziffert. Damit nicht genug: Der Wunschzettel – vor allem der Berliner SPD – ist noch lang: Ein Rückkauf der Berliner Wasserwerke würde 1,3 Milliarden Euro kosten. Wie das Lieblingsprojekt des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD), nämlich der Bau einer nagelneuen Zentral- und Landesbibliothek, finanziert werden soll, ist ebenfalls völlig offen.

Für die Sanierung des Berliner Kongresszentrums (ICC) – geschätzte Kosten 300 Millionen – stehen erst 182 Millionen Euro bereit. Die Lösung könnte in einem Vorschlag des CDU-Finanzexperten Christian Goiny liegen. Sein Plan: das ICC zur Landesbibliothek umfunktionieren. Da die Messegesellschaft ohnehin keinen Wert mehr auf das ICC legt, ließen sich so die geschätzten Kosten von 270 Millionen Euro für einen Bibliotheksneubau sparen.

Großprojekte sprengen das Budget bei weitem

Weitere Probleme kündigen sich für Wowereit bereits an: Berlins neuer SPD-Chef Jan Stöß und große Teile der Spree-SPD sperren sich gegen eine Teilausschreibung des S-Bahnbetriebes. Wowereit hat im Senat – gemäß der Koalitionsvereinbarung – eine Ausschreibung für eine Teilstrecke angeschoben. Ein Ergebnis soll 2014 vorliegen. Spätestens dann könnte der parteiinterne Streit um die S-Bahn eskalieren.

Sobald das Ausschreibungsergebnis vorliegt, ist nämlich auch wieder das Abgeordnetenhaus mit dem Vorgang befasst. Dort steht selbst Wowereits eigene SPD-Fraktion einer Teilausschreibung kritisch gegenüber. Da die Abgeordneten die Auftragsvergabe sogar komplett stoppen können, droht Wowereit dann zwischen die Fronten zu geraten: Auf der einen Seite die CDU, die auf Teilausschreibung gemäß dem Koalitionsvertrag pocht, auf der anderen Seite Wowereits eigene Partei, die ihm in der Frage die Gefolgschaft versagt. *N.H.*

»Nicht zu fassen!«

Öder Bauklotz soll direkt ans Schloss

Er habe „keine anspruchsvolle Architektur erwartet. Aber auch nicht, dass es so schlimm wird. Das ist eine intellektuelle Frechheit“, kommentierte Gerhard Hoya, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft Historisches Berlin, das Vorhaben.

Ein Streit tobt um die unmittelbare Nachbarschaft des Berliner Schlosses. Dort steht die von Karl Friedrich Schinkel (1781 – 1841) erbaute Friedrichwerdersche Kirche. Sie gilt als ein Hauptwerk der deutschen Neugotik in Berlins Mitte. In unmittelbarer Nachbarschaft harrt die ebenfalls von Schinkel geplante Berliner Bauakademie ihres Wiederaufbaus, an dem der Senat sich ungeachtet mehrerer privater Initiativen nicht beteiligen will.

Stattdessen zeichnete der Senat nun Pläne für ein nüchternes Gebäude vor der Kirche aus. Der 7000 Quadratmeter große, vierstöckige, schmucklose Bau stünde direkt zwischen dem als Humboldtforum im Aufbau befindlichen Schloss und den beiden Schinkelbauten. Der Plan für das Büro- beziehungsweise Wohngebäude ist Ergebnis eines städtebaulichen Wettbewerbs.

Berliner Initiativen laufen Sturm

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung lobte diesen im März mit einem Investor aus München aus. Nun gibt es zwei erste Preise: Einen für das Architekturbüro Volker Staab für dessen Bürogebäude und einen für Bruno Fioretti Marquez, der (ebenfalls schmucklose) Wohngebäude vorsieht. Hoya und andere Architekturexperten verlangen einen Gegenentwurf. „Das ist doch nicht zu fassen, das ist so was von phantasielos“, protestiert auch Annette Ahme von der Bürgerinitiative „Schöne Mitte. Schöne Stadt“. *SV*

Platz des 17. Juni gefordert

Der Platz vor dem Bundesfinanzministerium soll künftig „Platz des 17. Juni 1953“ heißen. Dies fordern die Autorin und Filmemacherin Freya Klier, der frühere Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Gerd Poppe, und Alexandra Hildebrandt vom Mauer-Museum am „Checkpoint Charlie“. Hier, wo sich das „Haus der Ministerien“ der DDR befand, begann 1953 der Volksaufstand, so die Begründung. Klier: „Ich bin sehr dafür, diesen historischen Ort vor dem heutigen Bundesfinanzministerium in Platz des 17. Juni 1953 umzubenennen. Geschichte braucht auch authentische Orte und Namen für das Erinnern.“ Alexandra Hildebrand fordert die Umbenennung des Platzes seit Jahren. Wie dürftig die Erinnerung an die Ereignisse des 17. Juni mittlerweile ist, zeigte sich bei der diesjährigen Gedenkveranstaltung. Bundeskanzlerin Angela Merkel fand keine Zeit, um teilzunehmen. Sie ließ sich von Bundesbildungsministerin Annette Schavan vertreten. *T.M.*

Der gefallene »Messias«

Immer mehr Medien wenden sich von US-Präsident Barack Obama ab

Es waren Stichworte wie „Change" (Wechsel) oder „hope" (Hoffnung) oder „Yes, we can" (Wir schaffen es), die Barack Obamas Wahlkampf 2008 bestimmten und die Menschen elektrisierten. Sie feierten den Präsidentschaftskandidaten auf Freiluftveranstaltungen, die Feldgottesdiensten glichen. Heute brechen selbst linksliberale Medien über den US-Präsidenten den Stab.

Der Titel des vorletzten „Spiegel" „Schade, Obamas missglückte Präsidentschaft" klingt wie ein Nachruf. Sorgfältig ist von Redakteuren das Bild eines ergrauten und verkniffen guckenden Präsidenten ausgewählt worden. Fast gleichzeitig berichtet die „Welt" erstmals von schlechten Umfragezahlen für Obama. Der republikanische Herausforderer Mitt Romney führe mit bis zu drei Prozentpunkten, wie die Meinungsforschungsinstitute Gallup und Rasmussen herausgefunden hätten, lautete die Nachricht. Und noch alarmierender für alle, die in Europa bisher auf eine Wiederwahl des Präsidenten am 6. November gewettet hatten: Auch in dem meist wahlentscheidenden Bundesstaaten Florida und Ohio liegt Romney bei einigen Umfragen hauchdünn vorne. Selbst bei der Höhe der im Mai eingegangenen Wahlkampfspenden hat der Herausforderer den Präsidenten mit 76 zu 60 Millionen US-Dollar überflügelt.

Was hat sich verändert, was ist passiert? Warum sehen selbst berühmte Ostküsten-Medien wie die „Washington Post" oder die „New York Times" den Präsidenten kritischer und den steinreichen republikanischen Herausforderer positiver? Schon im Januar 2010, nur ein Jahr nach dem Beginn der Präsidentschaft Obamas, mehrten sich dort bereits die kritischen Stimmen. Kommentatoren der linksliberalen Medien zogen ein durchwachsenes Fazit über den Mann, der gerade den Friedensnobelpreis bekommen hatte. Die Magie Obamas schien verflogen zu sein. Das US-Gefangenenlager Guantánamo war immer noch nicht aufgelöst, der Krieg in Afghanistan forderte noch mehr Soldaten und Tote, die Wirtschaft geriet in eine tiefe Krise und die Arbeitslosenzahlen schnellten in die Höhe. Gleichzeitig verpufften die von Obamas Wirtschaftsberatern favorisierten Konjunkturprogramme. Das US-Staatsdefizit erreichte astronomische Höhen. In dieser Zeit beurteilte David Brooks für die „New York Times" Obama noch gnädiger und hielt ihm seine Dialogbereitschaft, seine abwägende, pragmatische Art zugute.

Der versprochene »Change« hat nicht stattgefunden

Zur Halbzeit der Präsidentschaft votierten jedoch die US-Bürger mehrheitlich für die oppositionellen Republikaner im Repräsentantenhaus, dem amerikanischen Parlament. In der Folgezeit sah sich Obama zu nervenzehrenden Verhandlungen über die Höhe der Neuverschuldung gezwungen. Doch all das schien dem Präsidenten bis vor kurzem nicht viel anhaben zu können. Den Sturz von seinem Sockel hatten Obama viele vorausgesagt, aber bisher schienen die Misserfolge seiner Politik oder die hohen Kosten der viel kritisierten Gesundheitsreform nur wenig an seinem Image zu kratzen. Die Republikaner verzehrten sich indes in einem sehr aufreibenden Kandidatenwettkampf und genüsslich schalteten Obamas Leute Werbespots über den Mormonen und gierigen Hedgefonds-Manager Mitt Romney, dem zudem noch mangelndes Charisma nachgesagt wurde.

„Schade", sagt nun der „Spiegel", der traditionell mit den amerikanischen Ostküsten-Medien eng verbunden ist, die jetzt das Spiel anscheinend verloren geben. Der mediale Mainstream zeigt sich außerordentlich irritiert über einen Friedensnobelpreisträger, der einen „schmutzigen Drohnenkrieg" in Pakistan führt und Klimaabkommen blockiert. Die Enttäuschung der Medien ist mit Händen zu greifen, wenn Hans Ulrich Gumbrecht im Feuilleton der „Welt" schreibt, Obama und seine Minister seien durch die Herausforderungen der elektronischen Revolution „radikal überfordert". *Hinrich E. Bues*



Obama gerät immer stärker in die Isolation: Immer mehr einstige Unterstützer sind von seinen Ergebnissen enttäuscht Bild: pa

Zeitzeugen



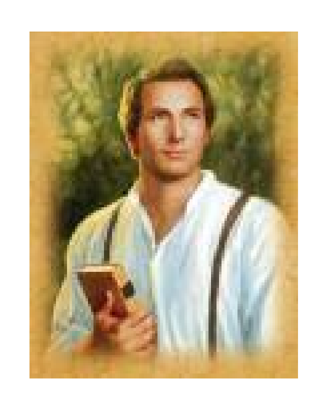
Hillary Clinton – Die 64-jährige Frau des früheren Präsidenten Bill Clinton trat, sogar als Favoritin, zunächst selbst bei den Vorwahlen der Demokraten 2008 an. Sie lieferte sich mit Gegenkandidat Obama einen erbitterten Kampf, den sie verlor. Um die Partei wieder zu einen, holte Obama sie als Außenministerin ins Kabinett.

Timothy Geithner – Als Chef der New Yorker Zentralbank gehörte der 50-Jährige bereits zum innersten Zirkel des Banker-Adels, bevor Obama ihn zu seinem Finanzminister machte. Kritiker halten Geithner vor, dass er Finanzinstitute bedingungslos mit Steuermitteln rette, eine sinnvolle Reform der Bankenaufsicht aber verschleppe. So wälze er die Risiken von den Großspekulanten auf die Steuerzahler ab.

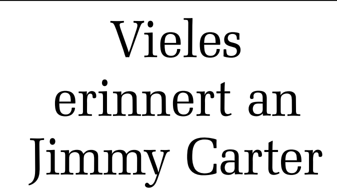


Ron Paul – Der 1935 geborene texanische Kongressabgeordnete ist schon mehrfach zu Präsidentschaftsvorwahlen angetreten und steht auch jetzt gegen seinen republikanischen Parteifreund Romney. Paul war gegen den Irakkrieg, tritt für den Goldstandard ein und missbilligt die Sicherheitsgesetze infolge des 11. September 2001 als Gefahr für die Freiheit. Bei großen Medien und im US-Establishment hat Paul wenig Freunde. Dafür schart er eine recht große Unterstützergemeinde im Volk um sich.

Miles Park Romney – Der in Vielehe lebende Urgroßvater von Mitt Romney, Miles Park Romney (1843–1904), floh 1885 wegen eines in den USA verhängten Anti-Polygamie-Gesetzes ins Exil. Noch der Vater von Mitt Romney wurde in einer nordmexikanischen Mormonen-Kolonie geboren, bevor die Familie aufgrund der Wirren der 1910 in Mexiko ausgebrochenen Revolution mit anderen Mormonen wieder zurück in die USA zog.



Joseph Smith – In seinem 1830 veröffentlichten Buch „Mormon" stellte der Religionsstifter (1805–1844) die Behauptung auf, dass Jesus Christus nach seiner Auferstehung in die USA gekommen sei, wo er gelehrt und eine Kirche gegründet habe. Von den Mormonen wird daraus abgeleitet, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ein auserwähltes Land und Ort göttlichen Handelns seien.



Vieles erinnert an Jimmy Carter

Wiederholt sich da die Geschichte? US-Beobachter fühlen sich angesichts von Barack Obamas verglimmender Aura an Jimmy Carter erinnert. Wie Obama Mitglied der Demokratischen Partei, startete der Mann aus Georgia nach einem furiosen Sieg über Gerald Ford 1976 seine Präsidentschaft als Hoffnungsträger und frische Lichtgestalt.

Ford, bis zu dessen Sturz 1974 Vizepräsident von Richard Nixon, haftete noch immer der strenge Geruch der Watergate-Affäre an, die seinem Vorgänger das Amt gekostet hatte. Er stand somit für das desavouierte, „alte" System von Washington. Jimmy Carter hatte bis zu seiner Präsidentschaft noch kein politisches Amt auf Bundesebene innegehabt, was ihm nun zum Vorteil gereichte. Er konnte einige außenpolitische Erfolge verbuchen, so das Abkommen von Camp David, mit dem 1978 das Kriegsbeil zwischen Ägypten und Israel begraben wurde.

Vom Medienstar zum Pechvogel

Doch dann ging scheinbar alles schief: Im November 1979 nahmen iranische Studenten 52 Diplomaten in der Teheraner US-Botschaft als Geiseln, die erst am 20. Januar 1981 freigelassen wurden. Just an dem Tage, als Ronald Reagan die Präsidentschaft von Carter übernahm, was bis heute Stoff für Verschwörungstheorien liefert. Im Dezember 1979 überfiel die UdSSR Afghanistan, im Folgejahr erschütterte der zweite Ölpreisschock die Weltwirtschaft. Carter erließ hohe Einfuhrzölle auf Öl, was ihm Feinde machte.

Bald rückten auch die zuvor euphorischen Medien von ihm ab, gaben ihm die Schuld für allen Unbill wie Arbeitslosigkeit oder die Machtlosigkeit gegenüber Teheran und Moskau. Im November 1980 verpasste er seine Wiederwahl krachend. *H.H.*

Romney: Das kleinere Übel

Viele Republikaner stört, dass ihr Kandidat Mormone ist

Je besser die Wahlchancen für Mitt Romney werden, desto intensiver wird auch der familiäre und berufliche Hintergrund des republikanischen Präsidentschaftskandidaten unter die Lupe genommen. Aus Sicht der Wahlkampfmanager geht Mitt Romney mit gleich zwei Handicaps in das Rennen um das Weiße Haus: Ihm haftet der Ruf an, ein Mann der Wallstreet zu sein. Romney hat bis 1999 in der Privat Equity Branche gearbeitet. Jene berüchtigten „Heuschrecken", die für hohen Profit Firmen aufkaufen und ausschlachten, so dass massenweise Arbeitsplätze verloren gehen. Zusätzliche Kritik hat ihm eingebracht, dass er für sein Vermögen von 250 Millionen Dollar weniger Steuern als die meisten Normalverdiener in den USA zahlt. Statt des US-Spitzensteuersatzes von 35 Prozent waren das im Jahr 2010 lediglich 13,9 Prozent: Legal, da er keinen Lohn, sondern Einkünfte aus Investmentgeschäften versteuert. Bei „Joe Sixpack", dem Durchschnittsamerikaner, der seinen Gürtel immer enger schnallen muss, wird er damit aber kaum Pluspunkte sammeln.

Fast noch schwerer wiegt allerdings die Skepsis, die Romney selbst unter den republikanischen Stammwählern entgegenschlägt: Romney ist Mormone. Bei großen Teilen der republikanischen Basis gelten die Mormonen nicht als Christen, sondern als gotteslästerliche Sekte. Mit zu diesem Bild beigetragen hat, dass die Mormonen lange Zeit an der Vielehe festgehalten haben, aber auch Traditionen wie obskure Tempelzeremonien

»Heuschrecke« zahlt wenig Steuern

und die sogenannten Totentaufen: Die Mormonen taufen Verstorbene, ohne dass diese jemals dazu ihr Einverständnis gegeben haben. Von Ahnenforschern der Mormonenkirche ermittelt, sollen etwa zwei Millionen Menschen auf diese Weise inzwischen getauft worden sein, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion. Romney selbst versucht das Thema seiner Zugehörigkeit zu den Mormonen aus dem Wahlkampf herauszuhalten, tatsächlich ist das allerdings nicht durchzuhalten. Die Romneys haben über Generationen zur Elite der Mormonen gehört. Mitt Romney selbst ist als 19-Jähriger 1966 für zwei Jahre nach Frankreich gegangen, um dort für die Mormonen zu Missionieren. Von 1981 bis 1986 war er mormonischer Bischof in der Nähe von Boston. Bis heute spendet er Millionen für die Mormonenkirche.

Welche Skepsis Romney selbst im eigenen Lager entgegenschlägt, macht eine Umfrage des Pew Research Centers unter Wählern der Republikaner deutlich. Etwa zwei Drittel der Befragten zählten die Mormonen nicht zu den Christen. Lediglich 13 Prozent waren dafür, dass Romney für die Republikaner als Präsidentschaftskandidat antritt. Erst vor die Wahl gestellt, zwischen Obama und Romney als Präsidenten wählen zu müssen, stieg die Zustimmung für Romney dann auf 89 Prozent. Romney gilt gewissermaßen als kleineres Übel.

Für wenig Begeisterung sorgte denn auch Romneys jünste Personalentscheidung. An die Spitze seines Transition Teams, das im Fall eines Wahlsieges die Details der Amtsübernahme von der Obama-Administration vorbereiten soll, setzte er den Ex-Gouverneur von Utah, Mike Leavitt – ein Mormone wie Romney. *Norman Hanert*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7654**

Über die Grenzen des Sozialstaats

Leistungen für Flüchtlinge und Asylbewerber stehen vor deutlicher Ausweitung

Das Bundesverfassungsgericht prüft aktuell das Asylbewerberleistungsgesetz (AyslbLG). Offiziell geht es um das Existenzminimum für Flüchtlinge, konkret hingegen um die Frage, wie viel staatliche Leistungen sie bekommen, ob der Bedarf weiter geschätzt werden darf oder berechnet werden muss. Vor allem die begleitenden Proteste von Flüchtlingen und deren Organisationen zeigen, worum es wirklich geht: um mehr Geld und ein Ende der Sachleistungen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz legt seit 1993 fest, was Asylbewerber monatlich vom deutschen Steuerzahler an Zuwendungen erwarten dürfen. Nun stehen die Fälle eines 2003 aus dem Irak geflohenen Kurden und eines elfjährigen, in Deutschland geborenen Mädchens, Tochter einer Nigerianerin, beim Bundesverfassungsgericht (BVG) zur Prüfung an. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hält die vom Staat gezahlten Beträge für zu niedrig und hat das AyslbLG in Karlsruhe zur Prüfung vorgelegt.

Das oberste deutsche Gericht geht also der Frage nach, ob die „Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ausweislich des Grundgesetzes“ in der aktuellen Praxis gegeben ist. Seit Einführung des Euro erhalten Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge in Deutschland in den ersten vier Jahren nach ihrer Ankunft monatlich insgesamt 224,97 Euro. Davon werden in vielen Bundesländern 40,90 Euro zur freien Verfügung bar ausgezahlt, der Rest ergibt sich aus Leistungen wie Kleidung, Lebensmitteln sowie Strom und Kosten für eine Unterkunft. Der Hartz-IV-Regelsatz liegt für erwachsene Alleinstehende bei 374 Euro, rechnen nun Flüchtlingsverbände gegen.

Der zwischen CDU/CSU, FDP und SPD geschlossene Asylkompromiss von 1993 als politische

Gleichsetzung mit jenen, die in Sozialkassen selber eingezahlt haben

Antwort auf die damals massive Einwanderung in den deutschen Sozialstaat ist somit in Gefahr. Gegner des daraus entstandenen AyslbLG werfen der Bundesregierung vor, über geringe Zuwendungen Flüchtlinge nur abschrecken zu wollen. Massive Kritik kommt nicht nur aus der Opposition. Der pensionierte Bundesrichter Ralf Rothkegel sagte jetzt zur Ermittlung des Bedarfs: „Die Aussagen zu Hartz IV lassen sich eins zu eins auf die Asylbewerberleistungen übertragen.“ Demnach sollten keine Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Empfängern staatlicher Transfers mehr gemacht werden.

Medien diskutieren allerdings kaum die Frage, ob es gerecht ist, jemandem, der in den Sozialstaat nie eingezahlt hat, gleiche Leistungen in bar zu gewähren wie einem Hartz-IV-Empfänger. So stellte die „Märkische Allgemeine“ den Fall der Iranerin Tannaz Bidary aus Hennigsdorf im Kreis Oberhavel vor, einem der letzten Kreise in Brandenburg, die noch Sachleistungen statt nur Bargeld ausgeben. Die 36-jährige, jüngst von Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) Ausgezeichnete habe demnach „nur wenig Geld zum Leben“. Eis für ihre zwei Kinder (acht und zwölf Jahre) sei Luxus. Bar gibt es 20,45 pro Kind und Monat. So hat die Mutter 81,80 Euro pro Monat zur freien Verfügung für sich und die Kinder. Nicht viel, doch bleibt einer

Für ein besseres Selbstwertgefühl à la Hartz-IV-Empfänger

alleinerziehenden Mutter mit Sozialhilfe (Hartz IV) auch wenig Geld für Eis oder Extras.

Genau um diesen Vergleich geht es indes. Der stellvertretende Präsident des BVG, Ferdinand Kirchhof, attackierte schon zum Auftakt des Verfahrens die „ins Auge stechende Differenz“ zwischen Hartz IV und den Regelsätzen für Flüchtlinge und Asylbewerber. Dabei zeichnete das BVG selbst die Ausweitung der Zuwendungen nach: Ursprünglich galt das AyslbLG nur für Flüchtlinge während des Asylverfahrens. Inzwischen erhalten auch andere Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht Leistungen und Geld. Und zwar aktuell rund 130 000, zwei Drittel von ihnen leben seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, so die Berichterstatterin des Verfahrens, Verfassungsrichterin Susanne Baer.

Flüchtlingsorganisationen reicht das nicht. „Flüchtlinge sind absolut verzweifelt“, verkündet der Flüchtlingsrat Bayern zum Prozessauftakt und berichtet von Flüchtlingen in Würzburg, die sich die Lippen zugenäht hätten und für diese Woche mit Durststreik drohen. Als hingegen der zuständige Sozialdezernent im SPD-regierten Kreis Oberhavel nach Protesten in Asyl-Wohnheimen und der eigenen Partei ankündigte, Sachleistungen grundsätzlich beizubehalten, Barauszahlungen für den individuellen Bedarf indes zu erhöhen, erntete er nur Ablehnung. Besonders Linkspartei und Grüne sowie weite Kreise der SPD bekämpfen Sachleistungen. Sie bemängeln, dass die Zahlungen für Kinder mit 60 bis 80 Prozent des Erwachsenensatzes berechnet werden. Das sei pauschal, orientiere sich nicht am realen Bedarf.

„Wir haben uns auf den Weg gemacht, das Asylbewerberleistungsgesetz zu überarbeiten“, sagte nun die Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Annette Niederfranke, für die Bundesregierung. Das Ende der vom Flüchtlingsrat Bayern unterstellten „rigiden Lagerunterbringung“ und die absehbare Leistungsaufstockung werden indes kaum das Selbstwertgefühl der Flüchtlinge heben, das zeigt der Blick auf das Selbstwertgefühl von Hartz-IV-Empfängern. *Sverre Gutschmidt*



Mit Asylbedingungen in Deutschland unzufrieden: Bei ihrem Protest können sich Asylbewerber derzeit auf Unterstützung vieler Medien und linker Gruppierungen verlassen Bild: action press

MELDUNGEN

Null Toleranz bei Beschneidung

Köln – Weder das Elternrecht noch die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit rechtfertigten bei einer Beschneidung die „schwere und irreversible Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit“, urteilte dieser Tage das Landgericht Köln. Für Muslime wie Juden war das Urteil des Landgerichts die reinste Provokation. Holm Putzke, Strafrechtler an der Universität Passau, lobte hingegen in der „Financial Times Deutschland“ das Urteil des Gerichtes, da es nun eine juristische Grauzone geklärt habe. „Das Gericht hat sich – anders als viele Politiker – nicht von der Sorge abschrecken lassen, als antisemitisch und religionsfeindlich kritisiert zu werden“, so Putzke. Das Urteil, das die Grundrechte der Kinder respektiert, ist Folge einer fehlerhaften Beschneidung, die zu Nachblutungen bei dem Jungen führte, wovon die Staatsanwaltschaft Köln erfuhr. *Bel*

Ungeklärte Rechtslage

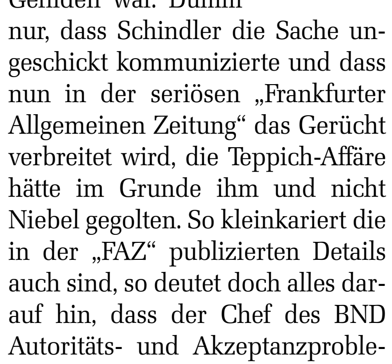
Berlin – Eine Empfehlung des Bundesgerichtshofs (BGH) hat dazu geführt, dass CSU und FDP seit langer Zeit mal wieder offen eine Position teilen. Während der BGH dem Gesetzgeber nahelegte, eine Entscheidung zu treffen, inwieweit Korruption im Gesundheitswesen strafbar sei und welche Strafen greifen sollten, waren die beiden sonst im Kleinkrieg gefangenen Regierungsparteien sich einig, dass dies nicht gesetzlich geregelt werden müsse. Auslöser für das Aufleben des Themas war, dass der BGH mangels Rechtslage urteilte, dass freiberufliche Ärzte Geschenke von Pharmafirmen annehmen dürfen, ohne sich der Bestechlichkeit schuldig zu machen. Die gesetzlichen Krankenkassen, die SPD und „Die Linke“ beklagten daraufhin, dass ein großer Teil der Ärzteschaft außerhalb des Strafrechts stehe. *Bel*

Schlecht fürs Image

BND wird zur Lachnummer

Da ist er gerade erst ein halbes Jahr Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), doch dürfte der Verwaltungsjurist Gerhard Schindler vorerst genug von schlechter Presse haben, zumal er selber sehr wenig dafür kann.

Zuerst nervte die unangenehme Teppich-Affäre, bei der die Medien über ihn herfielen, weil er einen Teppich des Entwicklungsministers Dirk Niebel (FDP) in seinem BND-Flieger unverzollt von Afghanistan nach Deutschland transportiert hatte, von dem er aber selber offenbar erst erfuhr, als er schon wieder in heimischen Gefilden war. Dumm nur, dass Schindler die Sache ungeschickt kommunizierte und dass nun in der seriösen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ das Gerücht verbreitet wird, die Teppich-Affäre hätte im Grunde ihm und nicht Niebel gegolten. So kleinkariert die in der „FAZ“ publizierten Details auch sind, so deutet doch alles darauf hin, dass der Chef des BND Autoritäts- und Akzeptanzprobleme hat, was keine optimalen Voraussetzungen für einen Geheimdienstchef sind.



BND-Chef: Gerhard Schindler Bild: O. Lang/dapd

Und nun auch noch die erneute Verzögerung der Fertigstellung des Neubaus der neuen BND-Zentrale in Berlin. Nicht nur, dass die meisten der noch in der alten Zentrale in Pullach bei München sitzenden 2000 Mitarbeiter sowieso wenig geneigt sind, von München nach Berlin zu ziehen, nun verschiebt sich auch der Umzug auf Ende 2015. Anfangs war von 2013 die Rede, dann von 2014 und jetzt eben 2015. Zudem soll das niedrige Leistungsniveau der Berliner Schulen die Geheimdienstler abschrecken, mit Kind und Kegel an die Spree zu ziehen. Extra für den Standort Berlin eingestellte junge Mitarbeiter wiederum würden, so Schindler, bereits wieder kündigen, da es für sie noch immer keinen Arbeitsplatz in der Hauptstadt gäbe. Insgesamt 4000 Mitarbeiter soll der BND irgendwann in Berlin haben, weitere 1000 Mitarbeiter in Pullach. Doch die jetzigen Schlagzeilen um den BND dürften bis dahin dessen Image geschädigt haben. *Bel*

»Diese Aufgabe verlangt Ausdauer«

Enkelin des letzten österreichischen Kaisers über die Sicherheitslage in Georgien

Gabriela von Habsburg, seit März 2010 Botschafterin der Republik Georgien in der Bundesrepublik Deutschland, sprach mit der *PAZ* über ihre Aufgabe als Repräsentantin des kaukasischen Landes und ihre Sicht auf die Probleme des Landes. Die Fragen stellte Jean-Paul Picaper.

PAZ: *In der Familie von Habsburg in Ihrer Generation waren Sie eher die Künstlerin, Bildhauerin und Kunstprofessorin. Wie kamen Sie denn dazu, dieses wichtige Botschafterinnenamt in Berlin zu übernehmen?*

Gabriela von Habsburg: Meine Liebe zur Kunst hat hierbei einen sehr wesentlichen Einfluss gehabt. Nach dem Ende der Sowjetunion hatte ich damit begonnen, die Länder Osteuropas vermehrt zu bereisen. Eine Ausstellung führte mich nach Georgien. Das Land hat mich vom ersten Augenblick an in seinen Bann gezogen mit seiner langen Geschichte, dieser einzigartigen Natur und der Gastfreundlichkeit der Menschen. Daraufhin habe ich das Land öfter besucht und auch einige Werke von mir dort ausgestellt. Schließlich habe ich Gastvorlesungen an der Nationalen Kunsthochschule in Tiflis gegeben und später eine Professur dort erhalten. Dies war ein entscheidender Moment für meine heutige Tätigkeit als Botschafterin von Georgien. Viele meiner damaligen Studenten hatten sich der friedlichen Rosenrevolution von 2003 angeschlossen und ihr politisches Engagement anschließend in Parlament und Regierung fortgesetzt. Bei der Einweihung eines Denkmals zur Rosenrevolution im Jahr 2007, das ich gemeinsam mit Kunststudenten entworfen hatte, überreichte mir Präsident Michail Saakaschwili den georgischen Pass. 2009 fragte der Präsident mich, ob ich Georgien in Deutschland vertreten wollte.

PAZ: *Glauben Sie, dass Sie in die Fußstapfen Ihres seligen Vaters, Otto von Habsburg, treten, indem Sie einen kleinen europäischen Staat gegen das große Russland verteidigen? Russland ist jetzt doch zu einem wichtigen Verbündeten des Westens insbesondere gegen den Islamismus geworden, oder?*

Habsburg: Georgien begrüßt die Annäherung Russlands an die westlichen Strukturen ausdrücklich. Schließlich hat die georgische Regierung Ende vergangenen Jahres ein Abkommen unterzeichnet, auf dessen Grundlage der Beitritt der Russischen Föderation zur Welthandelsorganisation (WTO) ermöglicht wird. Leider ignoriert Moskau darüber hinaus die Initiativen unserer Regierung, die offenen Konfliktpunkte friedlich zu lösen. So hat Präsident Saakaschwili bereits im November 2010 vor dem Europäischen Parlament erklärt, im Konflikt über die besetzten georgischen Gebiete Abchasien und Südossetien keine Gewalt einzusetzen. Bis heute hat Russland dieses Bekenntnis zum Gewaltverzicht nicht erwidert. Auch dadurch wird eine friedliche Lösung des Konflikts deutlich erschwert. Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir jene Ausdauer und Beharrlichkeit, wie sie mein Vater auf der politischen und diplomatischen Bühne gezeigt hat.



Gabriela von Habsburg

PAZ: *Ist die Lage Georgiens endgültig gesichert? Oder braucht das Land noch Schutz vom Westen?*

Habsburg: Von einer gesicherten Lage für das georgische Volk kann leider überhaupt keine Rede sein. Auch in diesem Moment hat die russische Führung mehrere tausend Soldaten in den georgischen Gebieten Abchasien und Südossetien stationiert. Raketenwerfer und Geschütze sind unweit unserer Hauptstadt Tiflis stationiert. Internationalen Beobachtern verweigert Moskau kontinuierlich den Zutritt zu den besetzten Gebieten. Damit wäre die für uns sehr schwierige sicherheitspolitische Lage grob umrissen. Was wir uns jedoch wünschen, ist kein Schutz in Form weiterer militärischer Präsenz in unserer Umgebung, sondern die Einbettung in kollektive Sicherheitsarchitekturen, sowohl auf europäischer als auch auf transatlantischer Ebene. Dass wir im Gegenzug bereit sind, einen eigenen Beitrag zur globalen Sicherheit zu leisten, zeigen wir bereits jetzt mit unserem Engagement im Rahmen der Isaf- beziehungsweise Kfor-Mission.

MELDUNGEN

Internet-Gigant schützt Sprachen

Mountain View – Das US-Internet-Unternehmen Google hat mit dem „Endangered Language Project“ („Bedrohte Sprachen-Projekt“) eine Initiative zur Unterstützung und Erhaltung von Sprachen auf der ganzen Welt gestartet. Google stellt die Technologie zur Verfügung, um zur Sprachenvielfalt auf der Welt beizutragen und die Sprache als kulturelles Erbe, Wissen und Identifikation ganzer Völker, Länder oder Regionen zu erhalten. Derzeit existieren noch etwa 7000 verschiedene Sprachen auf der Welt. Die Hälfte droht in den nächsten 100 Jahren auszusterben. In Deutschland wird zum Beispiel Sorbisch nur noch von 20000 bis 30000 Menschen gesprochen und als stark bedrohte Sprache aufgelistet. Anhand von Text- und Audiobeispielen soll sich künftig jeder Google-Nutzer ein umfassendes Bild jeder aussterbenden Sprache machen können und selbst aktiv mit Beiträgen zur Dokumentation beitragen. *S.G.*

Einstimmen auf die Taliban

Kabul – Der Justizminister von Afghanistan, Habibullah Ghaleb, bezeichnete auf einer Konferenz des afghanischen Frauenausschusses die heimischen Frauenhäuser als Bordelle. Es würden Mädchen ermutigt, nicht mehr auf ihre Eltern zu hören und stattdessen in von ausländischen Organisationen betriebene Orte zu gehen. Diese Häuser seien keine sicheren Orte, sie seien ein Hort von „Unmoral und Prostitution“, so Minister Ghaleb. Die Zuflucht von verfolgten und misshandelten Frauen als Flucht vor der Weisung der Familie und als Sündenpfuhl zu bezeichnen, ist für Experten im Hinblick auf den baldigen Abzug der Nato-Truppen ein naheliegendes Einstimmen in den Kanon religiöser Führer und der Taliban. *S.G.*

Nichts mehr zu verlieren

Japans Premier, sein politischen Aus vor Augen, erhöht trotz Protest Steuern und schaltet AKWs wieder an

Seit Jahren tut Japans politische Klasse nichts anderes, als im selbstversessenen Dauerstreit alle neun Monate den Premierminister zu stürzen, an dessen Namen sich die meisten Bürger wenig später kaum noch erinnern. Die Staatsschulden wuchern derweil weiter – mit 5,5 Billionen Dollar auf mehr als das Doppelte der Jahreswirtschaftsleistung. Zugleich schrumpft die Bevölkerung des Landes jährlich um 200000 Menschen und somit um die Größe einer mittleren Großstadt.

Nach der Dreifachkatastrophe des Vorjahres kommt der Wiederaufbau des verwüsteten Küstenstriches im Norden nicht in Gang. Es herrscht Uneinigkeit darüber, ob man die Küstenstädte und Fischerdörfer so aufbauen soll, wie sie vor der Zerstörung ausgesehen haben, oder in sichere neue Mittelpunktzentren verlegen soll. Solang man sich streitet, passiert sehr wenig. Die Überlebenden vegetieren weiter in deprimierenden Container-Siedlungen oder wandern ab.

Nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima wurden nach und nach alle anderen 54 AKWs im Land für Wartungsarbeiten abgestellt. Bis vor kurzem hatte niemand unter den betroffenen Regionalpolitikern, deren Einverständnis dazu nötig ist, den Mut, ihrem erneuten Betrieb zuzustimmen. So schossen die Rechnungen für importierte Energieträger – Öl, Gas, Kohle – in die Höhe, so dass Japans Handelsbilanz zum ersten Mal seit Jahrzehnten tiefrote Zahlen aufweist. Gleichzeitig bedrohen trotz aller Sparmaßnahmen Stromausfälle die energieintensiven Fertigungen. Der vom hohen Yen-Kurs bedrängte Exportindustrie beschleunigt deshalb ihre Produktionsverlagerung ins Ausland. Auch die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den USA und anderen Pazifikanrainern, mit Australien, China, Korea und der EU kommen nicht vom Fleck, zu stark sind die protektionistischen Interessen der wettbewerbsschwachen geschützten Binnenindustrien, des Bausektors, der Dienstleistungen und der Landwirtschaft, die alle Reformen und Konzessionen blockieren. Nichts bewegt sich mehr in Japan. Das Land starrt gebannt auf den kraftstrotzenden chinesischen Erzrivalen und gibt sich Szenarien vom „Abstieg mit Würde“ nach britischem Vorbild hin.

Doch noch hat Japans Premier Yasuhiko Noda nicht aufgegeben. Der konservative Offizierssohn entstammt keiner politischen Dynastie und scheint aus einem anderen Holz geschnitzt als seine vielen Vorgänger, die schon in der Enkelgeneration Berufspolitiker sind. Als erstes gelang es ihm, trotz vieler Widerstände und negativer Meinungsumfragen die Betriebsaufnahme zweier AKWs in der Provinz Fukui durchzusetzen, deren Elektrizität die Unternehmen

Importierte Energie kostete Arbeitsplätze

in Japans zweitgrößter Industrieregion in Kansai um die Großstädte Osaka, Kobe und Kyoto dringend benötigen. Dann nahm er die im Lande ebenfalls unpopuläre Verdoppelung der Verbrauchssteuern von derzeit fünf auf zehn Prozent bis 2014 in Angriff. Zum Reduzierung der jährlichen Neuverschuldungen sind höhere konjunkturunabhängige Verbrauchssteuern dringend nötig. Pikant dabei ist, dass Nodas Demokratische Partei mit einer Kampagne sozialer Versprechen und der Ablehnung jeglicher Steuererhöhungen noch vor drei Jahren einen Erdrutschsieg eingefahren hatte. Jetzt zwingt ihn die konservative Opposition der Liberaldemokraten (LDP), die im Oberhaus weiter die Mehrheit hat, ein Wahlversprechen nach dem anderen – vom vermehrten Kindergeld bis zur subventionierten Gesundheitsversorgung für Hochbetagte – als Bedingung für ihre Zustimmung zu kassieren. Die LDP hofft so, durch das Erzwingen von Neuwahlen nach der unvermeidlichen Steuererhöhung wieder die Macht in Japan zu übernehmen, die sie zuvor fast 60 Jahre ausgeübt hat.

Zugleich hat Noda auch innerparteiliche Probleme. Schon bei der Kabinettsumbildung vor zwei Wochen, bei der er fünf von der Opposition kritisierte Minister wegen teilweise lässlicher Sünden austauschte – der Justizminister hatte auf seinem Rechner ein Pferderennen während einer Parlamentsdebatte betrachtet – und sie durch oppositionsnahe Politiker ersetzte, hatte böses Blut erzeugt. Jetzt führt sein innerparteilicher Rivale Ichiro Ozawa eine Gruppe von 60 Abgeordneten an, die dem Premier in der alles entscheidenden Steuerfrage die Gefolgschaft aufkündigen und mit Nein stimmen wollen. Noda ist also mehr denn je auf den guten Willen der Opposition angewiesen.

Auch droht Ungemach in der Provinz. In Osaka hat der neue Bürgermeister, der jugendliche Toru Hashimoto, eine regionale Protestpartei gegründet, die sich gegen das selbstsüchtige Establishment der zwei in sich zerstrittenen Großparteien und gegen den arroganten Zentralismus von Tokio richtet. In landesweiten Umfragen ist er doppelt so beliebt wie der Premier. Auch auf der fernen Tropeninsel Okinawa haben die Wähler jüngst aus Protest gegen die US-Truppenstützpunkte die beiden Großparteien abgestraft und Politiker gewählt, die den Abzug der US-Soldaten fordern.

Es stehen Japan also bewegte Zeiten bevor. Die Angst ist groß, dass im Fall negativer Zahlungsbilanzen und der Notwendigkeit sich dann vermehrt im Ausland verschulden zu müssen, dem Land bei seinen ungelösten Fiskalproblemen und der Neigung der Politiker, die nächste Generation die Zeche zahlen zu lassen, der Inselnation früher oder später griechische Verhältnisse drohen. *Albrecht Rothacher*



Premier als Karikatur: Noda erhöhte Verbrauchssteuern von fünf auf zehn Prozent bis 2014 Bild: pa

Sümpfe am Indus

Pakistan: Korruption bis in höchste Ämter

Pakistan scheint unterstreichen zu wollen, dass es für mehr als nur Routinemeldungen über Bombenattentate und Drohnenangriffe gut ist, denn diesmal geht es um Vorgänge, die man andernorts als Staatskrise bezeichnen würde: Ministerpräsident Yousef Rasa Gilani war im April vom Obersten Gerichtshof wegen „Missachtung der Justiz“ zu einer symbolischen Strafe verurteilt worden, weil er sich weigerte, die Schweiz um Wiederaufnahme eines Korruptions-Verfahrens gegen Staatspräsident Asif Ali Zardari zu ersuchen. Wegen dieser „Vorstrafe“ enthob das Gericht Gilani dann am 19. Juni überraschend seines Amtes. Der demokratisch gewählte, aber einschlägig vorbestrafte Präsident trägt übrigens schon aus früheren Funktionen den Namen „Mr. Zehn Prozent“.

Die regierende PPP, die Partei Zardaris und seiner 2007 ermordeten Gattin Benazir Bhutto, nominierte dann Textilminister Makhdoom Shahabuddin. Aber noch ehe der sich dem Parlament präsentieren konnte, erging gegen ihn ein Haftbefehl wegen Korruption. Das Parlament bestätigte daraufhin Raja Pervez Ashraf als neuen Ministerpräsidenten. Ashraf war unter anderem Wasser- und Energieminister im Kabinett des entlassenen Premiers Gilani. Es ist aber fraglich, wie lange sich Ashraf halten kann, denn auch gegen ihn wird ermittelt: Er soll für die Vermietung von Elektrizitätswerken Bestechungsgelder angenommen haben – was ihm den Namen „Raja Rental“ einbrachte. Vor allem aber trägt er Mitschuld an der katastrophalen Stromversorgung Pakistans, die oft zu stundenlangen Unterbrechungen der Industrieproduktion führt, von den Problemen für Haushalte ganz abgesehen.

> Kein Politiker ohne »Vergangenheit«

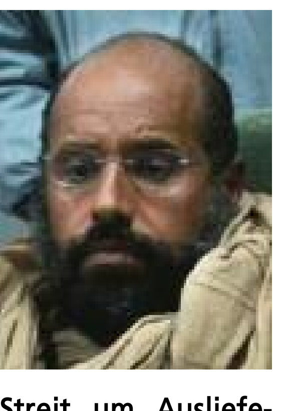
Die Aktionen der Justiz nur als Sieg der Demokratie zu sehen, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Denn es spielen auch die alten persönlichen Konflikte von Oberrichter Iftikar Chaudry und Kollegen mit mehreren Politikern eine Rolle. Kurioserweise war Chaudry, den der 2008 vom Westen zum Rücktritt gedrängte Ex-Präsident Pervez Muscharraf abgesetzt hatte, 2009 just von dem jetzt von ihm abgesetzten Premier Gilani wieder in sein Amt eingesetzt worden. *R. G. Kerschhofer*

Überall Chaos und Anarchie

Libyen entgleitet der Kontrolle der Übergangsregierung – Wahl auf 14. Juli verschoben

Während die Welt gebannt auf Syrien und Ägypten schaut, eskaliert auch in Libyen die Lage von Tag zu Tag. Das seit dem von der Nato erzwungenem Machtwechsel im letzten Jahr keineswegs befriedete Land mit seinen riesigen Erdöleinnahmen kommt nicht zur Ruhe. Der seit dem Sturz von Langzeitmachthaber Gaddafi im letzten Jahr amtierende Übergangsrat (NTC) hat das Land nicht im Griff, die eigentlichen Herrscher des Landes sind die vielen oft islamistischen Milizen, die sich gegenseitig bekämpfen. Wie verzweifelt die Lage aus der Sicht des Übergangrates ist, zeigt auch die Meldung, dass sich Vertreter des NTC vor kurzem in Kairo mit Vertretern von Gaddafi-treuen Milizen getroffen haben, um mit ihnen zu verhandeln. Die meisten Konflikte in Libyen haben lokale Wurzeln und bleiben lokal begrenzt. Erst wenn internationales Personal davon betroffen ist, wie letzte Woche, als eine Miliz den internationalen Flughafen von Tripolis besetzt hatte, erscheinen diese Konflikte auch in den westlichen Medien.

Eine der stärksten Milizen im neuen Libyen ist die Berbermiliz aus dem Sintan-Gebirge im Westen Libyens. Dieser Miliz, die schon während des Aufstandes gegen Gaddafi ihre Heimatregion aus eigener Kraft zurückerobert hatte, war es im letzten Jahr gelungen, den Lieblingssohn Gaddafis Saif al-Islam Gaddafi auf seiner Flucht im Süden Libyens gefangen zu nehmen. Seitdem versucht die Miliz, dem Gaddafisohn den Prozess zu machen. Genau dies will auch der Internationale Gerichtshof für Strafverfahren (IStGH) in Den Haag, der sich seits Saif al-Islams Gefangennahme um dessen Auslieferung nach Den Haag bemüht. Nun wurde eine vierköpfige Delegation des IStGH bei einem Besuch in Libyen kurzerhand von der Sintan-Miliz verhaftet, weil angeblich in ihrem Gepäck Minikameras und verdächtige Unterlagen gefunden wurden. Die Sintan-Miliz fordert mit der Verhaftung von vier Mitarbeitern des IStGH die westliche Welt heraus.



Streit um Auslieferung von Saif al-Islam Gaddafi

Besorgt ist Amnesty International um die Menschenrechtslage in Libyen. Der Libyen-Referent der Organisation, Carsten Jürgensen, hat erst vor kurzem bei einem Besuch in Luxemburg bekannt gegeben, dass der Übergangsrat ein Gesetz verabschiedet hat, das für alle Straftaten während der „Revolution“ Straffreiheit gewährt. Die Menschenrechtsorganisation hat zum Jahrestag des Beginns des Aufstandes gegen Gaddafi im Februar eine lange Liste von Menschenrechtsverbrechen der neuen Herrscher in Libyen veröffentlicht, die jetzt ungestraft bleiben werden.

Ein weiteres Anzeichen für die großen Probleme in Libyen ist die Verschiebung der ersten freien Wahlen. Im Juni sollte eigentlich eine 200-köpfige verfassungsgebende Versammlung in Libyen gewählt werden, die eine Verfassung ausarbeiten und den seit September letzten Jahres herrschenden Übergangsrat ablösen sollte. Wegen des großen Andrangs von Leuten, die sich in die Wahllisten eintragen lassen wollten, so die libysche Wahlkommission, habe der ursprünglich für den 19. Juni geplante Urnengang nun wegen technischer und logistischer Probleme zweimal verschoben werden müssen. Die Wahlen sollen jetzt knapp vier Wochen später als geplant am 14. Juli stattfinden. Es ist das erste Mal seit rund vier Jahrzehnten, dass die Libyer wählen dürfen. Der frühere libysche Machthaber Gaddafi lehnte Wahlen als „undemokratisch“ ab.

Bis heute kommt es in verschiedenen Landesteilen immer wieder zu gewaltsamen Machtkämpfen etwa zwischen ehemaligen Rebelleneinheiten und Stammeskriegern. Vor allem im wüstenhaften Süden Libyens ist nach dem Sturz Gaddafis ein großes Macht-Vakuum entstanden, welches auch immer mehr die Nachbarstaaten Libyens beunruhigt. Der Präsident Nigers, Mahamadou Issoufou, hat in einem Interview mit „france24“ eingeräumt, dass die Ansar ed-Din, die zusammen mit den Tuaregrebellen der Azawad-Befreiungsarmee im April den Norden Malis erobert haben und dort den Staat Azawad ausgerufen haben, ihr Rückzugsgebiet im Südwesten Libyens haben. Aus den Arsenalen Gaddafis in Libyen stammten auch die Waffen und die Söldner, mit denen der Norden Malis „befreit“ wurde. Zwischen den beiden Gruppen ist es jetzt zu ersten Auseinandersetzungen gekommen, weil die Ansar ed-Din in ganz Mali einen Gottesstaat errichten wollen, während die Tuaregrebellen nur ihr Siedlungsgebiet von schwarzafrikanischer Vorherrschaft befreien wollten. *Bodo Bost*

Chinas Parteikader auf der Flucht

Zweifel an den Zukunftsperspektiven des Landes verstärken Auswanderungswelle der Reichen

Je näher der Wechsel an der Führungsspitze der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober rückt, desto heftiger wird um die zukünftige Ausrichtung der Partei gestritten. Immer mehr Parteikader ziehen allerdings eine Zukunft ohne die Partei vor. Sie wandern aus, im Gepäck Unmengen von Schwarzgeldern.

„Die Situation ist ähnlich der in der Endphase der Sowjetunion, aber niemand in China will der nächste Gorbatschow sein, weil dies das Ende der Kommunistischen Partei bedeutet.“ Die Zustandsbeschreibung, die Roderick MacFarquhar, Professor für Geschichte an der Harvard-Universität, abgibt, klingt verblüffend, tatsächlich ist sie allerdings naheliegend. Trotz aller Modernisierung weckt so einiges in China Erinnerungen an die letzten Jahre der Sowjetunion. Chinas amtliche Statistiken scheinen ebenso weit von der Realität entfernt zu sein wie die vieler früherer Ostblock-Staaten.

Regelmäßig weicht zum Beispiel das aus Peking gemeldete Wirtschaftswachstum für Gesamtchina von dem ab, was sich nach Aufaddierung der Daten aus den einzelnen Provinzen ergibt. Das Phänomen hat einen einfachen Hintergrund. Chinas Provinzführer „runden“ gern großzügig ihre Wirtschaftsdaten auf, um gegenüber der Zentrale in Peking gut dazustehen. Aktuell rätseln westliche Experten, wie ein Wirtschaftswachstum von veröffentlichten acht Prozent zu einem Stromverbrauch passt, der laut Statistik im letzten Jahr nur um etwa 0,7 Prozent gestiegen ist.

Erinnerungen an die Spätphase der Sowjetunion werden auch durch ein anderes Phänomen wach. Im Land grassiert die Korruption, gepaart mit Unterschlagungen und Vetternwirtschaft. Ablesbar ist das Problem an einer massiven Kapitalflucht und einer starken Auswanderungswelle. Für Aufsehen sorgte im vergangenen Jahr ein Bericht in der parteinahen „Volkszeitung“, nach der 4000 chinesische Beamte mit 50 Milliarden Dollar an staatlichen Geldern in den vorangegangenen Jahren ins Ausland geflohen seien. Noch höher bezifferte die chinesische Zentralbank die abgeflossenen Schwarzgelder. Innerhalb von zehn Jahren haben sich bis zu 18 000 Beamte und Funktionäre mit etwa 124 Milliarden Dollar ins Ausland abgesetzt, lautet eine Meldung der People's Bank of China aus dem Jahr 2011.

Eine Vorstellung, wie es möglich ist, dass eine derartige Summe an Schwarzgeldern überhaupt zustandekommt, erhält man, wenn man das Eisenbahnministerium näher betrachtet, das als regelrechter Korruptionshort gilt. Allein beim Bau der 26 Milliarden Euro teuren Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Peking und Shanghai wurden gleich mehrfach Unterschlagungen aufgedeckt. Bereits Anfang 2011 verlor der damalige Eisenbahnminister Liu Zhijun seinen Posten. Im Zuge des Schnellbahnbaus hatte er umgerechnet 96 Millionen Euro in die eigene Tasche gesteckt.

Einen Hinweis, welchen Weg derartige „Nebeneinkünfte“ häufig nehmen, liefern Daten des US-Außenministeriums. 2011 gab es aus China 2408 Anträge für Investoren-Visa. Damit kamen allein 70 Prozent dieser Visaanträge von Chinesen. Zum Erhalt einer Greencard müssen die Antragsteller mindestens eine Million Dollar investieren und innerhalb von zwei Jahren zehn Vollzeit-Arbeitsplätze in den USA schaffen. Ähnlich sieht es in einem anderen von Chinesen bevorzugten Einwanderungsland aus. Kanada verlangt von Investoren, die ein Investoren-Visa erhalten wollen, dem Staat 800 000 kanadische Dollar für fünf Jahre als zinsfreien Kredit zur Verfügung zu stellen.



Chinesen kaufen sich in die USA ein: 2011 wurden 2408 Investoren-Visa an Millionäre gewährt Bild: masterfile

Die Summen scheinen keine Hürde zu sein. Einem Bericht des chinesischen Magazins „Dongxiang“ zufolge, besitzen bereits 75 Prozent aller Kinder von Beamten der Provinzverwaltungen oder höherer Ebenen entweder eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis für die USA oder sind dort bereits eingebürgert. Einen gehörigen Anteil an dieser Auswanderungswelle dürfte haben, dass die Skepsis über die zukünftige Entwicklung Chinas mittlerweile weit verbreitet ist. Abseits der Phantasiewelt der Pekinger Statistiken ist innerhalb der Funktionärskaste die reale soziale und wirtschaftliche Situation Chinas bekannt. Vielfach vorhanden ist auch noch ein Bewusstsein von den regelmäßigen Umbrüchen in der chinesischen Geschichte. Scheinbar wiederkehrend gab es Zeitabschnitte des Irrationalismus, die das Land im Chaos versinken ließen. Mit dem Boxeraufstand, Maos „Großem Sprung nach vorn“ und der Kulturrevolution ereigneten sich solche gewalttätigen Phasen allein drei Mal im 20. Jahrhundert. Insbesondere Parteikader dürften noch Erinnerungen an die Kulturrevolution haben, als ganze Bevölkerungsgruppen wie die Intellektuellen durch die Kommunistische Partei Chinas zu Sündenböcken gestempelt wurden.

Sollte China tatsächlich in eine langanhaltende Wirtschaftskrise abgleiten, ist bei dem angestauten sozialen Sprengstoff nicht auszuschließen, dass Unternehmer und Parteikader als Feindbild herhalten müssen. *Norman Hanert*

KURZ NOTIERT

EZB akzeptiert unsichere „Sicherheit“: Erst war es nur ein Gerücht, doch am 22. Juni bestätigte die Europäische Zentralbank, dass sie die Anforderungen an Wertpapiere, die als Sicherheit von Banken für Zentralbankkredite bei der EZB eingereicht werden, noch weiter senkt. So haben nun auch spanische Banken die Möglichkeit, ihre ausfallgefährdeten Immobilienkredite als Sicherheit für Kredite von der EZB einzureichen. *Bel*

Weg vom Einheitssteuersatz: Mit dem Hinweis auf mehr Gerechtigkeit will der slowakische Regierungschef Robert Fico die flat tax, den niedrigen Einheitssteuersatz, abschaffen. Mitte des letzten Jahrzehnts hatten viele osteuropäische Staaten niedrige Einheitssteuersätze eingeführt, um so Investoren aus dem westlichen Ausland anzulocken. Tatsächlich ging die Strategie für einige Länder auf. Gerade die Slowakei profitierte von der Verlagerung von Produktionsstandorten hin zu niedrigen Steuern und geringen Löhnen. Doch da die jährliche Neuverschuldung stark gestiegen ist, die Slowakei aber ihre niedrige Gesamtverschuldung von 43 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht gefährden will, sollen die Steuereinnahmen erhöht werden. Statt 19 Prozent flat tax wird nun ein mehrstufiges Steuersystem geplant, von 23 Prozent für Firmen und Reiche ist jetzt die Rede. *Bel*

Kosten für Schiffssicherheit wachsen rapide: Mehr als 1,5 Milliarden Euro werden gegenwärtig für den Schutz gegen Piraten im Roten Meer und im Indischen Ozean ausgegeben. Nach Angaben der One Earth Foundation in Colorado, einer professionellen Sicherheitsorganisation, entfallen davon 870 Millionen auf Sicherheitsausrüstung und bewaffnete Söldner, 505 auf Versicherungspolicen und 155 auf die Gefahrenzulage für Crews. Nach Kenntnis des Zentrums für die Terrorismuserfassung in Nordafrika haben sich die Piraten in Somalia inzwischen mit Waffen aus dem ehemaligen Arsenal des gestürzten libyschen Diktators Gaddafi eingedeckt. *J.F.*

Absatzförderung via EU

Automobilbranche will Hilfe aus Brüssel

Statt im Zweijahres-Rhythmus jährlich zur TÜV-Untersuchung, das könnte Besitzern älterer Pkw bald bevorstehen, wenn es nach EU-Verkehrskommissar Siim Kallas geht. Jetzt bekannt gewordene Pläne der EU-Kommission für eine Vereinheitlichung der sogenannten Hauptuntersuchung von Pkw sehen ebenfalls vor, dass europaweit Neufahrzeuge wie in Italien bereits üblich erst nach vier Jahren zur ersten Hauptuntersuchung antreten müssen. Die offizielle Begründung des Vorhabens: Die Verhütung von Unfällen, die aufgrund technischer Mängel bei älteren Autos verursacht werden.

Für den ADAC klingt das nicht überzeugend. Technische Defekte seien weder bei neuen noch bei älteren Fahrzeugen eine häufige Unfallursache, so ein Sprecher des Automobilclubs. In Deutschland war bei den 354 919 Pkw-Unfällen mit Personenschäden 2010 nur in 1508 Fällen ein technischer Grund die Unfallursache – 0,42 Prozent.

Bleibt die Frage, was die EU-Kommission tatsächlich zu ihrem Vorhaben veranlasst. Die verschärften Prüfvorschriften für Alt-Pkw könnten für so manchen der betroffenen Autobesitzer Anlass sein, sich nach einem Neuwagen umzusehen. Zusätzlichen Absatz hätten einige Autobauer inzwischen dringend nötig. An sich gilt der Monat Mai branchenintern als sehr verkaufsstark, in diesem Jahr wurde allerdings EU-weit bei den Neuwagenverkäufen ein Minus von 8,7 Prozent zum Vorjahr gemeldet. Damit nicht genug: Es war der achte Monat mit sinkenden Verkaufszahlen in Folge.

Geld für Werksschließungen?

Die deutschen Autobauer VW, Daimler und BMW können die rückläufigen Verkaufszahlen in der EU noch über Zuwächse auf dem übrigen Weltmarkt kompensieren. Anders sieht es bei Herstellern wie Opel, Fiat, Renault und Peugeot-Citroën (PSA) aus. Ihnen kommt zunehmend das Geschäftsmodell abhanden. Seit Jahresbeginn hat Renault 20 Prozent und der Hersteller Peugeot-Citroën (PSA) 15 Prozent an Absatz verloren. Ähnlich ist die Lage bei Fiat. Seit Jahresbeginn mussten die Italiener ein Minus von 17 Prozent bei den Verkaufszahlen verkraften. In Frankreich liegt die Forderung nach Staatshilfen bereits bei Präsident François Hollande auf dem Tisch. Auch der Chef des italienischen Autobauers Fiat, Sergio Marchionne, sieht die Politik in der Pflicht. Mit 273 Millionen Euro Verlust schrieb das Europageschäft von Fiat im ersten Quartal rote Zahlen.

Allerdings hat Marchionne noch einen besonderen Trumpf in der Hinterhand. Er ist Chef des europäischen Branchenverbandes der Autohersteller ACEA. In dieser Eigenschaft hat er bereits bei der EU-Kommission vorgefühlt, ob Werksschließungen künftig mit dem Geld der europäischen Steuerzahler bezahlt werden können. Der Plan Marchionnes: der Abbau der Überkapazitäten in der Automobilindustrie mit EU-Geldern, ähnlich wie es in den 80er Jahren in der Stahlindustrie passiert ist. Noch ist der Vorschlag abgeblockt. EU-Industriekommissar Antonio Tajani hat stattdessen mehr Gelder für die Forschung zugesagt.

Auch beim Plan von EU-Verkehrskommissar Kallas für neue TÜV-Regelungen dürfte es sich mehr um ein Trostpflaster für die italienischen und französischen Autobauer als um eine Maßnahme für mehr Verkehrssicherheit handeln. *N.H.*

Jenseits des Rechts

Familienunternehmer warnt vor ESM – Zweifel an Politikeraussagen

Mit seinem Aufruf an die deutsche Wirtschaft, den Euro-Rettungskurs der Kanzlerin nicht mit Kritik zu torpedieren, hat Hans-Peter Keitel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, für Aufsehen gesorgt. Brun-Hagen Hennerkes, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, erklärt im Gespräch mit der *PAZ*, wieso er gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ist. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: *Sehr geehrter Herr Professor Hennerkes, Ihre Stiftung hat beim Tag des deutschen Familienunternehmens klar Stellung gegen den ESM bezogen. Haben die anwesenden Politiker bei dieser Veranstaltung versucht, Ihnen ihre Politik zu erklären, um Sie doch noch mit ins Boot zu holen?*

Hennerkes: Kanzlerin Merkel hat nicht ausdrücklich für den Rettungsschirm geworben. Sie hat sich für einen stabilen Währungsraum ausgesprochen und vor einer Überforderung Deutschlands gewarnt. Altkanzler Schröder hat für eine Ausweitung der Rettungsmaßnahmen geworben.

PAZ: *Während Bundespolitiker behaupten, dass der Fortbestand des Friedens in Europa vom Fortbestand des Euro abhänge, sagen Sie genau das Gegenteil. Wieso?*

Hennerkes: Immer mehr rutscht Deutschland in die Rolle eines weißen Ritters für überschuldete Euro-Staaten; ebenso ersehnt wie verhasst. Ein Auseinanderfallen in Schuldner und Gläubiger zerstört die gute Nachbarschaft auf dem alten Kontinent.

PAZ: *Sie bezeichnen das geplante ESM-Gremium in Luxemburg als „riesige Black Box“. Was meinen Sie damit?*

Hennerkes: Gerichten soll es laut Wortlaut des Vertrages verwehrt sein, Personal, Vermögen und Unterlagen des ESM einer rechtlichen Kontrolle zu unterziehen, es sei denn, Gremien des Rettungsschirms selbst würden eine solche Kontrolle ausdrücklich gestatten. Die Euro-Retter können sich damit persönlich jeder Verantwortung entziehen, obwohl sie über enorme finanzielle Risiken zu entscheiden haben. Sie schaffen für sich einen rechtsfreien Raum.

PAZ: *Obwohl unsere Politiker immer wieder betonen, dass Deutschland am meisten vom Euro profitiert habe, zweifeln Sie diese Aussage an. Was sind Ihre Argumente?*

Hennerkes: Harte Arbeit mit international wettbewerbsfähigen Produkten, niedrigen Lohnstückkosten und hoher Produktivität hat die Basis für den Exporterfolg begründet – nicht aber in erster Linie die Gemeinschaftswährung. Insgesamt ist der prozentuale Anteil der deutschen Exporte in den Euro-Raum seit Einführung der Gemeinschaftswährung gefallen. Die Steigerungsrate für die Exporte nach Polen liegt höher als der Durchschnitt für den Euro-Raum.

PAZ: *Wieso gibt es Ihrer Meinung nach so wenig Widerstand gegen den ESM, obwohl er doch aus Ihrer Sicht so gefährlich ist. Den Aufruf des Bundes der Steuerzahler haben bisher nur knapp 15 000 Personen unterzeichnet.*

Hennerkes: Es handelt sich hier um ein hochkompliziertes Vertragswerk, das selbst mit juristischer Vorbildung schwer nachzuvollziehen ist. In Umfragen zeigt sich aber, dass die Mehrheit der Bevölkerung eindeutig gegen die Ausweitung der Rettungsschirme votiert, unabhängig von der Parteipräferenz.

Ungrüne Piraten

Von Manuel Ruoff

Damit war nicht unbedingt zu rechnen gewesen. Laut einer Forsa-Umfrage können sich von den Anhängern von „Piraten“, Union, Linken, SPD und Grünen erstere am ehesten und letztere am wenigsten vorstellen, die „Freien Wähler“ zu wählen. Dieses zeigt, wie weit Grüne und „Piraten“ zumindest hinsichtlich ihrer Anhängerschaft voneinander entfernt sind und wie weit die Grünen sich von ihren ursprünglichen Idealen entfernt haben. Denn mit ihrer Forderung nach mehr direkter beziehungsweise Basisdemokratie und Bürgerbeteiligung verfolgen die „Freien Wähler“ klassische Ziele der grünen Bewegung. Aber von diesen alten Zielen ist die grüne Partei inzwischen abgerückt, die Kriege ablehnt, aber nur wenn sie deutschen Interessen dienen sollen, und Volksentscheide befürwortet, aber nur, wenn die Wähler nicht politisch korrekt, sprich an deutschen Interessen orientiert, votieren können. Stimmt die Forsa-Umfrage, dann haben die Grünen wohl die Anhänger, die sie verdienen. Ob das auch für die „Piraten“ gilt, oder ob deren Anhänger besser bei den „Freien Wählern“ aufgehoben wären, sei dahingestellt.

In eigener Sache

Von Rebecca Bellano

Mit der Einführung der Finanztransaktionssteuer und verschärften Eigenkapitalregeln für Banken und Versicherungen (Basel III und Solvency II) wollen Politiker in Deutschland, der EU und zum Teil auch weltweit den „bösen“ Finanzmärkten Fesseln anlegen. Denn es seien ja die Finanzmärkte, die all das Unheil der letzten Jahre verursacht hätten.

Ja, diese Aussage ist nicht falsch, aber eben auch nicht richtig, denn die jetzigen Probleme im Euro-Raum sind zugleich eine Verschuldungskrise der Staatshaushalte. Auch wenn diese sich durch die Rettung der Kreditinstitute in der Bankenkrise massiv zusätzlich verschuldet haben, so haben die meisten Staaten im Euro-Raum doch über Jahrzehnte massiv über ihre Verhältnisse gelebt. Und da sie immer weiter Geld brauchen, um fällig werdende Altschulden zurückzuzahlen und Geld zur Finanzierung neuer Staatsdefizite benötigen, sollen all die geplanten neuen Regeln natürlich nicht für Staatsanleihen gelten. Also keine Finanztransaktionssteuer auf Staatspapiere, um die Geldgeber nicht zu verschrecken. Und auch bei den Eigenkapitalregeln für Versicherungen sollen Staatspapiere weiter als weniger risikoreich eingestuft werden als Aktien oder Unternehmensanleihen, was die Anlage in Staatsanleihen für Versicherer attraktiver macht als in Aktien oder Unternehmensanleihen. Am Ende könnte das in Staatsanleihen angelegte Geld zwar schneller verlustig gehen als das, das man in eine VW-Aktie investiert hätte, die zudem mehr Rendite gebracht hätte, aber das soll Sorge der Riester-Sparer und Co. sein, so offenbar die Denke der Politiker.

Umverteilung als Ziel

Von Hans Heckel

So viel Ehrlichkeit tut gut – oder weh, je nach politischem Standort: Angelika Beer war 29 Jahre bei den Grünen, lange Zeit davon in Spitzenfunktionen. Sie hatte die Gründungsphase der Partei mitgemacht, jene jugendfrischen Jahre also, als die Grünen in den Augen ihrer Anhänger noch unschuldig und nur an der Sache und nicht Macht interessiert waren.

Das war von Anfang an eine Illusion, bekennt die kürzlich zu den „Piraten“ übergelaufene Beer. Um Macht sei es gegangen, vor allem anderen. Da habe man eben ein Thema gesucht, mit dem man die Leute erreichen konnte, und habe sich für Umwelt entschieden.

Viele grüne Spitzenleute der Anfangszeit hatten sich zuvor bei kommunistischen Splittergruppen getummelt in der Hoffnung, von der nahenden Revolution an die Töpfe der Macht gespült zu werden. Doch die Revolution fiel aus. Es folgte in den späten 70er Jahren die Zeit der Depression, Joschka Fischer hielt sich mit Taxifahren über Wasser.

> Umweltschutz nur als Mittel zum Zweck

Mit den Grünen sollte es endlich nach oben gehen, nun eben ohne brachiale Revolution. Und für viele tat es das auch. Doch einiges von den Irrungen der ideologischen Vorzeit schlummert immer noch in den Köpfen der ersten Grünen-Generation. Selbst bei Renate Künast, die selbst zwar nie in einer kommunistischen Gruppe gewesen, dafür aber von deren Veteranen in der Berliner „Alternativen Liste“ ab 1979 umgeben war.

Derzeit äußert sich Künast gern zur Euro-Krise und offenbart dabei ein vulgärmarxistisches Umverteilungsdenken, das jeder wirtschaftlichen Vernunft hohnspricht. Keine Gelegenheit lässt sie aus, um eine „deutsche Schuld“ an der Krise der Euro-Südländer zu behaupten.

Ihre Logik: Die Deutschen hätten die Spanier, Portugiesen, Griechen und Co. mit ihren Exportgütern überschwemmt, nur deshalb seien die jetzt so verschuldet. Der deutsche Aufschwung sei „auf Kosten der Südländer“ zustandegekommen, so Künasts Schluss.

Mit anderen Worten: Wenn sich jemand einen Mercedes kauft, den er sich nicht leisten konnte, weshalb er pleitegeht, dann ist an seinem Unglück der Daimler-Arbeiter schuld. Daher, so Künast weiter, hätten die Deutschen jetzt die Pflicht zu zahlen.

Hinter dieser schrägen Denke steckt das ordinär-linke Umverteilungsdenken, wonach Wohlstand eine feste Größe ist, die nicht durch Fleiß und Wettbewerbsfähigkeit erwirtschaftet, sondern nur richtig „umverteilt“ werden muss. In dieser Logik erntet der Erfolgreiche seinen Erfolg grundsätzlich „auf Kosten“ der weniger Erfolgreichen, weshalb er gefälligst zu zahlen habe. Auf diese Weise haben sozialistische Regime die Wettbewerbsfähigkeit selbst großer Volkswirtschaften an die Wand gefahren.



Euro-Krise leicht gelöst: Hätten die Deutschen den Südländern keine Waren verkauft, wären diese nicht verschuldet, so die Logik von Renate Künast (l.). Da also der Wohlstand der Deutschen auf Kosten der Nachbarn entstanden ist, müssen nun die Deutschen auch deren Schulden übernehmen, ist die Grünen-Politikerin überzeugt.

Bild: pa

Gastkommentar



Der eingeweißte Sarotti-Mohr

Von Norbert Breuer-Pyroth

Dieser Tage kaufte ich mir eine Tafel Schokolade der altbekannten Marke Sarotti. Zu meiner Verblüffung entpuppte sich auf deren Verpackung der vormalige Mohr als Weißer, dem nicht einmal mehr eine mediterrane Urlaubsbräune zugestanden wird. Mit dem pechschwarz glänzenden, frohen Gesicht und der an das Osmanische Reiche erinnernden Livree des kleinen Sarotti-Mohrs bin ich aufgewachsen. Lebhaft erinnere ich mich an kindergroße, rotblaue Figuren, die eingangs von Konditoreien mit Praliné-Tabletts aufwarteten. Etwas Rassistisches dachten wir uns wirklich niemals dabei, zumal unsere kleinen Schwestern bereits pechschwarze Babypuppen hätschelten. Damals wurde noch die vom Lateinischen „niger“ herrührende Bezeichnung für Schwarzer, nämlich Neger, benutzt – keineswegs abwertend. Zum Beleg: In den 50er Jahren gab es in meiner Heimatstadt Saarlouis einen „Neger“, nur einen im ganzen Stadtbild. Er hieß Sehard, ein gertiger, gutaussehender Mann, sehr beliebt und trinkfreudig. Eben daher prangte er gar lachend auf einem Werbeplakat der Saarlouiser Donner-Brauerei, umrahmt von dem Slogan: „Saarlouiser Neger (trinken) Donner-Bier“. Als er 1958 beim Einsturz einer Gaststätte ums Leben kam, herrschte gerade auch um ihn besondere Trauer. Und ebenfalls exemplarisch für die Arglosigkeit: Auf dem Alten Friedhof der Stadt ist ein Grabstein zu besichtigen mit der Aufschrift: „Hier ruht mein lieber Neger Chime Bebe, gestorben im Alter von 26 Jahren.“

Nein, Neger wurde kaum als Schimpfwort begriffen, übrigens auch nicht bei Karl May, Nigger hingegen schon. Und „Mohr“ war irgendwie gar positiv besetzt. Man denke an den „Mohr des Zaren“, Puschkins unvollendete Novelle über seinen aus Eritrea stammenden schwarzen und fürstlichen Urgroßvater. Auch Schillers Satz „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen“ war mitnichten abwertend gemeint. (Das geflügelte Wort „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“ rührt zwar von Schiller her, doch nicht in dieser Form.)

Generell mag endlich gelten, dass jene Leute, die sich bei einem Begriff etwas Schlechtes denken, eben jene sind, die die Begriffe zu ändern suchen. Die anderen indes, die ohnehin wohlmeinenden Menschen, würden dies nicht für nötig erachtet haben. Woraus interessanterweise folgert, dass es gerade die Schlechtmeinenden sind, die den Gutmeinenden oktroyieren, einen Begriff wie Neger als übel anzusehen.

> Viele althergebrachte Begriffe wurden durch lächerliche ersetzt

Es sind dieselben ideologischen Wortverdreher, die das einstmals hehre, Fortschritt versprechende Wort „Reform“ in seinen Inhalten dermaßen verhunzt haben, dass beispielshalber Krankenkassenmitglieder oder Bundeswehrsoldaten sich heutzutage tief ducken, wenn sie Reform-Posaunen nur von weitem hören.

Zu viele althergebrachte Begriffe haben Politiker und Mediale bereits aktiv dem Mülleimer überantwortet, um dafür lächerliche neue zu gebären. Es gibt unzählige weitere Beispiele für ideologisch gefärbte Sprachoptimierung: Den Begriff „Zigeuner“ habe ich in einer belletristischen Arbeit ganz bewusst benutzt, auch aus historischen Gründen benutzen müssen. Zum einen lasse ich mir ungern vorschreiben, welche Worte ich dem Zeitgeist zuliebe oder weil gewisse Leisetreter und Eiertänzer sich Schlechtes dabei denken, benutzen soll und welche nicht mehr, da die Sprache schließlich mir ebenso gehört wie Konrad Duden und der Kultusministerkonferenz; zum anderen kann niemand ernsthaft verlangen, immer wieder „Sinti und/oder Roma“ zu schreiben. Es käme ja auch – hoffentlich – niemand, der recht bei Sinnen ist, auf die Idee, den „Zigeunerbaron“ in „Sinti- oder Roma-Baron“ umzubenennen und mit dem „Zigeunerschnitzel“ oder Alexandras „Zigeunerjungen“ posthum entsprechend zu verfahren. Wie sehr ich selbst Sinti und Roma zu schätzen vermag, kann am Beispiel des genialen Jazzgitarristen Django Reinhardt bewiesen werden, dessen Musik ich liebe. Er war ein großer Mann.

Noch ein Beispiel für schlitzohrigen Kostümwechsel: „multikulturell“ und „interkulturell“ sind fälschlicherweise immer wieder synonym verwendete Begriffe, die miteinander jedoch weit weniger zu tun haben, als landläufig angenommen wird. „Multikulturell“ ist als Begriff mancherorts negativ bewertet, wohingegen „interkulturell“ beileibe kein Politikum ist, sondern ein uneingeschränkt positiv empfundener Begriff aus dem Geschäftsleben, der den respektvollen, einfühlsamen, zielgerichteten Umgang von räumlich getrennten Kulturen miteinander aufzeigt. Nun ist festzustellen, dass sich Politiker – zum Beispiel die Bürgermeisterei Saarbrückens – dieses Begriffes aus leicht nachvollziehbaren Motiven bemächtigt haben, um „multikulturell“ verschämt weglassen zu können. Man sollte ihnen diese Verdrehung aber nirgends durchgehen lassen.

> Kritik von ideologisch verbohrter Seite wird es immer geben

Was soll denn noch kommen? Macht der schwarz-gelbe Salamander Lurchi Werbung für eine FDP-CDU-Koalition, wird er alsbald rot-grün eingefärbt? Wieso ist Meister Proper noch immer strahlend weiß und nicht eingedunkelt wie die schnieken Farbigen aus der VW-Werbung? Weswegen figuriert unter den Mainzelmännchen noch immer kein Araber, gerne schlipslos und unrasiert, wie Mahmud Ahmadineschad oder Heiko Maas – nennt man das Proporz? Was wird aus der Milka-Kuh, verulkt sie gar schwule Männer mit lila Hemden? Was ist mit dem Distelfink, der ungeniert mit den deutschen Nationalfarben herumfliegt, drucken wir ihm an den Vogelwarten die EU-Sterne auf den Bürzel? Der Negerkuss wurde bereits gekillt. Und das „Fräulein“ auch, was uns immerhin „Fräulein Alice Schwarzer“ erspart hat. Was wird jetzt aus den „Drei Chinesen mit dem Kontrabass“ und den „Zehn kleinen Negerlein“, die doch Volksgut waren? Ich werde sie heute Abend noch singen. Kritik von ideologisch verbohrten Seiten wird es immer geben. Wir sollten darauf gehörig pfeifen und endlich damit aufhören, unsere überkommenen Traditionen einer dem Zeitgeist geschuldeten, oberservilen Hinterherhechelei zu opfern. So freiwillig, gehorsamst vorauseilend wie den zu Grabe getragene Sarotti-Mohr, dem seine Anhänger zu Recht nachtrauern. Jene Kulturen, denen wir uns so überanpassen, haben allenfalls ein Lächeln, wenn nicht Verachtung für eine solche Kultur ohne Selbstbewusstsein übrig. Nicht selten in der Geschichte erkennen wir eben, dass grobschlächtigere, ja barbarische Kulturen die feinsinnigeren, verzärtelten überwältigten. Wer anderer Meinung ist, der schaue sich den Untergang des Römischen Reiches oder der Etrusker an oder lese des famosen Kurt Kusenbergs (1904–1983) „Leute aus dem Wald“.

Zu seiner Kultur und Historie muss man stehen, mit allem gebotenen Respekt, mit Zivilcourage, ohne Wenn und Aber. Jedes Volk muss wissen, woher es kommt, um zu wissen, wohin es geht. Und in diesem Sinne ist es ein schlimmes Zeichen, dass der Sarotti-Mohr nun zum Weißen mutierte, wie weiland der bedauernswerte Michael Jackson, dem dies nicht bekömmlich war. Und zum Abschluss sage ich gerne, dass meine schwarzen Studierenden mir von jeher zu den liebsten zählen und sie in mir weit mehr Sympathie auslösen als diese törichten Zeitgeisthechler deutscher Provenienz, deren eigene Meinung allein darin besteht, die Narretei aller Gattungen engstirniger Ideologen nachzuäffen.

Norbert Breuer-Pyroth arbeitet als selbständiger internationaler Managementberater mit Schwerpunkt Deutschland/Frankreich. Daneben ist er als Seminar- und Hochschuldozent, Publizist sowie als Fachbuchautor tätig. Außerdem schreibt er belletristisch.

Einem Kulturgut geht das Licht aus

Kommt das Ende der Gaslaternen an öffentlichen Straßen in Deutschland?

Eine der berühmtesten Brücken der Welt, die Karlsbrücke, wird wieder mit Gaslicht illuminiert. 600 Gas-Laternen sind im Laufe der letzten zehn Jahre in der Prager Altstadt neu in Betrieb genommen worden. In der tschechischen Hauptstadt wird die Gasbeleuchtung auf den Straßen und Plätzen als Touristenattraktion angesehen. Nicht so in Deutschland: Obwohl die Gasbeleuchtung bei uns gerade noch etwa 0,7 Prozent der gesamten Straßenbeleuchtung ausmacht, wird ein vehementer Feldzug gegen das Gaslicht geführt. Dabei ist Gaslicht das einzige technische Licht garantiert ohne Strom aus Kernkraftwerken und spendet anheimelnde Atmosphäre.

Londons wohl berüchtigster Serienmörder Jack the Ripper mordete bei Gaslicht. Autoren wie Alfred Hitcock und heute kultige Fernsehserien wie „Mit Schirm, Charme und Melone“ ließen sich von der Atmosphäre des warmen gelben Lichts anregen. Doch städtische Gasbeleuchtung erzeugt nicht nur nostalgische Gefühle. Als Kulturgut gehört sie zum Straßenbild, finden Bürger, Denkmalschützer und Vereine. Sie streiten derzeit in deutschen Großstädten dafür, sie im Rahmen von Energiespargedanken und als Folge der Debatte um den Klimawandel in Verruf geratenen Gaslaternen zu retten.

„Vor der Kaserne bei dem großen Tor / Stand eine Laterne ...“: Im Soldatenlied steht Lili Marleen wehmütig mit dem Geliebten im Laternenlicht: „Unsere beide Schatten sah'n wie einer aus ...“ Für Romantik ist unter „Jessica 800“ kein Platz. Die zeitgenössische Alu-Lampe in Graphit-Optik wirft gemäß dem Willen von Berlins Senat seit Anfang Juni ein kühles Licht auf abendliche Pärchen und Spaziergänger. Der im rechten Winkel aufgeflanschte Druckgusskopf des Produkts verbreitet den Charme einer Grenzbeleuchtung im Todesstreifen, wird aber immerhin in Berlin produziert. Die zum Sparen gezwungene Hauptstadt hegt derzeit die umfangreichsten Pläne zur Abschaffung der Gasbeleuchtung. Dabei steht im Westen der Stadt, dem früheren West-Berlin, noch etwa die Hälfter der Gaslaternen, die es weltweit gibt: überwiegend in Anwohnerstraßen und nur selten auf Hauptstraßen.

Das Moderne ist als Ersatz für vorerst 8000 der 44 000 noch an der Spree betriebenen Gaslaternen vorgesehen. Vor Wochen noch plante der Senat, 43 000 Gaslaternen zu verschrotten. Nun tauscht die Hauptstadt zuerst wenig hübsche Varianten aus den 50er Jahren aus.

Auch Dresden und Mainz verschrotten die alten Lichter. Die Argumente der Politik sind stets die gleichen: Gas sei anfällig, wartungsintensiv, erzeuge viel Kohlendioxid in der Energiebilanz. Ersatzteile bezieht Berlin mangels Alternativen bereits aus Indien. Andererseits prägen die Laternen das Stadtbild. Zweckrationale Lampen wirken kalt und denkmalwürdige Gegenden benötigen den Erhalt passender Leuchtkörper. Sie sind oft künstlerisch gestalteter Ausdruck einer Stilepoche oder einer ganzen Stadt: So prägt die Gas-Aufsatzleuchte in Lyraform Berlin. Die Laterne vom „Würzburger“-Typ plant indes niemand von der dortigen Residenz abzunehmen.

Gaslicht sicherte West-Berlins Unabhängigkeit

Lokalkolorit steht auf dem Spiel, auch in Essen und Bochum. Statt der meist geplanten Verschrottung ist eine Umrüstung alter Lampen auf neue Energie mit vertretbarem Aufwand möglich. In Berlin erfolgte sie aber nur an wenigen Stellen. Im Westen der Hauptstadt ist Gas teils heute noch die allein prägende Straßenbeleuchtung – einmalig auf der Welt, was mit der Teilungsgeschichte der ehemaligen „Frontstadt“ des Kalten Krieges zu tun hat. Das Trauma der Blockade West-Berlins von 1948/49 – abgeriegelt, lichtlos, schikaniert – saß tief, und der Wunsch, möglichst autark zu sein, hatte reelle Gründe. Nach dem Krieg war die Stadtbeleuchtung durch Gas dort wieder bald in Gang gesetzt worden, und Stadtgas konnte aus Kohle selbst erzeugt werden – Stromüberlandleitungen zu großen Kraftwerken im Westen führten dagegen über ostzonales Gebiet und waren gefährdet.



Warmes, gelbes Licht: Gaslaterne in Charlottenburg Bild: Pop-eye

Vom Verschrotten „werden aber höchstens einige wenige Straßen ausgenommen“, so die Stadtentwicklungsbehörde. „Nun will man den herrlichen historischen Lampen im Namen eines blinden Öko-Eifers den Garaus machen“, schrieb kürzlich die „FAZ“ dazu. Der Heimatverein Charlottenburg kämpft gegen diesen Kahlschlag.

In Dresden ruft eine Internet-Petition zum Erhalt von Gaslaternen an mehreren großen Durchgangsstraßen auf: Nur damit die Stadt Fördermittel beim geplanten Ausbau der Straßen nutzen kann, solle hier das Gaslicht weichen, kritisiert diese Initiative. Tausende Gaskandelaber wolle die Stadt verschrotten, ein einmalig geschlossen erhaltenes Viertel somit zergliedern, lautet der Vorwurf.

Dass Sparen auch anders geht, zeigt Augsburg: Die Stadt schaffte Quecksilberdampf-Hochdrucklampen ab und verbesserte die nächtlichen Brennzeiten gemäß tatsächlichem Bedarf. Als „vorbildliche Sanierung“ lobte der Naturschutzbund Deutschland e.V. auch Düsseldorf für den probeweisen Einsatz von LED-Leuchten. Neben 43 000 elektrischen Straßenlaternen betreuen die Stadtwerke dort noch 17 000 Gaslaternen. Die LED-Tests kombinieren einige elektrifizierte Gaslaternen mit einer warmen Lichtfarbe.

Düsseldorf ist in Deutschland die Nummer 2 beim Gaslicht nach Berlin, verfolgt aber auch den Teilabriss von Gaslaternen. In Baden-Württemberg baute hingegen die Stadt Backnang gar ein stadttypisches Modell nach alten Plänen nach und schaltete mit den erhaltenen Modellen auf LED-Technik um.

Die meiste Anerkennung finden die alten Gaslichter aber weiter bei den Berlinern: Ein eigenes dem Gaslicht gewidmetes Freilichtmuseum bringt inzwischen 90 alte Modelle aus ganz Europa täglich mit Einbruch der Dämmerung zum Glimmen. Doch der besonders an langen Frühlingsabenden stimmungsvolle Effekt des Gaslichts ist auf regulären Straßen Vergangenheit: Dort trug eine leichte Druckwelle im Gasnetz allabendlich pünktlich den Befehl zum Leuchten durch die Städte, die sich in warmes Gelb kleideten. Die Berliner Museumsstücke sind oft die einzigen Überbleibsel der in Europas Städten einst verbreiteten Modelle.

Sverre Gutschmidt

INFO

Bürger für Gaslicht

Kommunismus gleich Sowjetmacht plus Elektrifizierung“, postulierte Lenin 1920. Ob der Berliner Senat mit dem Beschluss, die Straßenbeleuchtung in der ganzen Stadt elektrifizieren zu lassen, da noch mehr im Schilde führt? Den wenigsten ist bewusst, dass neben dem angenehmen, blendfreien Gaslicht auch die hochwertigen gusseisernen Laternenmasten aus dem Straßenbild verschwinden werden und die Stadt so, durch den alliierten Bombenterror und Nachkriegsabrisse ohnehin um Kulturdenkmäler in erheblicher Größenordnungen dezimiert, wieder um eine bauliche Tradition ärmer, austauschbarer, „stromlinienförmiger“ wird.

Die Umrüstung der historischen Laternen auf LED-Leuchtmittel ist derzeit nicht problemlos möglich. Folglich werden künftig ganze Stadtviertel nicht nur ihre authentische Beleuchtungsart, sondern auch ihre charakteristische abendliche Straßenatmosphäre einbüßen. Berlin verlöre ein Alleinstellungsmerkmal. Auch in Frankfurt am Main soll die Gasbeleuchtung gegen den Willen betroffener Anlieger abmontiert werden.

Aber die Bürger lassen sich das Walten ihrer Obrigkeit nicht einfach so gefallen. Anwohner, Gaslicht-Freunde, Touristen und Denkmalschützer wehren sich – vor Ort und im Internet. Der Berliner Verein Pro Gaslicht bemüht sich seit etwa 25 Jahren um den Erhalt der Gasbeleuchtung. Am Rhein wirkt die Initiative Düsseldorf-Gaslicht dafür, das einmalige zusammenhängende Ensemble von Gaslaternen auf die Unesco-Weltkulturerbeliste setzen zu lassen. Dank Internet sind die zahlreichen regionalen Initiativen vernetzt. Dass es auch anders geht, zeigen einmal mehr die Sachsen: In Chemnitz sollen die letzten 424 Gaslaternen unter Denkmalschutz gestellt werden. *PAZ*

Die Fröhlichkeit der Christenheit

»Seliges Lächeln und höllisches Gelächter«: Vergnügliche Schau in Mainz über das Lachen in der Kunst des Mittelalters

Zum „Lachen“ schickt einen das Diözesanmuseum von Mainz in den Keller. Dort wird man in die Lachkultur des Mittelalters eingeweiht. Den Weg in die Sonderausstellung begleiten Wandtexte. Der Mönch Ephraim etwa warnt: „Lachen richtet Körper und Seele zugrunde.“ Der Abt Johannes Klimakos hingegen verkündet: „Gott will, dass der Mensch aus Liebe zu ihm in seiner Seele lache und fröhlich sei.“ Und wer auf Erden nichts zu lachen hat, wird von Jesus in der Bergpredigt mit den Worten getröstet: „Selig, die ihr jetzt weint, denn ihr werdet lachen.“

Seliges Lächeln und höllisches Gelächter flankieren das Tor in die Schau. Links ist nämlich der in Stein gemeißelte Kopf eines lächelnden Engels (um 1245) ausgestellt. Sein feines Lächeln mit geschlossenen Lippen und dezent nach oben gezogenen Mundwinkeln ist Zeichen dafür, das Richtige maßvoll zur rechten Zeit zu tun. Rechts wird der steinerne Kopf eines grinsenden Teufels (um 1239) präsentiert. Er hat beim Lachen das Gesicht zur Fratze verzerrt und zeigt dabei die Zähne. Museumsdirektor und Kurator Winfried Wilhelmy erklärt: „Entblößte Zähne stehen in der mittelalterlichen Ikonografie, ähnlich wie offen getragene Haare, für das Lasterhafte an sich.“

Die Ausstellung umfasst 53 exquisite Werke der mittelalterlichen Bildhauerei, Schatzkunst, Buchmalerei und frühen Druckkunst. Erster Blickfang ist das vom Naumburger Meister in Stein gehauene Weltgericht (um 1239). Weltenrichter Christus wirkt geradezu melancholisch. Die Verdammten zu seiner Linken schauen verzweifelt drein, eine Frau hebt ringend die Hände, ein Mann reibt sich angstvoll das Kinn. Mit der rechten Hand weist Christus auf die Gruppe der Seligen. Die meisten blicken ernst, haben gar die Mundwinkel herabgezogen. Der König zeigt immerhin den Anflug eines Lächelns. Der einzige aber, der seiner Freude und Erleichterung freien Lauf lässt, ist ein Knabe: er klatscht in die Hände und grinst bis über beide Ohren.

Entblößte Zähne stehen für das Lasterhafte an sich

Mittelalterliche Hochburg des gottgefälligen wie des lasterhaften Lachens ist der Bamberger Dom. Ausgestellt ist der Gipsabguss des Tympanons vom Fürstenportal (um 1225/37). Es zeigt ebenfalls das Weltgericht. Doch hier nun offenbart sich die Angst und Erschütterung der Verdammten in Körperverrenkungen, Grimassen und verzweifeltem Lachen. Die Geretteten hingegen zeigen ein seliges Lächeln. Bei drei Kindern ist es so ausgeprägt, dass man einfach mitlächeln muss.

Hat Jesus je gelacht? In der Bibel findet sich darauf kein Hinweis. Die mittelalterliche Kunst stellt ihn trotzdem zuweilen fröhlich dar, wie die „Fußstraßen-Madonna“ (Sandstein, um 1250) beweist. Lebensgroß steht sie vor uns, das Jesuskind im linken Arm. Beide haben die Köpfe einander zugeneigt. Während die Gottesmutter verhalten lächelt, ist ihr Einzig-geborener ausgesprochen vergnügt.

Märtyrer, so sollte man meinen, haben nichts zu lachen gehabt. Aber weit gefehlt. Die einen lächeln trotz Marter angesichts des unmittelbar bevorstehenden Eintritts in die himmlische Herrlichkeit. Die anderen präsentieren das triumphierende Lachen der Stärke, mit dem sie ihre Peiniger verhöhnen. „Hier ist das Lachen nicht nur gestattet, sondern sogar gefordert“, wie Kurator Wilhelmy erklärt. Zum Beleg ist eine 1483 in Nürnberg gedruckte Bibel aufgeschlagen, Die kolorierte Illustration zeigt das Martyrium des Evangelisten Johannes. Er steht bis zu den Hüften in einem Kochtopf mit siedendem Öl. Diese Folter wird er unbeschadet überstehen. Sein Lächeln kündigt den Triumph über seine Peiniger an.



Lachender Knabe aus einem Zug der Seligen, Naumburger Meister um 1239, Mainz, Bischöfliches Dom- und Diözesanmuseum
Foto: Diözesanmuseum

Klemens von Alexandrien verfasste um das Jahr 200 ein Benimmbuch für Christen. Im Kapitel „Über das Lachen“ heißt es, liebenswürdige Scherze seien gottgefällig, wer aber alles ins Lächerliche ziehe, zeige nur seine Unvernunft und seinen schlechten Charakter. Hemmungsloses Lachen entstellt, ein harmonisches Lächeln aber ziert das Gesicht. Das laute Kichern von Damen sei töricht, das dröhnende Gelächter der Männer unverschämt. Erhöhte Vorsicht sei unter Alkoholeinfluss geboten. Nie sollte über Unanständiges oder in Anwesenheit einer Respektsperson gelacht werden – es sei denn, diese habe zu scherzen beliebt. Das sind Standards, die im Grunde noch heute gelten (sollten). *Veit-Mario Thiede*

Bis 16. September im Dom- und Diözesanmuseum Mainz, Domstraße 3. Dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, sonnabends und sonntags von 11 bis 18 Uhr. Informationen unter Telefon (061 31) 253344.

Wie die Preußen nach Algerien kamen

Außer mit Franzosen versuchte die Kolonialmacht auch mit anderen Weißen ihre Herrschaft zu festigen

Algerien feiert am 3. Juli den 50. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Fast 7000 Deutsche hatten sich ab 1830 überreden lassen das Siedlungswerk Frankreichs in Nordafrika zu unterstützen. Mit der Unabhängigkeit verließen die Nachkommen Algerien und gingen nach Frankreich.



Postkarte aus dem algerischen La Stidia: Ursprünglich war Brasilien das Ziel der deutschen Auswanderer gewesen Bild: Archiv

Am 12. Juni 1830 landete Frankreich mit seiner Kriegsflotte und einer 37 000 Mann starken Armee an der algerischen Küste, nahm die Stadt Algier nach einer Belagerung am 4. Juli ein. Algerien wurde französische Kolonie. Um ihren Einfluss zu festigen, versuchten die französischen Kolonialbehörden Landsleute für eine Auswanderung nach Algerien zu gewinnen und sie dort anzusiedeln. Ebenfalls mit dem Ziel, die neue Kolonie an der Nordküste Afrikas mit Franzosen zu bevölkern, beschloss die französische Nationalversammlung im September 1848 spezielle Gesetze, welche die Auswanderung in die Kolonien fördern sollten, wie beispielsweise freier Transport, freie Unterkunft und freies Ackerland in der Größenordnung zwischen zwei und zehn Hektar, kostenlose Überlassung von Vieh und Saatgut. Nur 100 000 Franzosen ließen sich von diesem Angebot bis 1870 anlocken.

Da die Bemühungen derart wenig Erfolg zeitigten, warben Auswanderungsagenten in den 1840er Jahren auch in Frankreichs Nachbarländern Deutschland, Luxemburg, Belgien und der Schweiz für eine Auswanderung nach Algerien. Zwischen 1820 und 1882 haben insgesamt nur 380 000 Franzosen ihre Heimat verlassen, allerdings mehr als vier Millionen Deutsche in Übersee eine neue Heimat gesucht. Viele preußische Untertanen wurden mit Tricks zur Auswanderung nach Algerien überredet. Dabei spielten die französischen Auswandererhäfen Le Havre und Dünkirchen eine wichtige Rolle.

Anfang Mai 1846 hatten sich etwa 200 arme Familien aus der Mosel- und Eifelregion und dem Trierer Raum ins nordfranzösische Dünkirchen begeben, um von dort nach Brasilien auszuwandern. In Dünkirchen mussten sie erfahren, dass für die Überfahrt nach Brasilien keine Schiffe bereit standen und sie einem Schwindler aufgesessen waren. Eine Rückkehr in die Heimat war unmöglich; dort hatten sie alles aufgegeben, einschließlich ihrer preußischen Staatsangehörigkeit. Am 16. Juni 1846 entschied der französische Ministerrat in Paris, die Preußen nach Algerien zu verschiffen.

Da die französische Kolonialmacht gerade die strategisch wichtige Küstenstraße von Mostaganem nach Oran ausbauen ließ, wurden die Preußen zu deren Sicherung in zwei an ihr gelegenen Siedlungen angesiedelt. Eines der „deutschen“ Dörfer war „La Stidia“ östlich von Oran, nahe bei dem Verwaltungssitz Mostaganem, direkt am Mittelmeer. Das zweite deutsche Dorf war St. Leonie. Es lag etwa fünf Kilometer vom Verwaltungssitz Arzew entfernt, etwas im Landesinnern.

In La Stidia errichteten 1846/47 die Auswanderer, unterstützt von französischen Soldaten, 66 Häuser, eine Schule, ein Bürgermeisteramt, eine kleine Kapelle, einen Waschplatz sowie Straßen und Wasserleitungen. Gärten und Obstbaumplantagen wurden angelegt. 1848 hatte das Dorf 467 Einwohner, hauptsächlich Menschen aus dem Raum Trier, dem Kreis Daun, und den Altkreisen Prüm, Bitburg, Bernkastel und Wittlich. Mit den 438 Deutschen lebten noch 25 Franzosen und vier Spanier in La Stidia.

Das Dorf St. Leonie war etwas kleiner. 1851 bildeten 168 Preußen und 26 Franzosen die Dorfgemeinschaft. Ein Dorfplan zeigt, dass der Ort wie eine Kolonialsiedlung sehr planmäßig angelegt war, versehen mit einer Stadtmauer, zwei Stadttoren und vier Wachtürmen.

Die meisten Familien lebten von der Landwirtschaft. Die Felder, die man ihnen zugewiesen hatte, waren vom Dorf drei bis vier Kilometer entfernt, die klimatischen Verhältnisse für die Eifelaner ungewohnt, die Erträge in den Anfangsjahren gering. Am Anfang versuchten sie, die traditionellen europäischen Pflanzen anzubauen. Missernten durch Trockenheit verschlimmerten die Lage. Von den Sumpfgebieten breitete sich die Malaria aus. Täglich präsentieren sich daher im „Consulate« Preußen, die nichts inniger wünschen, als nach ihrem Vaterlande zurückzukommen.

Das ungewohnte, heiße Klima und der Wassermangel führten zu einer Abkehr von der traditionellen Landwirtschaft. Man experimentierte und pflanzte schließlich Eukalyptus, Palmen, Oliven, Mandeln und Wein an. Allmählich brachte die Umstellung kleine Erfolge, gewöhnten sich die jüngeren Auswanderer an das neue Land und es entstanden Verbindungen zu den nicht-preußischen Mitbewohnern. Viele Elsässer, aber auch manche Franzosen nahmen die Lebensgewohnheiten der Eifelaner an und integrierten sich in die deutschen Siedlungen. Das führte dazu, dass in La Stidia und St. Leonie über Jahrzehnte die deutsche Sprache und auch Gebräuche und Sitten aus der alten Heimat der Deutschen das Dorfleben bestimmten. Bis 1900 war die deutsche Sprache in diesen Dörfern noch dominant. Auch die Verwaltung wurde zeitweise von Immigranten aus Preußen beziehungsweise deren Nachfahren geleitet. Der Bürgermeister von La Stidia war von 1884 bis 1890 Nikolaus Etten. Die französischen Behörden versuchten jedoch, die „Preußen“ möglichst bald einzubürgern.

Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71, bis zu dem zwischen 6000 und 7000 Deutsche ins französische Algerien eingewandert waren und rund jeder 20. Weiße ein Deutscher war, bedeutete eine Zäsur. Während Deutsche und Franzosen sich in Europa umbrachten, hatten die deutschen Auswanderer im französische Afrika mit Repressalien zu kämpfen. Viele entschieden sich deshalb, ihre Staatsangehörigkeit aufzugeben und stattdessen die französische anzunehmen. So kämpften im Ersten Weltkrieg Enkel der Emigranten aus Deutschland auf Seiten Frankreichs gegen das Land ihrer Vorväter.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg wurden per Gesetz vom 21. Juni 1871 100 000 Hektar Land in Algerien den für Frankreich optierenden Elsass-Lothringern zur Verfügung gestellt. Etwa 6000 zu großen Teilen deutschsprachige Elsass-Lothringer haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Sie gründeten etwa 60 Dörfer im Departement Algier im elsässischen Stil. Nach 1871 war man vor allem auf die Stärkung der französischen Bevölkerung bedacht, die Begünstigung fremder Einwanderer hörte auf. 1880 lebten bereits 350 000 Franzosen in Nordafrika.

Bei der Unabhängigkeit Algeriens 1962 gab es eine Million Weiße in Algerien, die nach oft fünf bis sechs Generationen das Land verlassen mussten, unter ihnen auch die Nachkommen der Preußen. Die meisten dieser „Pieds Noirs“ (Schwarzfüße) fanden in Südfrankreich eine neue Heimat, nur durch das Mittelmeer von ihrer alten Heimat getrennt. *Bodo Bost*

Wie David gegen Goliath

Irland: Vor 75 Jahren erhielt die grüne Insel ihre heutige Verfassung und wurde somit souverän

Der Anglo-Irische Krieg um die Unabhängigkeit Irlands von England endete mit einem Kompromiss, dem am 6. Dezember 1921 in London unterzeichneten Anglo-Irischen Vertrag (The Treaty). Ihm gemäß wurde die grüne Insel geteilt in einen kleineren, überwiegend von Protestanten bewohnten Nordteil, der beim Vereinigten Königreich verblieb und einen größeren, überwiegend von Katholiken bewohnten größeren Teil, der als Irischer Freistaat statt der erstrebten Souveränität nur den Status eines Dominion wie Kanada erhielt.

Die Frage, ob man sich mit diesem Kompromiss, der weder die Einheit noch die Souveränität brachte, zufrieden geben solle, spaltete die irische Nationalbewegung. Der innerirische Streit eskalierte 1922 zum Irischen Bürgerkrieg zwischen „Cumann na nGaedhael“ (Bündnis der Gälen), den Treaty-Befürwortern, und „Sinn Féin“ (Wir selbst), den Treaty-Gegner. Der blutige Krieg endete 1923 damit, dass der Präsident von Sinn Féin, Éamon de Valera, seine Kämpfer wegen Aussichtslosigkeit aufforderte, die Kämpfe einzustellen und die Waffen niederzulegen.

Wenn die Sinn Féin auch den bewaffneten Kampf gegen den Treaty und den aus ihm hervorgegangenen Irischen Freistaat aufgegeben hatte, bedeutete das nicht, dass sie sich nun in die politische Arbeit des neuen irischen Teilstaates eingebracht hätte. Das lag auch daran, dass die Parlamentarier des Freistaates gemäß dem Treaty nicht nur dem Freistaat, sondern auch dem britischen Monarchen Treue schwören mussten. Das war eine Zumutung für irische Patrioten angesichts der englischen Verbrechen an den Iren während ihrer Fremdherrschaft. Andererseits überließ die Sinn Féin so den Staat Cumann na nGaedhael, obwohl ihre englandkritische Politik in der Bevölkerung durchaus ihre Freunde und Anhänger hatte.

> De Valeras Kampf gegen den Treaty erinnert an den der Deutschen gegen Versailles

De Valera erkannte das Dilemma. Da für ihn wie für die meisten irischen Patrioten die katholische Kirche eine identitätsstiftende Autorität im Kampf gegen die anglikanischen Engländer war, suchte er nach einer Antwort in Rom. Nachdem der Führer der unterlegenen Bürgerkriegspartei 1924 aus der politischen Haft der Sieger entlassen worden war, pilgerte er in die Ewige Stadt und suchte unter anderem im dortigen Irish College nach einer theologischen Lösung, wie er den für den legalen Weg an die Macht unausweichlich scheinenden Treueschwur mit seinem Gewissen vereinbaren könne. Er wurde fündig und versuchte nach seiner Rückkehr seine Sinn Féin für den parlamentarischen Weg an die Macht zu gewinnen. Er scheiterte mit diesem Versuch und gründete deshalb 1926 die Partei Fianna Fáil (Soldaten des Schicksals). Mit der Republikanischen Partei, wie sie weniger pathetisch auch genannt wird, versuchte de Valera auf legalem, parlamentarischem Wege, sein Land von den Fesseln des Anglo-Irischen Vertrages zu befreien sowie den Irischen Freistaat in eine souveräne, gesamtirische Republik umzuwandeln. Nachdem der erste Anlauf bei den Parlamentswahlen von 1927 noch gescheitert war, gelang ihm und seiner Partei mit Unterstützung der Labour Party nach der Parlamentswahl von 1932 der legale Regierungswechsel. Es folgten über eineinhalb Jahrzehnte, in denen de Valera als Regierungschef seine politischen Ziele verfolgen konnte.

Naheliegenderweise war de Valera die Abschaffung des Treueeides der irischen Abgeordneten auf den britischen Monarchen ein Herzensanliegen. Des Weiteren spielte bei seiner Revision des Anglo-Irischen Vertrages ähnlich wie bei den deutschen Versuchen einer Revision des Versailler Vertrages die Linderung der finanziellen Belastungen eine wichtige Rolle. Großbritannien forderte vom Irischen Freistaat jährliche Zahlungen zur Begleichung der 100 Millionen Pfund, die, so die britische Darstellung, Iren im 19. und 20. Jahrhundert sich in Großbritannien zum Landerwerb geliehen hatten. De Valera stellte die Zahlungen ein mit der Begründung, dass es irrwitzig sei, dass die Briten dafür Geld haben wollten, dass Iren ihr eigenes Land in Besitz genommen haben. London reagierte darauf mit Wirtschaftssanktionen wie Importbeschränkungen auf Lebensmittel, worauf Dublin mit Importbeschränkungen für britische Waren reagierte. Es war ein Kampf David gegen Goliath, der aber schließlich zum Erfolg führte. England gab sich mit zehn Prozent der ursprünglich geforderten 100 Millionen zufrieden und verzichtete 1938 auf die sogenannten Treaty Ports, die Vertrags-Tiefseehäfen in Südirland, deren Verbleib beim Vereinigten Königreich sich dieses im Anglo-Irischen Vertrag ausbedungen hatte. Ein weiterer Erfolg war die Abschaffung des britischen Generalgouverneurs, über den die britische Krone Einfluss auf die irische Politik nehmen konnte.

> Die Souveränität hat de Valera erreicht, aber die Teilung hat ihn überlebt

Die Krönung der Revision des Anglo-Irischen Vertrages war die maßgeblich auf de Valera zurückgehende neue Verfassung von 1937, die bis zum heutigen Tage Bestand hat. Sie war und ist das Grundgesetz eines souveränen Staates. Folglich wurde sie auch nicht mit der ehemaligen Besatzungsmacht ausgehandelt wie der Anglo-Irische Vertrag, sondern erhielt ihre Weihe nach der Zustimmung durch das irische Parlament durch ein Votum des irischen Volkes. Am 1. Juli 1937 stimmte die Bevölkerung über den Entwurf ab. Bei einer Wahlbeteiligung von 75,8 Prozent votierten 56,5 Prozent mit Ja. Am 29. Dezember trat die Verfassung in Kraft. Damit war auch der ungeliebte aus dem Treaty hervorgegangene Irische Freistaat überwunden. An die Stelle des „Irischen Freistaates“ mit dem britischen Monarchen als Staatsoberhaupt trat „Irland“. Dass ein Staats- nur aus einem Landesnamen besteht, ist ungewöhnlich, aber gerade nach Umbruchszeiten nicht einmalig. Man denke an Rumänien. Zudem sollte der provisorische Charakter zum Ausdruck gebracht werden, denn das Ziel blieb die Vereinigung mit dem weiterhin britisch beherrschten Norden zur „Irischen Republik“.

Es ist als ein Akt der Etablierung und Arrangierung mit der Teilung zu verstehen, dass Irland sich nach dem Regierungswechsel von 1948 bei Beibehaltung der 37er Verfassung per Gesetz in „Republik Irland“ umbenannte. Allerdings erfuhr de Valeras Politik dadurch insoweit eine Fortsetzung, als Irland damit automatisch aus dem Commonwealth ausschied, die letzte Bande zur alten Besatzungsmacht gelöst war.

Heute ist Irland nicht zuletzt dank de Valera ein souveräner Staat. Aber geteilt ist das Land nach wie vor und aufgrund der protestantisch-unionistischen Mehrheit im Norden ist eine harmonische Vereinigung auf absehbare Zeit kaum vorstellbar. *Manuel Ruoff*

»Du allein fesselst mich an die Welt«

Der Schriftwechsel Friedrichs II. mit seiner Lieblingsschwester gehört zu den anrührendsten Zeugnissen deutscher Briefliteratur

„Wir haben verschiedene Körper, aber nur eine Seele“, hatte Friedrich der Große seinem Bruder Heinrich mitten im Siebenjährigen Krieg geschrieben, als er die Nachricht vom Tod seiner Lieblingsschwester Wilhelmine erhielt. In der Tat hat der König nach eigenen Worten keinen Menschen so geliebt wie seine drei Jahre ältere Schwester, keinem anderen gegenüber hat er sich in seinen Briefen so privat, so menschlich, ja herzlich gezeigt.

Die Sympathie beruhte auf Gegenseitigkeit. Wilhelmine vergötterte ihren Bruder geradezu. In Bayreuth, wo sie ab 1731 als Markgräfin lebte, litt sie unter ständiger Sehnsucht nach ihm, und in den schweren Kriegsjahren hat sie den zu Selbstmordgedanken neigenden König immer wieder aufzurichten vermocht. Als Friedrich am 14. Oktober 1758, genau an dem Tag, an dem ihm die Österreicher bei Hochkirch eine empfindliche Niederlage beibrachten, die Todesnachricht erhielt, ging ihm der Tod der Schwester mehr zu Herzen als die Niederlage selbst.

Friederike Sophie Wilhelmine, am 3. Juli 1709 geboren, war knapp drei Jahre älter als Friedrich. Die Geschwister waren sich von früh an besonders nahe, zum einen wegen ihrer Neigung zu Musik und Kunst, zum anderen, weil sie gleichermaßen unter der despotischen Herrschaft ihres Vaters, des Soldatenkönigs, litten, der ihnen ihre Neigungen mit aller Gewalt auszutreiben versuchte. Wüsteste Beschimpfungen vor allen Hofleuten und oft genug auch Gewalttätigkeiten waren an der Tagesordnung. Als der König erfuhr, dass auch die Schwester in Friedrichs Fluchtversuch im Jahr 1730 eingeweiht war, schlug er sie derart, dass sie blutend und bewusstlos zu Boden fiel.

Beide mussten sich den Heiratsplänen des Königs fügen: Friedrich mit der ungeliebten Braunschweigischen Prinzessin Christine, mit der er zeitlebens keine eheliche Gemeinschaft hatte, Wilhelmine mit dem Markgraf von Bayreuth, was wider Erwarten doch eine Liebesheirat wurde und sie anspornte, aus dem verschlafenen Bayreuth einen weithin gerühmten Kunst- und Musenhof zu machen. Ab und zu sahen sich die Geschwister noch, Menzel lässt zum Beispiel in seinem berühmten Bild „Das Flötenkonzert“ die Prinzessin hinter dem spielenden König auf dem Sofa sitzen, aber fortan mussten sie sich ihrer Zuneigung meist in Briefen versichern, die erhalten geblieben sind und zu den anrührendsten Zeugnissen deutscher Briefliteratur überhaupt gehören.

So schrieb sie ihm schon bald nach ihrer Ankunft in Bayreuth: „Ich könnte nur dann vollkommen zufrieden sein, wenn ich das Glück hätte, einen Bruder wiederzusehen, der mir tausendmal teurer ist als das eigene Leben.“ Und als Friedrich die ungeliebte Christine heiratet, schreibt er der Schwester: „Sie kommt mir heute hübscher vor als anfangs, was daher kommt, weil sie auf Dein Wohl getrunken hat. Ich habe ihr Bescheid gegeben, nicht ohne ein paar Tränen zu vergießen. Denn ich habe Dich nie so geliebt wie jetzt, und nie wünsche ich mehr, dass Du es glaubst.“



Friedrich und Wilhelmine als Kinder: Gemälde von Antoine Pesne (1683–1757) Bild: mauritius

Wilhelmine hatte in Bayreuth das heute als Juwel des Barock gerühmte Markgräfliche Opernhaus errichten lassen und selbst Opern komponiert. Dem Bruder schreibt sie: „Ich lerne vier Tragödien, bestelle Kostüme, komponiere für die Oper. Das sind meine Staatsgeschäfte.“ Friedrich wiederum schreibt ihr aus Rheinsberg: „Liebste Schwester, wir haben hier ziemlich zahlreiche Gesellschaft. Wir kümmern uns nicht um Dinge, die das Leben verleiden und die Freuden verekeln. Wir spielen Tragödie und Komödie, haben Bälle und Musik jeder Art. Dabei geht die Philosophie stets ihren Gang, ist sie doch die sicherste Quelle unseres Glückes.“

Mit dem Regierungsantritt 1740 waren Friedrichs glückliche Jahre in Rheinsberg vorbei. Aber als Wilhelmine, ganz der Etikette entsprechend, den Bruder nun mit „Majestät“ anredet, will er's nicht leiden: „Ich bitte Dich, liebste Schwester, mich stets nur als Deinen Bruder und als weiter nichts zu betrachten.“ Und die neuen Erkenntnisse als Herrscher fließen in die resignierte Feststellung ein: „Die Fürsten sind auf der Welt da, um Undank zu ernten.“

Im Mai 1748 wechseln sie die berühmt gewordenen „Hundebriefe“. Wilhelmine lässt ihren Zwergspaniel Folichon an Friedrichs Lieblings-Windspiel Biche schreiben: „Allerliebste Hündin. Ich liebe und bete Dich an. Ich schmachte seit unserer Trennung nach Dir. Schwermütig verbringe ich meine Zeit zu Füßen meiner Herrin. Ich höre sie über die grausame Trennung von einem geliebten Bruder klagen.“

Und Biche (alias Friedrich) antwortet: „Ja, Folichon, Du kannst mir sagen, was Du willst; ich habe Deine anbetungswürdige Herrin gesehen und Du wirst mir nicht ausreden, dass sie von weit höherer Art ist als wir. Wie geistvoll war ihre Unterhaltung: Und ihre unbestimmte Grazie, ihre durch Leutseligkeit gemilderte Würde lässt sie mir vollends anbetungswürdig erscheinen.“

Es ist nicht nur Tändelei, die zwischen Potsdam und Bayreuth hin- und hergeht. Wilhelmine zeigt erstaunliche Kenntnisse in Kunst und Philosophie und ist darin dem Bruder und König ebenbürtiger Partner. Als im Oktober 1754 das Markgrafenpaar nach Italien aufbricht, wird sie zahlreiche Kunstwerke aus der Antike und neuerer Zeit erwerben, die sie später dem König schenkt.

Der Beginn des Siebenjährigen Krieges im Jahre 1756 zieht Bayreuth und damit auch die Markgräfin direkt ins politische Geschehen; mehrfach droht das kleine Land von den Österreichern besetzt zu werden. Als schon 1757 nach der Niederlage bei Kolin Friedrichs Lage bedrohlich wird, schreibt er voller Resignation an die Schwester: „Was kann ich noch ausrichten? Der Feinde sind zuviel Das Leben ward uns von der Natur als eine Wohltat gegeben. Sobald es das nicht mehr ist, hört der Vertrag auf, und es steht jedermann frei, seinem Missgeschick ein Ende zu machen. Du allein fesselst mich noch an die Welt.“

Die Antwort kam postwendend: „Um Gottes Willen, beruhige Dich, lieber Bruder! Deine militärische Lage ist verzweifelt, aber es besteht Aussicht auf Frieden. Verbanne doch um Himmel Willen alle finsteren Gedanken. Willst Du so viele Untertanen umkommen lasen, die ihre einzige Hoffnung auf Deine Person setzen?“

Aber der König bleibt dabei: „Ich bin nicht trunken vor Eigenliebe, und nach meiner Überzeugung wird ein Unglücklicher mehr oder weniger auf Erden an der Weltordnung nichts ändern.“

Der glanzvolle Sieg bei Roßbach lässt dann die Stimmung wieder steigen, was für die Markgräfin freilich nicht mehr lange anhält. Friedrichs letzter Brief vom 20. September – „liebste Schwester, bedenke, dass Dein Tod mich zum elendsten Menschen auf Gottes Erdboden machen würde“ – hat sie schon nicht mehr erreicht. Sie starb am 14. Oktober 1758 im Alter von 49 Jahren. Nach dem Krieg hat Friedrich im Park von Sanssouci einen Freundschaftstempel mit der Statue der Schwester errichten lassen. Sie ist als Römerin gekleidet, als sinnende Philosophin, die von der Lektüre aufsieht und auf den Betrachter herabblickt. *Dirk Klose*

Er gilt als der mit Abstand korrupteste

Preußens Premier Johann Kasimir Kolbe nutzte die Gunst von Preußens erstem König rücksichtslos aus

Johann Kasimir Kolbe von Wartenberg gilt als der korrupteste unter den Regierungschefs des preußischen Königreiches. Entsprechend der Volksweisheit „Wie der Herr, so's Gescherr“ „diente“ Kolbe mit Friedrich I. dem wohl unpreußischsten aller Preußenkönige.



Johann Kasimir Kolbe von Wartenberg Bild: Archiv

Als erstes stand der am 6. Februar 1643 in der hessischen Wetterau geborene Bürgerliche als Oberstallmeister und Geheimer Rat in den Diensten von Marie von Oranien, Schwägerin des Großen Kurfürsten. Durch sein gefälliges Äußeres und sein geschmeidiges Wesen wusste er vor allem der Damenwelt zu gefallen. Mit seiner Herrin, Prinzessin Marie, hatte er ein Verhältnis und nach deren Tod im Jahre 1688 war es eine Dame, die ihm den Wechsel an den brandenburgischen Hof ermöglichte. Bereits sechs Jahre zuvor war er dort anlässlich eines Berlinbesuchs mit seinem Talent, der Langeweile des Hoflebens durch Festlichkeiten, Aufzüge, Darstellungen, Spiele und Lustbarkeiten aller Art entgegenzuwirken, angenehm aufgefallen. Hierauf legte vor allem der lustbetonte Nachfolger des Großen Kurfürsten großen Wert, der 1688 nach dem Tode seines Vaters dessen Erbe angetreten hatte.

Rücksichtslos beutete Kolbe die Wirtschafts- und Finanzkraft Preußens aus, um die Bedürfnisse seines Herren nach Luxus zu befriedigen. Dabei entwickelte er eine bemerkenswerte Fantasie, die der heutigen Finanzminister in Deutschland würdig wäre. So initiierte er eine Jungfern-, eine Perücken-, eine Hut-, eine Strumpf- wie eine Kutschensteuer und machte den Verzehr von Kaffee, Tee oder Schokolade vom Erwerb einer Erlaubnis abhängig. Dabei sorgte er großzügig dafür, dass ein Großteil der so generierten Einnahmen in seiner Privatschatulle landete.

> Mit Geld und Soldaten half er Friedrich I., sich seine Wünsche zu erfüllen

Die Gunst und Dankbarkeit Friedrichs III. erlangte er vor allem dadurch, dass er dem eitlen brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Herzog sein Lieblingsprojekt ermöglichte, die Standeserhöhung zum König. Er erreichte dieses nicht nur mit dem Geld, sondern auch dem Blut der preußischen Bevölkerung. Für die Zustimmung des Kaisers zur Standeserhöhung des Brandenburgers zum König in Preußen stellte er dem Habsburger Soldaten für dessen Kämpfe zur Verfügung.

Der dankbare Hohenzoller überhäufte Kolbe mit Ämtern und Beweisen seiner Gunst. 1690 wurde er Hauptmann von Oranienburg, 1691 Schlosshauptmann von Berlin, 1694 Hauptmann der Dompropstei Havelberg, 1696 Oberstallmeister und Oberkammerherr sowie 1697 Minister und Chef der Generalökonomiedirektion. Daneben war er Marschall des Königreichs Preußen, Protektor der Königlichen Akademien, Oberstallmeister, Oberaufseher der Königlichen Schlösser, Oberhauptmann aller Schatullenämter und Generalpostmeister.

Das Krönungsjahr 1701 brachte Kolbe besonders viele Gunstbeweise seines Herren. Er wurde Premierminister und durfte bei der Krönung Friedrich III. diesem den Purpurmantel umhängen. Den anlässlich der Krönung gestifteten Schwarzen Adlerorden erhielt Kolbe nach den königlichen Prinzen als erster verliehen. Er wurde auch der erste Kanzler dieses fortan höchsten Ordens im Hohenzollernstaat. Beim Kaiser sorgte Friedrich III., der nun König Friedrich I. war, dafür, dass Kolbe Reichsgraf von Wartenburg wurde. Der so Geehrte sicherte seine Stellung zusätzlich dadurch ab, dass er seine Ehefrau seinem Herren als Mätresse zuführte.

Kolbe sorgte maßgeblich dafür, dass den damaligen Kronprinzen, den späteren Soldatenkönig, das System seines Vaters anwiderte und er nach dessen Tod den totalen Bruch vollzog. Die Hofschranze trug damit als abschreckendes Beispiel zu dem von Friedrich Wilhelm I. und dessen Nachfolgern verfolgten preußischen Ideal des sauberen, sparsamen Staates bei. Der Kronprinz machte denn auch seinen Einfluss geltend, dass Kolbe 1710 gestürzt wurde und das Land verlassen musste.

Doch sorgte der trotz aller Korruption und Misswirtschaft seines Günstlings immer noch dankbare König dafür, dass dieser weich fiel. So lebte Kolbe auch in seinem Exil in Frankfurt am Main bis zu seinem Tode am 4. Juli 1712 in unverdientem Wohlstand. *Manuel Ruoff*

Tiere in Ostpreußen

Christoph Hinkelmann hält in der Reihe „Museum erleben“ kommenden Dienstag von 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseum einen Vortrag mit dem Titel „Treue Helfer, seltenes Wild und lebendes Kulturgut – Tiere in Ostpreußen“. Die Teilnahme inklusive Kaffee, Tee und Gebäck kostet fünf Euro. Das Ostpreußische Landesmuseum thematisiert in Dauer- und Wechselausstellungen auf fünf Etagen Kultur und Historie einer Region von über 700 Jahren ostdeutscher Geschichte. Neben der historischen Abteilung werden Kunst, Kunsthandwerk und naturkundliche Aspekte von Ostpreußen mittels eindrucksvoller, seltener und schlicht wunderschöner Objekte aus einer reichhaltigen und vielfältigen Sammlung vorgestellt. Das Museum wird gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und aus Mitteln des Landes Niedersachsen. Geöffnet ist es dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr. Der Eintritt beträgt vier/drei Euro. Nähere Informationen erteilt das Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Fax (04131) 7599511, E-Mail: info@ol-lg.de *PAZ*

Die türkischen Besatzer müssen abziehen

Zum Leserbrief: „Das Gegenteil ist richtig“ (Nr. 24)

In dem Leserbrief heißt es, vor Jahren gab es zwecks Wiedervereinigung Zyperns einen Kompromissvorschlag von neutraler Seite, dem die Türken zustimmten und die Griechen ablehnten. Das ist eine Halbwahrheit! Die andere Hälfte der Wahrheit lautet, dass der Kompromissvorschlag beinhaltete, dass die Türkei jederzeit unter einem Vorwand ganz Zypern erobern darf. Selbstverständlich stimmten die Türken zu und die Griechen nicht.

Weiter heißt es in dem Leserbrief, die Besetzung Nordzyperns 1974 durch die Türkei sei rechtens gewesen. Auch das ist eine Halbwahrheit! Die Unruhen wurden immer schlimmer und es drohte sogar ein Bürgerkrieg. Die Türkei war eine von mehreren Schutzmächten, sie hatte das Recht und sogar die Pflicht, die immer schlimmere Gewalt mit Gewalt zu beenden. Den Einmarsch 1974 nimmt man ihr im griechischen Teil noch nicht mal übel. Sehr wohl aber die dauerhafte Besetzung, die ausdrücklich rechtswidrig ist. Nach der Befriedung hätte die Türkei die Pflicht gehabt, wieder abzuziehen. Unterstrichen wird das ungerechtfertigte Bleiben auch dadurch, dass die „Türkische Republik Nordzypern“ mitsamt Regierung ausschließlich von der Türkei selbst und ansonsten von keinem einzigen Land der Welt akzeptiert wird.

Dann heißt es in dem Leserbrief, die furchtbaren Partisanengräuel gingen von den Griechen aus. Dann frage ich mich aber, wie es sein kann, dass am Einmarsch beteiligte türkische Soldaten damit prahlten, sogar vierjährige griechische Kinder durch Kopfschuss umgebracht zu haben. Dann erklärten sie im türkischen Fernsehen, wo die Kinderleichen danach verscharrt wurden. Man grub an den besagten Stellen und wurde fündig. Immer zwischen den Augen ein kleines Loch. „Vielleicht“ waren es ja doch türkische Soldaten und keine griechischen Partisanen? Woher konnten die das alles so genau wissen, wenn sie selbst doch gar nicht die Täter waren?

J. Stockhaus, Preußisch-Oldendorf

Notwendiger Wandel

Zu: „Unbegründete Panikmache“ (Nr. 24)

Der Streit über die CO_2-Belastung ist für die Energiewende entbehrlich. Entscheidend für den notwendigen Wandel ist erstens die Abnahme der natürlichen Ressourcen (Öl, Gas, Kohle) in unterschiedlicher Geschwindigkeit und zweitens die verständlichen Vorbehalte gegen Atomstrom wegen der immanenten Gefährdung und des ungelösten Endlagerproblems.

Zuzugeben ist, dass Solarenergie, gemessen am Wirkungsgrad, derzeit viel zu teuer ist. Das gleiche gilt aber auch für die im Meer gelegenen Off-Shore-Windenergieanlagen mit ihren hohen Bau-, Wartungs- und Leistungskosten. Konventioneller Strom ist an der Leipziger Strombörse bei Terminkontrakten für noch rund fünf Cent pro Kilowattstunde zu haben, der Preis also seit einem Jahr kräftig gesunken. Off-Shore-Anlagenbetreiber kassieren 15 Cent pro Kilowattstunde und streben noch mehr an. On-Shore-Anlagen dagegen produzieren landgestützt für nicht einmal die Hälfte, mit weiterer Herabsetzungstendenz.

Die Mehrkosten hierfür sind politisch und wirtschaftlich vertretbar, nicht aber für die Off-Shore-Anlagen. Dies diente auch den Verbrauchern und würde Panik erübrigen. **Dr. Klaus Joachim Schneider-Haßloff, Berlin**

Panikszenarien

Zu: „Falscher Öko-Alarm“ (Nr. 24)

1974 wurde mir im Gymnasium Oberstdorf erzählt, es käme eine neue Eiszeit und ich würde noch erleben, dass Oberstdorf unbewohnbar wäre und die Gletscher bis Augsburg gingen (siehe „Spiegel“ 33/1974, „Wetter“ – online abrufbar).

Dann kam das Waldsterben, das nicht geklappt hat – bis hin zur zivilisationsausrottenden Schweine- und Vogelgrippe.

Der CO_2-Wert hat sich im Mittel innerhalb der letzten Jahrtausende immer 600 Jahre nach einer Warmzeit erhöht. Was wir jetzt messen, die Erhöhung von 0,03 Prozent auf 0,038 Prozent, ist eine Folge der mittelalterlichen Warmzeit, als die Wikinger in Grönland Getreide anbauten, im Allgäu Dörfer wie Kornau und Gerstruben getauft wurden, weil es da auch geklappt hat. Heute nicht dran zu denken.

Ich kann allen ein sehr lesenswertes Taschenbuch empfehlen: Dirk Maxeiner: „Hurra, wir retten die Welt“.

Offenbar brauchen die Bürger Panikszenarien so dringlich wie die Mainstream-Medien ihre Absatzzahlen. Dank an die *PAZ*, dass sie da nicht mitmacht. **Peter Siemens, Hamburg**

Ende der Wende

Zu: „Altmaiers grünes Desaster“ und „Unbegründete Panikmache“ (Nr. 24)

Zu den beiden Beiträgen kann man der *PAZ* nur gratulieren. Auch der Laie Peter Altmaier wird als Umweltminister scheitern. Er wird sich wie jeder logisch denkende Mensch die Frage stellen, wie viel Windräder man für den Ersatz der Kernkraftwerke braucht, woher der Strom bei Windstille kommen soll, wie viel Energiespeicher man dafür braucht, und wie viele Windräder, um die Speicher gefüllt zu halten. Er wird feststellen, dass es gar nicht genug Platz für die Speicher gibt, und dass man vergessen hat, diese zu planen. Windräder, Speicher werden unsere Landschaft zerstören, von den 4000 Kilometer Strom-Leitungen gar nicht zu reden. Der Bau dieser Leitungen wird den Widerstand der Bevölkerung hervorrufen. Sie werden nicht gebaut werden können und damit das Ende der Energiewende einleiten. **Dr. Gustav Krüger, Herrenberg**



Eine Gruppe Sudetendeutscher verlässt das Internierungslager Modrany in Prag, um nach Deutschland deportiert zu werden: Über die tschechischen Morde schwieg Gauck Bild: pa

Auf ewig die Bösen

Zu: „Lasst uns feiern“ (Nr. 25)

Dank für den Wochenrückblick von Herrn Heckel. Wohltuend einmal auch ungefälschte geschichtliche Rückblicke lesen zu dürfen. Man könnte langsam als deutscher Staatsbürger daran verzweifeln, dass man als solcher am ganzen Elend in der Welt schuld sein soll. Es ist tatsächlich ein unfassbares Kesseltreiben gegen unser Land im Gange und man kann sich fragen, welches Ziel damit verfolgt werden soll. In früheren Zeiten wäre schon längst wieder ein Krieg angezettelt worden, jetzt wird mehr und mehr ein Finanzkrieg geführt, den wir nicht gewinnen können. Über eines müssen wir uns wohl für die nächsten 250 Jahre im klaren sein: Wir können machen, was wir wollen, wir werden immer die Bösen bleiben. Selbst wenn wir die ganze Welt ernähren könnten, würden wir wegen des daraus entstehenden gesundheitsschädlichen Übergewichts derselben angeklagt.

Peter Schumacher, Melsungen

Geld kassieren

Zu: „Falscher Öko-Alarm“ (Nr. 24)

Es geht doch niemandem der Akteure um irgendso etwas wie „Umweltschutz“, „Naturschutz“, „Klimaschutz“ – die Wahrheit ist so einfach: Es geht ums Geld, das damit so einfach von wehrlosen Verbraucher einkassiert werden kann. Und gegen diesen Antrieb ist wissenschaftliche Aufklärung zwecklos. Punktum.

Konrad Fischer, Hochstadt am Main

Auf den Kopf

Zu: „Falscher Öko-Alarm“ (Nr. 24)

Der Artikel trifft wieder mal den Nagel auf den Kopf.

Ich darf Sie auf einen kleinen Fehler aufmerksam machen: SO_2 in Wasser gelöst ergibt nicht Schwefelwasserstoff (H_2S), sondern Schweflige Säure (H_2SO_3).

Dr. Knut Wuntke, Milow

Ein Waldgang

Zu: „Falscher Öko-Alarm“ (Nr. 24)

Dem Autor wäre zu empfehlen, mal eine Wanderung auf den Lusen im Bayerischen Wald zu machen. Dort kann er über viele Quadratkilometer vollständig abgestorbenen Wald beobachten. Und dann sollte er sich von einem Förster eine Anpflanzungsempfehlung geben lassen. Eine solche wird guten Gewissens nicht mehr gemacht, weil die eingetretenen Wetterveränderungen keine Aussage mehr zulassen, was in 30 oder 40 Jahren der richtige Baum sein wird. **Dr. Johann Schöndorfer, Dortmund**

„Linksherrn“ weiß man, dass er zu den Millionären gehört. Also trübe Aussichten für die unter dem „Eingangssteuerbuckel“ leidenden kleinen steuerpflichtigen Geringverdiener. **Helmut von Binzer, Hamburg**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Ungefragt unsere Schuld betont

Zu: Gaucks Brief an Klaus wegen 70 Jahren Lidice-Massaker

Der Bundespräsident hat in einem Schreiben an den tschechischen Präsidenten Václav Klaus auf die vor 70 Jahren erfolgten Tötungen und Verschleppungen der Bewohner von Lidice und Ležáky durch „NS-Truppen“ hingewiesen als Rache für das Attentat auf Reinhard Heydrich. Eine genaue Bezeichnung der Einheit erfolgte nicht für diese verabscheuungswürdige Tat. In einem Antwortschreiben müsste Präsident Klaus ehrlich zugeben, dass in der Tschechei nach dem Kriege 270 000 Deutsche ermordet wurden (Heinrich Piebrock: „Die Befreiung“). Ein tschechisches Mordkommando holte auch aus der Adolf-Hitler-Schule in Prag Hunderte von zehn- bis 15-jährigen Jungen und erschoss sie.

Am 20. Mai 1945 stand der Pfarrer Karl Seifert mit einigen Männern an der Elbe, um die an das Ufer getriebenen Ermordeten aus dem Wasser zu ziehen und zu bestatten. Besonders erschütterte ihn eine auf ein Bettgestell genagelte Familie, die tot flussabwärts kam.

Aufrechnungen führen zu nichts. Mich stört es nur, dass wir immer wieder ungefragt unsere Schuld betonen. Hat das jemals ein Amerikaner gemacht, auf deren Konto unzählige Bombenopfer und die Toten auf den Rheinwiesen gehen, die ohne ein Dach über dem Kopf zu haben in Erdlöchern hausen mussten und verhungerten, weil Eisenhower auch Sendungen von Lebensmitteln des Internationalen Roten Kreuzes ablehnte?

Marg.-Elfriede Krause, Pattensen

Themen für Konservative liegen auf der Straße

Zu: „Auf verlorenem Posten“ (Nr. 23)

Es wäre schon besser, wenn es möglich wäre, möglichst viele Protestler auf die Straßen zu bringen. Aber die Frage dabei ist, wie stellen es die Chaoten an, bei jeder Aktion präsent zu sein? Liegt es daran, dass es meist jüngere Leute sind und sie deshalb beweglicher sind? Als älterer Mensch kann man es sich kaum vorstellen, mal gerade nach Berlin oder eine noch weitere Strecke zu fahren, um vielleicht für eine oder mehrere Stunden an einem Protest teilzunehmen und dann anschließend vielleicht übermüdet wieder retour zu fahren.

Ansonsten wäre es sehr zu begrüßen, wenn alle kleinen Parteien, die gegen diese, man muss schon sagen, landesverräterische Politik sind, sich unter einem neuen, gemeinsamen Namen vereinigen könnten. Da sie vermutlich angetreten sind, die abendländischen, christlichen Werte in Deutschland zu verteidigen, müsste doch ein entsprechender Name zu finden sein. Zum Beispiel CPD = Christliche Patrioten Deutschlands? Oder ein ähnlicher Name? Warum soll nur die CDU/CSU die alleinige Berechtigung haben, das „C“ in ihrem Namen zu führen? Zudem beide Werte wichtig sind! Wenn Christentum und Patriotismus versagen, gibt es kein Bollwerk mehr in Deutschland gegen den Herrschaftsanspruch des Islam, was den Verlust der Freiheit bedeuten kann.

Es gibt genug Themen, die diese neue, vereinigte Partei zu bewältigen hätte: Wenn Deutschland überleben soll, dann benötigt es eine sehr gute Familienpolitik, die mehr Kinder ermöglicht!

Es muss Schluss sein mit den Massenmorden an ungeborenen Kindern!

Die Homo-„Ehe“ ist grober Unsinn und ist grundsätzlich zu verhindern.

Deutschland muss selbstverantwortlich sein für seine DM-Finanzen, ebenso wie die anderen europäischen Länder für ihre. Gewalttätige Muslime sind sofort abzuschieben in ihre Ursprungsheimat!

Dann sollte ein Friedensvertrag angestrebt werden, worin Deutschlands Osten berücksichtigt werden muss! Was noch wichtiger ist: Man muss patriotische Wähler dafür gewinnen!

Gustav Geste, Hannover

Keine »Bierdeckel«-Steuererklärung wegen egoistischer Motive der Politiker

Zu: „Gefräßiger Staat ist niemals satt“ (Nr. 24)

Nicht der Staat allein, auch Parteien und vom Staat finanziell abhängige Organisationen wie Krankenkassen, Fernsehanstalten, TÜV sowie Handels- und Handwerkskammern gieren schamlos nach Steuern und Beiträgen der Bürger.

Die FDP-Werbung zur letzten Bundestagswahl unter dem Motto „Mehr Netto vom Brutto“ war zwar richtig, aber heraus kam nur die Mehrwertsteuerermäßigung für das der Partei nahe stehende Hotelgewerbe, als Dank für eine Wahlkampfspende. Dabei hätten die mit geringem Lohn in den sofortigen steilen Progressionsanstieg der Einkommensteuer hineinwachsenden Steuerzahler eine Erleichterung nötiger gehabt, denn diese Einkommensschichten spüren die Steuerabzüge (2,6 von 4,3 Prozent Lohnsteigerung) am empfindlichsten. Verkündungen von Steuersenkungen „für alle“ wird der FDP niemand mehr abnehmen.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben mit überhöhten Beiträgen 20 Milliarden Euro Guthaben angesammelt, die weder sie noch die Regierung oder die Opposition den Beitragszahlern ernsthaft zurückerstatten wollen. Die Vorstände der Kassen wollen damit nur erfolgreiches Wirtschaften vorgaukeln, um so ihre steigenden Einkünfte zu rechtfertigen. Das Motto, es könnten schlechtere Zeiten kommen, ist doch geheuchelt. Dabei wäre ein sofortiger Verzicht auf die Praxisgebühr doch ganz einfach umzusetzen. Und der angebliche politische Streit über das „Wie“ einer Rückgabe ist doch nur vorgetäuscht, alle haben in Wirklichkeit schon irgendwelche Hintergedanken für andere Zweckverwendungen im Kopf. Jedem Vermieter würde man bei gleicher Handlungsweise, zum Beispiel bei laufendem Einzug überhöhter zurzeit nicht benötigter Heizkostenpauschalen, Wucher vorwerfen.

Das ganz einfache Motto sollte doch lauten, bei steigenden Kosten steigen die Beiträge und bei fallenden Kosten werden sie sofort wieder gesenkt. Die gesetzlichen Krankenkassen sind keine Banken oder Sparkassen. Vielleicht sollen damit einmal die bestimmt kommenden Euro-Bonds zur Rettung der Staatengemeinschaft bezahlt werden; ähnlich wie schon bei der Wiedervereinigung, als die bei der BfA und den LVAs angesammelten Beiträge der westdeutschen Sozialversicherten zweckentfremdet für die Rentenangleichung der Ostrentner benutzt wurden. Die hätte eigentlich, da wegen der Wiedervereinigung aus politischen Gründen erforderlich geworden, in ganzer Höhe von allen Steuerzahlern aus dem Steuertopf bezahlt werden müssen.

Die Politiker denken sehr oft an die eigene Brieftasche. Als zur vorletzten Bundestagswahl die CDU mit der so dringend notwendigen Steuerreform ihres „Professors aus Heidelberg“ warb, brachte Kanzler Schröder wegen angeblicher Schlechterstellung die Krankenschwester aus München mit ihren Zuschlägen für Nachtarbeit ins Spiel, obwohl die durch die vorgesehenen pauschalen Freibeträge ebenfalls profitiert hätte. Aber Schröder dachte in Wirklichkeit, vielleicht wegen späterer eventueller Gasprom-Zuwendungen, oder auch sonst, nur an seine für sich selbst nicht mehr anwendbaren Steuerabzüge, und das kapierte verspätet dann, weil gleichfalls auch für sie zutreffend, die zur Wahl stehende Kanzlerin und ließ den Professor ganz schnell in der Versenkung verschwinden.

Fazit: Regierende und Parteifunktionäre sind durchweg nicht gewillt, ernsthaft an der Steuerschraube zu drehen, weil ihr Einkommensniveau gefährdet wäre. Wie man erfuhr, sollen die Mitglieder und Wähler der Grünen durchschnittlich die höchsten Einkommen haben und vom gewesenen

Das Ostpreußenblatt

Nr. 26 – 30. Juni 2012

MELDUNGEN

Rätsel harrt der Auflösung

Königsberg – Der Hof des Bernsteinmuseums in Königsberg bietet eine neue, ungewöhnliche Sehenswürdigkeit. Am Eingang des im Dohna-Turm gelegenen Museums steht ein rätselhafter, geschmiedeter Thron. Kein Besucher wird dort vorbeigehen, ohne ihn zu bemerken. Das Kunstwerk wurde von der Schmiedewerkstatt „Podkowa" (Hufeisen) geschaffen. Auf der Armlehne sitzt eine stilisierte Ameise. Berührt man sie, darf man sich etwas wünschen. Die Mitarbeiter des Museums hoffen, dass der Thron zu einem neuen Anziehungspunkt in Königsberg wird, gibt er doch Rätsel auf: Was bedeutet der Thron und warum steht er beim Dohna-Turm? Um das Rätsel zu lösen, hat das Museum einen Wettbewerb ausgeschrieben. Der originellste Name für das Kunstwerk beziehungsweise die beste Legende oder Geschichte um den Thron, die seine Herkunft erklärt, wird ausgezeichnet. Dabei darf die Legende nicht allzu phantastisch sein, sondern muss einen Bezug zur realen Geschichte Königsbergs und seiner Bewohner haben. Wenn der Sieger feststeht, soll die Legende auf einer Tafel abgedruckt werden. *J.T.*


Bild: Tschernyschew

Unbenanntes Kunstwerk

Orden für Alfred Czesla

Allenstein – Alfred Czesla, einer der ersten Aktiven der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen nach der „Wende", ist durch den Präsidenten der Republik Polen das Goldene Verdienstkreuz verliehen worden. Der „masurische Deutsche", wie er sich selber nennt, erhielt die Auszeichnung im Allensteiner Woiwodschaftsamt aus den Händen des ermländisch-masurischen Woiwoden. Czeslas Kommentar: „Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung. Sie ist ein Beweis dafür, dass meine langjährigen Aktivitäten nicht vergeblich waren. Der Präsident Polens hat mich ausgezeichnet ... für meine Aktivität für die deutsche Minderheit und die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen in meiner Heimat. Wir können uns fühlen, wie wir wollen, und es kann uns nichts Schlechtes deswegen passieren. Darum ging es mir und darauf habe ich gewartet – Normalität." *PAZ*

Schneller, höher, stärker

Ausstellung in Danzig über deutsche und polnische Sportler aus dem Norden der Republik Polen

Bis zum 30. September ist im Rechtsstädter Rathaus in Danzig die Ausstellung „Citius, Altius, Fortius – Dimensionen im Sport" zu sehen.

Die Ausstellung wurde von Kurator Janusz Trupinda, der seit 2008 Mitglied in der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens ist, im Vorfeld zur Fußball-europameisterschaft 2012 gestaltet. „Schneller, höher, weiter" behandelt nicht nur Fußballspieler, sondern Sportler und Sportarten von den ersten Olympischen Spielen der Neuzeit bis in die Gegenwart und zeigt ein mehrfarbiges Mosaik des Sports in Pommern, Westpreußen und dem südlichen Ostpreußen.

Die Präsentation ist nicht nach der Staatsangehörigkeit – Polnisch oder Deutsch –, sondern nach den Orten, aus denen die erfolgreichen Athleten kommen, gegliedert. Sie zeigt die Kontinuität des Sports, die Menschen und ihre Motivationen, ihre Erfolge und ihr Scheitern in Zeiten des Friedens und des Krieges.

Die Ausstellungsräume im Rathaus bilden sprichwörtlich eine Arena für Sporterinnerungen nach der Idee des Schöpfers der modernen Olympischen Spiele, Baron Pierre de Coubertin. Sport ist ein gemeinsamer Wert von Menschen verschiedener Rassen, Religionen, Kulturen, politischer Systeme und Nationen.

Gezeigt wird die reiche und lange Tradition der Sportvereine wie dem vor 1900 gegründeten Turnerbund „Sokol", dem 1922 daraus entstandenen und heute noch bestehenden Club „Gedania Danzig"

Leihgaben aus Ellingen

sowie dem 1925 als „Akademischer Aero Club von Danzig" gegründeten heutigen „Aeroklub Gdanski". Die Idee der Ausstellung ist es, den kulturellen Wert des Sports und die Stärke des Sportgeistes zu zeigen, die Teil der menschlichen Kultur und Aktivität sind.

Ein besonderer Platz ist den deutschen wie polnischen Olympiateilnehmern gewidmet. Dabei werden Athleten wie der Fünfkämpfer Stefan Szelestowski, Torwart Józef Mlynarczyk, die Leichtathletin Stanisława Walasiewiczówna, der Reiter Karol Rómmel, der Kugelstoßer Hans Woellke, der Leichtathlet Erwin Blask, der Boxer Zygmunt Chychla, der Hindernisläufer Bronisław Malinowski, der Fußballer Kazimierz Deyna, der Speedwayfahrer Zenon Plech, der Tischtennisspieler Andrzej Grubba, der Kunstturner Leszek Blanik, der Boxer Dariusz Michal-czewski und die Weltumseglerin Krystyna Chojnowska-Liskiewicz sowie deren Leistungen gewürdigt.

Die Ausstellung gibt Gelegenheit, über den Sport die Leidenschaften dieser Menschen und ihre Geschichte nachzuvollziehen. Verschiedene noch lebende Sportler wie Dariusz Michałczewski sind während der Laufzeit der Ausstellung als Gäste anwesend.

In der Ausstellung werden unter anderem originale Olympiamedaillen, Urkunden, Fotos, Sportgeräte wie Eissegler, Rennräder, Fußbälle, Teamkleidung und der Weltmeistergürtel von Dariusz Michal-czewski gezeigt. Dabei hat das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen aus seinen Beständen zahlreiche Originalobjekte für die Ausstellung zur Verfügung gestellt. *M. E. Fritsche*


Zeigen auf Exponate aus ihrem Haus: Wolfgang Freyberg und Bernhard Denga vom Kulturzentrum Ostpreußen Bild: Fritsche

Straßenbahn statt Ringstraße

In Allenstein ist eine grundlegende Veränderung der Verkehrsinfrastruktur im Gange

Nach dem Scheitern letzter Hoffnungen auf die Entstehung einer Ringstraße um Allenstein stehen innerhalb des Stadtkerns mehrere Straßenbauvorhaben an. Begonnen wurde mit einem Entwurf, der unzählige Kontroversen bei den Stadtbewohnern hervorgerufen hat. Es handelt sich um den Bau der Busfahrstreifen entlang der Ausfahrtstraße nach Hohenstein und einer weiteren Hauptverkehrsader, die Allensteins Zentrum mit den im Süden gelegenen Plattenbausiedlungen verbindet. Beide sollen in den kommenden Monaten um zusätzliche Busspuren erweitert werden, um den Stadtbussen eine flüssigere Fahrt zu ermöglichen. Diese an sich sehr plausible und brauchbare Idee stieß aber auf ernste Proteste in erster Linie seitens der besorgten Umweltschützer, da viele relativ gesunde Bäume am Wegesrand entfernt werden mussten.

Die mit dem Baubeginn eingetretenen Staus, vornehmlich während des Berufsverkehrs, lösten eine Kritikwelle bei den geplagten Pkw- und Busfahrern aus, weil seitdem jede Durchfahrt sehr nervenaufreibend geworden ist. Die Beamten versuchen, die Unzufriedenheit der Stadtbewohner mit Trostparolen zu beschwichtigen, und versprechen für die absehbare Zukunft eine bessere Verkehrsflüssigkeit. Der Stadtpräsident, Piotr Grzymowicz, verzichtete auf seinen Wagen und stieg auf ein Fahrrad um, um mit seiner Entscheidung allen Schwarzsehern zu beweisen, dass man die in der Tat prekäre Lage mit mehr Verständnis und Lässigkeit durchstehen kann.

Die Kreisstadt soll neue Busspuren erhalten

Seine persönlichen Bemühungen um einen Abbau der Staus hat Unterstützung bekommen. Dem Verkehr wurde nämlich eine parallel zu der bestehenden Schienengleisführung verlaufende Ost-West-Achse übergeben. Der Transitverkehr in Richtung Grenzübergang Beisleiden kann von nun an auf einer modernen Strecke abgewickelt werden, die mit Fahrradwegen und Lärmschutzwänden ausgestattet wurde.

Mit dieser wichtigen Investition ging eine Revitalisierung des Vorstädtischen Bahnhofs einher, auf dem historische Überdachungen über den Unterführungen restauriert wurden. Gleichzeitig wurde dort eine unterirdische Anbindung des Nord- an den Südteil der Stadt geschaffen. Zu den unerwünschten Folgen der Fertigstellung dieser unentbehrlichen Verkehrsader zählen mindestens zwei Faktoren: eine sichtbare Verunstaltung der existierenden Backsteineisenbahnbrücke über die Alle durch einen zu nahen Verlauf der neuen Straße und eine durch das ganze Vorhaben zustande gekommene gewisse Isolierung des Kasernenviertels vom übrigen Stadtteil.

Eine revolutionäre Maßnahme für den reibungslosen Stadtverkehr stellt die geplante Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs dar. Hier sind die Arbeiten schon weit über eine Vorbereitungsphase hinausgegangen. Der Auftragnehmer, ein spanisches Unternehmen, hat nämlich mit den ersten Tief-

Neue Ost-West-Achse wurde dem Verkehr übergeben

bauarbeiten begonnen. Das erste Teilstück der Hauptlinie der Allensteiner Trambahn wird in der dicht besiedelten Südstadt fertiggestellt.

Mit der Einführung des neuen Transportmittels sollen demnächst die Beförderungskonditionen neu geregelt werden. Gültig wird nämlich die sogenannte Stadtkarte sein. Weiterhin sollen elektronische Fahrkartenautomaten angebracht werden, die es bereits in mehreren Metropolen der Republik Polen wie Warschau und Krakau an fast jeder Haltestelle gibt.

Das grüne Licht für die von den meisten Allensteinern so ersehnte Tram bedeutete gleichzeitig eine Absage an die von den Beamten vor kurzem so geförderte Umgestaltung eines nordwestlichen Abschnitts der Eisenbahnstrecke in eine Art lokale S-Bahn. Die geplante Entwicklung betraf die paar Kilometer zwischen dem Bahnhof Göttkendorf und dem Hauptbahnhof Allenstein. Erwogen wurde eine Einrichtung mehrerer kleiner Bahnsteige unterwegs, die den Anrainern eine schnelle Verkehrsanbindung gewährleisten könnten. Die Urheber dieses Projekts mussten eine arge Absage an ihr Projekt hinnehmen. Laut Meinungsumfragen wurde festgestellt, nur wenige hätten sich bereiterklärt, auf dieses neue Beförderungsmittel umzusteigen. Folglich hat man den ganzen Entwurf als unrealisierbar abgelehnt. Dies hätte jedenfalls zahlreichen Verkehrsbehinderungen vorbeugen sollen, die schon bald spürbar sein werden, da die zurzeit recht schmale und sehr befahrene Ausfahrtstraße nach Mohrungen modernisiert wird. *Grzegorz Supady*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

die Woche begann mit einem so erfreulichen Anruf, dass ich Morgenmuffel gleich hellwach wurde. Am Telefon war Herr **Martin Frauenheim** aus Hagen am Teutoburger Wald, dessen Suchwunsch ich wenige Tage zuvor mit der Veröffentlichung in Folge 24 der *PAZ* erfüllt hatte. Der 64-Jährige, der seit über 40 Jahren aktiv in der Fliegerei tätig ist, beschäftigt sich seit langem mit Nachforschungen über vermisste oder verunglückte Flieger. Er konnte bereits viele Schicksale klären, aber in einem Fall schien die Suche vergeblich. Es handelte sich um den 1944 über dem Teutoburger Wald tödlich abgestürzten Unteroffizier der deutschen Luftwaffe **Friedrich Scheffler**. Da dieser aus Ostpreußen stammte, befragte Herr Frauenheim auch Vertriebene und bekam den Rat, sich an uns zu wenden. Im Internet fand er dann eine „Ostpreußische Familie“ von 2003, in der Herr **Klaus Neumann** aus Hannover unsere Leser um Informationen über seinen Vater und dessen Fliegertod bat. Und dieser Gesuchte war – Friedrich Scheffler. Von der Existenz eines Sohnes hatte Herr Frauenheim keine Ahnung gehabt. So konnte ich, gestützt auf diese Unterlagen, die Bitte von Herrn Frauenheim, dass Herr Klaus Neumann sich bei ihm melden möchte, veröffentlichen – mit verhaltenem Optimismus, denn es waren ja inzwischen neun Jahre vergangen! Und dann ging alles viel schneller als gedacht. Herr Neumann hatte unsere Familienseite gelesen und sich umgehend bei Herrn Frauenheim gemeldet. Die Überraschung und Freude war auf beiden Seiten groß, suchte doch der Sohn des Gefallenen noch immer nach Informationen, um das Schicksal seiner Familie weiterhin aufarbeiten zu können. Er selber hatte seinen Vater nie bewusst erlebt, auf der Flucht wurde der Junge von seiner Familie getrennt. So kann Herr Frauenheim dem Sohn genaue Unterlagen über den Fliegertod seines Vaters und dessen letzte Ruhestätte in Bramsche, nördlich von Osnabrück, übermitteln – Herr Neumann wiederum wird nun an Herrn Frauenheim alles Wissen über seinen Vater und die Familie weitergeben können, eine Wechselwirkung, die da unsere Ostpreußische Familie ermöglicht hat. Es sind schon mehrere Telefonate geführt worden, und da die Wohnorte der beiden Scheffler-Biografen nicht sehr weit voneinander liegen, dürfte es auch zu persönlicher Kontaktaufnahme kommen, denn aus dem direkten Gespräch mit gemeinsam gesichteten Unterlagen können sich neue Erkenntnisse ergeben. Für Herrn Frauenheim ist noch immer kaum glaubhaft, dass sich nach 20-jähriger vergeblicher Suche über alle infrage kommenden Institutionen innerhalb von acht Tagen die Sache so einfach geklärt hat.



Hoch oben an der kahlen, bröckelnden Hauswand steht das Figürchen auf einem Podest

Bild: privat

Und auch Herr **Michael Paul** konnte schon kurz nach der Veröffentlichung seines Wunsches, Verbindung zu Zeitzeugen aus den Jahren 1945/46 und fachkundigen Personen aufzunehmen, einen ersten Erfolg verbuchen. Der Buchautor benötigt sie für die Recherchen zu seinem neuen Roman, der die Flucht über See zum Thema hat, darunter die Auslieferung von deutschen und baltischen Soldaten aus dem neutralen Schweden an die UdSSR. Trotz einer fehlerhaft angegebenen Telefonnummer hat Herr Paul – weil Fax, Adresse und Website stimmten – schon Zuschriften erhalten, darunter die einer 82-jährigen Buchautorin vom Niederrhein. Obwohl wir die ungenaue Mobil-Telefonnummer bereits korrigiert hatten, hier noch einmal die Anschrift des Buchautors, für den jede Aussage, jeder Hinweis wichtig ist: Michael Paul, Engelbergerstraße 19 in 79106 Freiburg, Telefon (0761) 2025484, (0761) 2025485, E-Mail: paul@braintools.de

Was da achtlos weggeworfen auf der Straßenkreuzung im rheinländischen Heinsberg lag, erwies sich kurz nach der Veröffentlichung in Folge 24 als Bilddokument von Seltenheitswert: die alten Fotos von Godrienen am Nordufer des Frischen Haffes. Wenn das Ehepaar, dass sie im Vorbeigehen entdeckt hatte, nicht die gut erhaltenen Aufnahmen zu der einzigen Ostpreußin im Ort gebracht und diese sie an uns gesandt hätte, wären diese wohl letzten Aufnahmen des samländischen Dorfes für immer verloren gewesen. Ein ganz besonderer Dank muss also Frau **Karin Gogolka** gelten, dass sie die Bilder gerettet hat. Sofort meldete sich Herr **Dietmar Wrage**, der unermüdlich als Archivar seiner Heimat tätig ist und bereits das gesamte Samland mit über 700 Orten, 200 Gemeinden und rund 130 000 Personen im PC gespeichert hat. Und er sammelt immer weiter, da kam ihm natürlich dieser kleine Bericht über den „Fund“ in Heinsberg gerade recht. Er wird auch diese Bilder einscannen und sie gegebenenfalls an die Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg weitergeben.

Auch Herr **Peter Perrey** aus Neustadt zeigte sich begeistert. Er rät, die Aufnahmen unbedingt dem Bildarchiv Ostpreußen der Landsmannschaft zum Kopieren zu übergeben, denn Godrienen ist bisher noch nicht bildlich erfasst. Er bittet auch unsere Landsleuten und deren Nachkommen, alte Klassenbilder, Ansichtskarten und Privataufnahmen ostpreußischer Orte – mit möglichst exakten Beschreibungen des Bildinhalts – dem Archiv zur Reproduktion zu überlassen. Dies gelte vor allem für die Aufnahmen, die für die jetzigen Besitzer keinen besonderen Wert mehr haben und bei denen damit die Gefahr besteht, demnächst „entsorgt“ zu werden – wie das ja anscheinend in Heinsberg geschehen sollte. Als weiterer Interessent meldete sich Herr **Norbert Haack** aus Duderstadt, der ein sehr engagierter ostpreußischer Heimat- und Ansichtskartensammler ist. Und er dürfte nicht der letzte bleiben.

Herr Perrey nahm aber noch zu einem anderen „Problemchen“ Stellung – man muss es schon so bezeichnen, denn es ist fast unglaublich, dass ein kleiner Irrtum so viel Wirbel macht. Nach Herrn Perrey ist es übrigens keiner, denn man kann die Lage des Hauses in der Stägemannstraße in Königsberg, an dessen Giebel Herr Pekrul die zauberhafte Figur entdeckt hat, die wir in Folge 20 zeigten, auch anders einordnen. Wir – der Fotograf und ich – hatten es dem Stadtteil Amalienau zugewiesen, eine dort beheimatete Leserin protestierte und belegte mit dem Königsberger Stadtplan von 1931, dass es zu Mittelhufen gehörte. Und fragte, ob denn kein Amalienauer Protest eingelegt hätte. Hatte aber keiner, und Herr Perrey meint, dass dies kein Wunder sei. Nach alten erhaltenen Kartenunterlagen lag nämlich dies Haus auf der Südseite der Stägemannstraße. Als Trennlinie zwischen dem westlich gelegenen Stadtteil Amalienau und dem östlichen Mittelhufen können die Westbegrenzung von Luisenwahl und die nord-südlich verlaufende Schrötterstraße angenommen werden. Das Haus Stägemannstraße 41 lag aber westlich der Schrötterstraße und damit nicht mehr auf den Mittelhufen. Der Königsberger Stadtplan von 1931 ist nach Herrn Perreys Meinung ziemlich der einzige, auf dem das Bestimmungswort „Mittel“ im Namen Mittelhufen nördlich der Bahnlinie nach Labiau aufgedruckt ist, allerdings östlich der Schrötterstraße. Dies mag zur Deutung der protestierenden Leserin geführt haben.

Das grazile Figürchen können wir aber heute aus einem anderen Blickwinkel betrachten, und es ist schon wirklich einen zweiten Blick wert. Zwar hat sich bisher nicht ergeben, wer die schlanke Frauengestalt geschaffen hat, auch das Datum ihrer Entstehung ist unbekannt – selbst in **Mühlpfordts** „Königsberger Skulpturen und ihre Meister“ bin ich nicht fündig geworden – aber es hat sich ein Zeitzeuge gemeldet, der aufgrund seiner Kindheitserinnerungen genauere Angaben machen kann. Herrn **Manfred W. Krüger** aus Overath, *1938 in Königsberg, fiel schon als kleiner Junge auf seinen Streifzügen durch die nähere Umgebung das Haus mit dem Treppengiebel auf, er weiß allerdings nicht mehr, ob er nach der schlanken Frau gefragt hat und welche Antwort er erhielt. Wichtiger war für ihn eine Skulptur an seinem damaligen Wohnhaus schräg gegenüber, das heute noch unverändert mit dem Figurenpaar steht, wie er auf seinen Heimatreisen in den 90er Jahren feststellen konnte – doch davon ein andermal. Herr Krüger machte damals viele Aufnahmen, auch von dem Haus mit dem Treppengiebel. Auf unserm heutigen Foto sieht man, dass die Frauengestalt hoch oben an der glatten und fast fensterlosen Giebelwand auf einer Konsole steht. Sie muss etwas symbolisieren, denn die Frau hat die Arme erhoben und hält sich beide Ohren zu. Herr Krüger meint, dass die Figur als „Kunst am Bau“ geschaffen wurde, was ihm für die genossenschaftlichen Bauten aus den 20er Jahren durchaus plausibel erscheint. Aus der Bild-Dokumentation „Königsberg Pr. und seine Vororte“ von **Willi Freimann** entnehme ich, dass die Häuser in diesem Viertel, zu dem auch die Stägemannstraße gehört, 1927 von der Stiftung Gemeinnütziger Wohnungsbau errichtet wurden. Dieses 1988 herausgegebene Buch ist eine wahre Fundgrube, und es hat mir schon sehr bei meiner Familienarbeit geholfen. Und jetzt entdecke ich darin einen Vers, der aus dem 1774 erschienenen Buch „Der rechtschaffene Preuße und Deutsche“ stammt und den ich für unsere vielseitige, im wöchentlichen Turnus erscheinende Ostpreußische Familie nahtlos übernehmen kann, wenn man das Wort „Buch“ durch „Zeitung“ ersetzt:

„Gib, Leser, nicht zu scharf
auf jeden Fehler acht.
Noch nie ist wohl ein Buch
und der, der es gemacht
und der, der es gelesen
von allen Fehlern frei gewesen!“

Ruth Geede Bild: Pawlik

Dies auch zum Trost für Herrn **Jörn Pekrul** aus Frankfurt, der sich noch einmal persönlich bei der mahnenden Leserin entschuldigt. „Der Grund für meine irrtümliche Verortung im benachbarten Amalienau ist, dass mein alter Stadtplan keine Stadtteilgrenzen verzeichnet. Die Stadtteile sind zwar benannt, aber es lässt sich nicht ausmachen, wo sie exakt enden.“ Doch hiermit wollen wir dieses Thema beenden – der Worte sind genug gewechselt und Taten haben wir auch genügend gesehen. Damit ist aber der Dialog mit Herrn Pekrul nicht beendet, denn er hat mir mit seinem neuen Schreiben nicht nur viele Eindrücke vermittelt, die er im heutigen Königsberg gewonnen hat, sondern auch seine Motivation dargelegt, die ihn zu seinen „Königsberger Wanderungen“ veranlasst hat. Er, der nachgeborene Preuße, wie schon sein Name besagt, hat in der Heimat seiner Vorväter seine Identität gesucht und gefunden. Es ist wohl einer der schönsten Briefe, die ich im Rahmen meiner Familienarbeit je erhalten habe, und ich möchte einige Sätze herausnehmen und sie als Extrabeitrag bringen. Sie werden manche Leserin, manchen Leser berühren und zum Nachdenken, aber auch zur Diskussion anregen. Und sie könnten vielleicht auch zur Brücke vom Einst zum Heute, von Generation zu Generation werden. Das Schreiben von Herrn Manfred Krüger habe ich auf seinen Wunsch an Herrn Pekrul weitergeleitet, da es gute Hinweise für weitere „Königsberger Wanderungen“ enthält, besonders im Hinblick auf das Figürchen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Dialog mit der Vergangenheit

Jörn Pekrul über seine »Königsberger Wanderungen«

Er war in Königsberg auf Spurensuche, der Sohn vertriebener Eltern. Mit der Kamera und einem alten Stadtplan durchwanderte **Jörn Pekrul** die Stadt, die noch viele Zeugnisse der Zeit vor der Eroberung durch die Rote Armee birgt. Sie aufzufinden war sein Motiv für die „Königsberger Wanderungen“. Wenn man eine Beziehung zu diesem Land und dieser Stadt hat, dann bleibt man nicht unberührt. Er fand Erschütterndes, das sich nicht kaschieren lässt. Und es gab Schönes, wie die Begegnung mit einem jungen Russen, über die wir bereits berichteten. Jörn Pekrul hat für uns seine Empfindungen aufgeschrieben, und sie lassen einen nicht unberührt. Im Gegenteil: Sie zwingen zum Nachdenken und führen zum Dialog mit der eigenen Vergangenheit. Lesen Sie selbst!

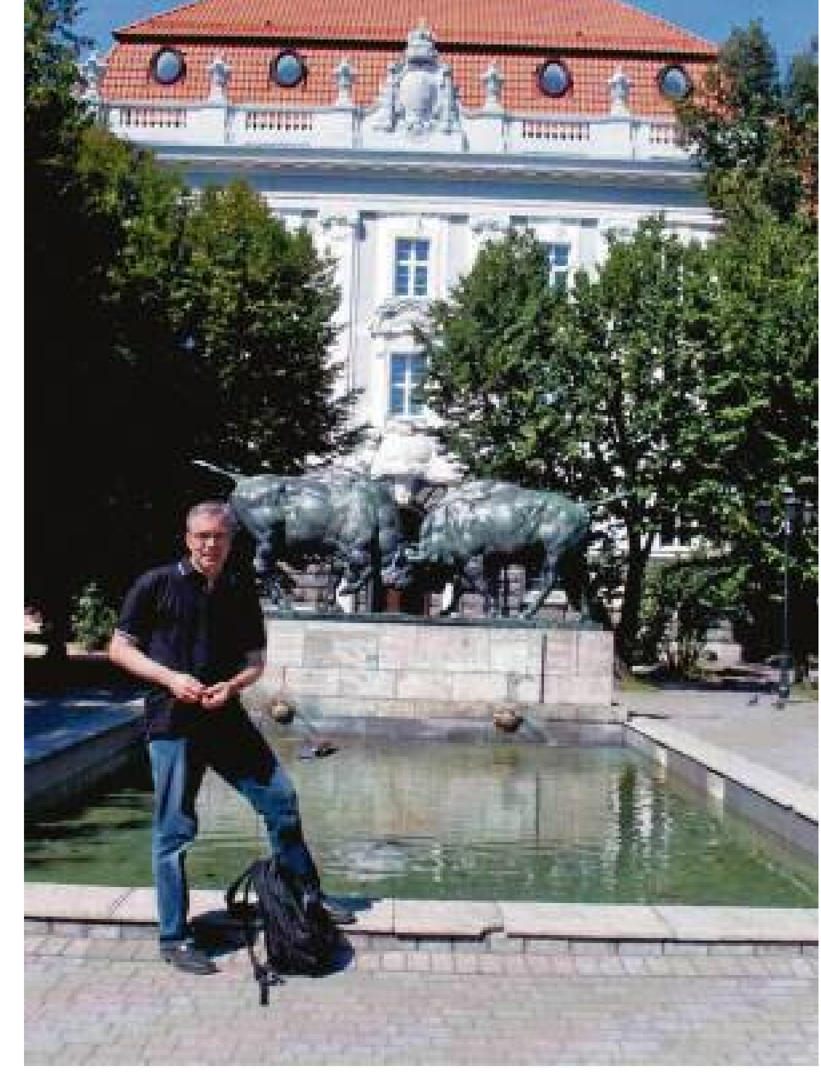
„Es war zu Beginn meiner ‚Königsberger Wanderungen‘ schon etwas eigentümlich, nun an dem Ort zu sein, der für mich immer ein unerreichbares Ziel war – nicht nur geographisch, sondern auch im Geistigen. Königsberg – das war ein unerreichbares Terrain, verschwunden im Raum, verschwunden in der Zeit, ein Tabu selbst in der Schule. Und dennoch: Fragmente aus unvollständigen Erzählungen der Erwachsenen in der Familie; immer rechtzeitig unterbrochen mit dem Zusatz: ‚Wir hören jetzt damit auf, die Kinder sind im Hause. Wir wollen sie nicht damit belasten.‘

Ein altes Foto des Königsberger Domes in einem Buch, in dem ich als Kind blätterte. Kurze Erklärungen dazu, die aber allgemein blieben. Das Bauwerk gefiel mir, es wirkte so mächtig und doch so klar, so fein. Später, als Jugendlicher, fand ich einen Satz von Kant, irgendwo in einer Zeitung hineingestreut. Eine Weisheit, eine Stellungnahme. Und für den jungen Leser eine Erkenntnis: Hier war Übereinstimmung spürbar, Identifizierung. So eine ganz andere Sicht hatte er auf das Leben als die Menschen in der Gegend, in der er geboren wurde und aufwuchs. Er schien aus einem Land zu kommen, das ihm vertraut erschien. Als die Eltern alt wurden, kehrten lange vergangene Ereignisse mit Macht zurück. Wir mussten uns selbst helfen, damit umzugehen. Ich lernte, ich verstand. Heute ist es mein Ziel, meine Eltern in ihrem hohen Alter Sicherheit und Ruhe fühlen zu lassen.

In Königsberg ist heute ganz banaler Alltag. Aber es ist mehr für mich. Hier haben Angehörige des Volkes, zu dem ich auch gehöre, gelitten. Das ist genügend dokumentiert. Und dennoch ist es mir nicht möglich, diese Dokumentation nüchtern zu lesen. Und ich bemühe mich, aus den Bruchstücken der Überlieferungen, aus der Fürsorge für meine alten Eltern und aus den ganz realen Anforderungen der Gegenwart ein sinnvolles Ganzes zu bilden. Ein Ganzes, das einzelne Begegnungen konstruktiv, bereichernd gestalten lässt. Aber auch wahrhaftig, der Wahrheit verpflichtet, auf Wahrheit gegründet. Und in diesem Sinne sind dann auch die Bruchstücke nicht destruktiv, sondern konstruktiv einzusetzen.

Der Ostpreußischen Familie fühle ich mich daher besonders verbunden. Es ist die Wesensart, aus der ich auch komme. Sie weiß um die Zusammenhänge im menschlichen Miteinander und ist mehr am guten Auskommen im Sinne einer größeren guten Sache ausgerichtet als an kurzfristigen Bedürfnissen persönlicher Natur. Das zeichnet die Preußen, insbesondere die Ostpreußen, aus.

Ich denke, dass wir nachgeborenen Ostpreußen nur auf diesem Wege in unsere Zukunft gehen können. In den Taten und Höchstleistungen, aber auch in dem Leid der vorangegangenen Generationen und ihrer Haltung zu diesem Leid, eine Inspiration und eine wandelnde Kraft zu finden für kommende Werke. Für ein besseres Verstehen, für eine Erhaltung der Fähigkeit zur Anteilnahme, auch angesichts von schweren Wahrheiten und Fakten. Zu versuchen, Trost und Linderung dort zu geben, wo sie gebraucht werden. Freundlichkeit und Offenheit da zu zeigen, wo sie nicht erwartet werden und wo sie zum Guten beitragen. Für die Lebenden wie für die Toten.“ *R.G.*



Jörn Pekrul vor den berühmten „kämpfenden Wisenten“ von August Gaul

Bild: privat

Wir gratulieren …

ZUM 103. GEBURTSTAG

Lehmann, Erwin, aus Monken, Kreis Lyck, am 2. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kaminski, Gerda, aus Klein Schönau, Kreis Bartenstein, am 19. Juli

Lison, Helene, geb. **Schöntaub**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Diester, Heinz, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 6. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Geschwandtner, Fritz, aus Raudorf, Kreis Ebenrode, am 3. Juli

Lehmann, Christel, geb. **Tschörner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 8. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Cudnochowski, Anna, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 3. Juli

Engel, Leni, geb. **Werner**, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 6. Juli

Preißner, Irmgard, geb. **Rischko**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 5. Juli

Schweighöfer, Ursula, aus Ebenrode, am 1. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brothun, Margarete, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 6. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dittmar, Heinz, früher **Dibowski**, aus Neidenburg, am 2. Juli

Galla, Frieda, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. Juli

Gatzke, Paul, aus Widminnen, Kreis Lötzen am 4. Juli

Gaudi, Erna, geb. **Piwek**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 8. Juli

Plettner, Felicitas, geb. **Wiesemann**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 3. Juli

Seeck, Gerhard, aus Hermsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 5. Juli

Skotz, Frieda, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 5. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fetkenheuer, Wolfgang, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. Juli

Karok, Heta, geb. **Karok**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 4. Juli

Kowalewski, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Juli

Oberheuser, Elisabeth, geb. **Bodlin**, aus Pillau, Kreis Samland, am 4. Juli

Schaar, Dorothea, geb. **Kaminski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 6. Juli

Schmidt, Gertrud, geb. **Sokolowski**, aus Ortelsburg, am 4. Juli

Sonder, Marie, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Anger, Else, geb. **Lyssewski**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 2. Juli

Bartsch, Dora, geb. **May**, aus Rudau, Kreis Samland, am 2. Juli

Clausen, Elise, geb. **Joswig**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Juli

Dettke, Josefine, Kreis Samland, am 7. Juli

Hensel, Elfriede, geb. **Domieniuk**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 6. Juli

Hermenau, Kurt, aus Warnicken, Kreis Samland, am 5. Juli

Jahn, Emma, geb. **Grigo**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Juli

Krause, Frieda, geb. **Rehberg**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 8. Juli

Langecker, Georg, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

Linnemann, Erna, geb. **Hochmuth**, aus Wehlau, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Müller, Franz, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 1. Juli

Ting, Gerda, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Neulepkau, Kreis Wehlau, am 8. Juli

Willmann, Brigitte, geb. **Ludszuweit**, aus Königsberg, am 5. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bandilla, Ingeburg, geb. **Karzyski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 8. Juli

Blümel, Irmgard, geb. **Link**, aus Schugsten, Kreis Samland, am 8. Juli

Buksa, Elfriede, aus Lissau, Kreis Lyck, am 7. Juli

Dukatz, Sigrido, aus Lyck, am 5. Juli

Fischer, Hans, aus Allenburg, Kirchenstraße, Kreis Wehlau, am 4. Juli

Gralla, Helmut, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli

Grigat, Gerda, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Juli

Klabuhn, Erika, geb. **Fuhrmanski**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 6. Juli

Knopp, Helga, geb. **Ulonska**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 6. Juli

Laurien, Heinz, aus Seeben, Kreis Neidenburg, und aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 3. Juli

Ludwiczack, Tereza, geb. Waltraut **Rogowski**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 6. Juli

Mikeleit, Ilse, geb. **Engel**, aus Pillau, Kreis Samland, am 2. Juli

Oertgiese, Emma, geb. **Klinger**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 7. Juli

Pester, Gerda, geb. **Weise**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Plotzitzka, Erika, geb. **Pakschies**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 6. Juli

Pranat, Werner, aus Eichenrode, Kreis Labiau, am 29. Juni

Ruddies, Fritz, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 3. Juli

Sarzio, Günter, aus Milussen, Kreis Lyck, am 6. Juli

Schlieben, Isa, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Schwillo, Gerda, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 4. Juli

Schuldt, Dorothea, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 1. Juli

Schulz, Frieda, geb. **Kanning**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 3. Juli

Smorra, Paul, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, am 5. Juli

Stepputtis, Arnold, aus Nautzwinkel, Kreis Samland, am 5. Juli

Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

Wachsmann, Hedwig, geb. **Lokkowandt**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli

Wagner, Herta, geb. **Schwark**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 4. Juli

Wischniewski, Irmgard, geb. **Olschewski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 8. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrozeit, Hannelore, geb. **Eder**, aus Goldbach, Goldbach Nord, Kreis Wehlau, am 6. Juli

Danielczik, Edeltraud, geb. **Braun**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 7. Juli

Daumann, Helmuth, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 2. Juli

Franck, Ruth, geb. **Goerke**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 8. Juli

Gazioch, Anneliese, geb. **Klossek**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

Giszas, Eckhard, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 6. Juli

Grunert, Lieselotte, geb. **Schröder**, aus Allenburg, Eiserwager Straße, Kreis Wehlau, am 8. Juli

Haase, Ingetraud, geb. **Paleit**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Juli

Hall, Margarete, geb. **Damerau**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 2. Juli

Heybowitz, Edelgard, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 5. Juli

Karrasch, Helmut, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

Kerstan, Horst, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 7. Juli

Kolossa, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juli

Kukawka, Kurt, aus Lötzen, am 1. Juli

Macke-Schlote, Brunhilde, geb. **Pukiesl**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. Juli

Anzeigen

Bei guter Gesundheit beging Frau

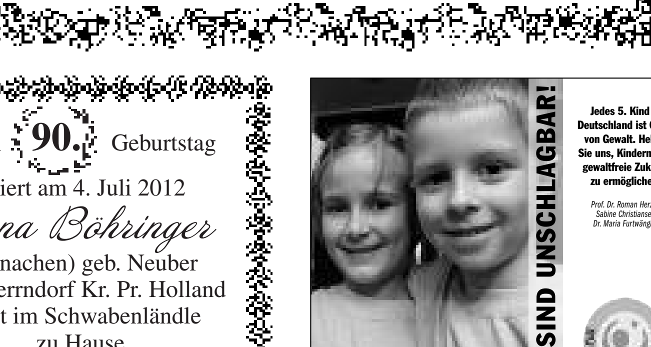
Gerda Kaminski

früher Klein Schönau bei Friedland, Krs. Bartenstein am 19. Juni 2012 ihren

100. Geburtstag.

Ein schöner Tag im Kreise ihrer Kinder, Enkel und Urenkel wird allen unvergessen bleiben.

38364 Schöningen, Ev. Stiftung Clus, Helmstedter Straße 24



Maulhardt, Adelgunde, geb. **Zerulla**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 2. Juli

Olias, Erwin, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 3. Juli

Petz, Siegfried, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 3. Juli

Prohl, Charlotte, geb. **Kamann**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 5. Juli

Ring, Waltraud, geb. **Pallenschat**, aus Bitzingen, Kreis Schloßberg, am 1. Juli

Rzegotta, Elisabeth, geb. **Piekert**, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 1. Juli

Schlegel, Gerda, geb. **Lange**, aus Pluttwinnen, Kreis Fischhausen, am 6. Juli

Schudy, Helmut, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 8. Juli

Sewcyk, Bruno, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 7. Juli

Stieleke, Gerda, geb. **Brattumil**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 5. Juli

Ulack, Ursula, geb. **Ellmer**, aus Bißnen, Kreis Ebenrode, am 3. Juli

Ullmann, Ursula, geb. **Hellmuth**, aus Ebenrode, am 1. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Barfuss, Bärbel, geb. **Gorray**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Fuß, Manfred, aus Gröben, Kreis Osterode, am 2. Juli

Haase, Eva, geb. **Fischereit**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 5. Juli

Hagelgans, Diedrich, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 7. Juli

Hoffmann, Hannelore, geb. **Lukas**, aus Königsberg, am 6. Juli

Lunau, Bruno, aus Plautwehnen, Kreis Samland, am 5. Juli

Marquas, Gerhard, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

Moser, Dr. Peter, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. Juli

Nickel, Günter, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli

Stascheck, Ingrid, geb. **Schurmann**, aus Preußisch Holland, am 8. Juli

Unruh, Hans-Dietrich, aus Lank, und Baumgart, Kreis Heiligenbeil, am 7. Juli

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Waldeck, Margarete, geb. **Pflaumbaum**, aus Ebenrode, am 7. Juli

Wolf, Gisela, geb. **Furiath**, aus Neidenburg, am 4. Juli



Fengler, Bodo, aus Barby, und Frau Anni, geb. **Alexander**, aus Grablanken, Kreis Ebenrode, am 5. Juli

Mrotzel, Heinz, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, und Frau Christa, geb. **Frehwert**, am 5. Juli

Glückwünsche Fortsetzung auf Seite 16

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.

19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 30. Juni, 18 Uhr, Tagesschau24: Junge Liebe. Das Grandhotel Pupp in Karlsbad.

Sonnabend, 30. Juni, 18.30 Uhr, 3sat: Die Zeit im Nacken: professionelle Zeitmessung.

Sonnabend, 30. Juni, 19.50 Uhr, Phoenix: Leuchttürme an der Ostsee.

Sonnabend, 30. Juni, 20.15 Uhr, NDR: Mutter Griepsch mischt mit. Lustspiel aus dem Ohnsorg-Theater mit Heidi Kabel.

Sonnabend, 30. Juni, 21.15 Uhr, N24: It's good to be President – Leben im Weißen Haus.

Sonnabend, 30. Juni, 22.30 Uhr, Phoenix: Die Jungs vom Bahnhof Zoo. Doku.

Sonntag, 1. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 1. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: Preußens Friedrich und die Kaiserin.

Sonntag, 1. Juli, 21 Uhr, Phoenix: Luise – Königin der Herzen.

Sonntag, 1. Juli, 21.30 Uhr, Tagesschau24: Geboren, um zu sterben. Vom Umgang mit Zootieren. Doku.

Sonntag, 1. Juli, 23.15 Uhr, Phoenix: Buback. Doku.

Montag, 2. Juli, 15 Uhr, 3sat: Lappland zu Fuß. Im Sommer am Polarkreis. Reisereportage.

Montag, 2. Juli, 20.15 Uhr, BR Alpha: Sarajevo, 28. Juni 1914. Dokumentation.

Montag, 2. Juli, 20.15 Uhr, ZDF-Info: Die Deutschen. Otto und das Reich.

Montag, 2. Juli, 21.45 Uhr, ZDF-Info: Geheimnisse des Dritten Reichs. Hitlers Familie.

Montag, 2. Juli, 22.45 Uhr, ARD: Der große Euro-Schwindel. Wenn jeder jeden täuscht.

Dienstag, 3. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Churchills größtes Spiel. Doku.

Dienstag, 3. Juli, 21.35 Uhr, Tagesschau24: Putin und der Westen. Hoffnung auf Demokratie, 2003-2006.

Dienstag, 3. Juli, 22.15 Uhr, ZDF: Mein verrücktes Leben. Von starken Kindern und kranken Müttern.

Dienstag, 3. Juli, 22.20 Uhr, Arte: Schick aber schädlich. Kleidung, die krank macht. Doku.

Dienstag, 26. Juni, 21.45 Uhr, ZDF-Info: Die Waffen-SS.

Dienstag, 26. Juni, 22.15 Uhr, RBB: Berlin Chammissoplatz. Romanze von Rudolf Thome.

Mittwoch, 4. Juli, 19.30 Uhr, Arte: Wildes Polen. Tatra, Ostsee und Masuren. Doku.

Mittwoch, 4. Juli, 21.05 Uhr, 3sat: Rousseaus Kinder. Ein Reality-Check in Alaska. Doku.

Mittwoch, 4. Juli, 21.15 Uhr, N24: Das Hitler-Tonband.

Donnerstag, 5. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Musik – Feuerwerk im Gehirn.

Donnerstag, 5. Juli, 21.40 Uhr, Arte: Das Böse. Warum Menschen Menschen töten.

Donnerstag, 5. Juli, 23.45 Uhr, RBB: Verschlusssache „Waffenbrüder". Die Straftaten der Sowjetarmee. Doku.

Freitag, 6. Juli, 18.30 Uhr, Phoenix: Steffens entdeckt Polen.

Freitag, 6. Juli, 23.15 Uhr, ZDF-Info: Das Universum. Eine Reise durch Raum und Zeit. Doku.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

Mittwoch, 11. Juli bis Sonntag, 22. Juli: **BJO-Sommerfahrt nach Neidenburg.** Habt Ihr Lust auf ein Zeltlager auf einem deutschen Bauernhof? Ausflüge in die Natur mit und ohne sportlichen Wetteifer? Wollt Ihr an lebhaften Diskussionen über Ostpreußen am Lagerfeuer teilnehmen? Dann meldet Euch an bei BJO-Geschäftsführer Raphael Schmelter unter Telefon (0245) 1912926 oder kontakt@junge-ostpreußen.de.

Schloss Burg/Solingen – Sonntag, 15. Juli, Beginn 11 Uhr, Kundgebung 14 Uhr: Landestreffen der Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen. Der BJO wird mit einem Infostand und dem beliebten „Café Lorbaß“ vertreten sein. Der künftige CDU-Generalsekretär in Nordrhein-Westfalen, Bodo Löttgen, wird eine Rede halten. Weitere Auskünfte: http://www.ostpreussennrw.de/Div/Schloss-Burg-2012/index.htm.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Bamberg – Mittwoch, 18. Juli, 15 Uhr, Villa Remeis (Buslinie 910): **Sommertreffen der Gruppe.**

Buchen – Vom 27. Juli bis 6. August fährt die Kreisgruppe Buchen nach Königsberg mit Insterburg, Trakehnen, Kurische Nehrung, Masuren, Westpreußen und östliches Hinterpommern. Die Reisenden erwartet ein sehr vielfältiges, individuell gestaltetes Programm. Es sind noch vier Plätze frei. Interessenten mögen bitte die Vorsitzende Rosemarie S. Winkler in Buchen unter Telefon (06281) 8137 anrufen, die näher darüber informieren wird.

Lahr – Donnerstag, 5. Juli, 18 Uhr, Gasthaus „Zum Zarko“, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Landshut – Dienstag, 3. Juli, 14 Uhr, Minigolfplatz Mitterwöhr; Treffen der Gruppe.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 3. Juli, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauddstraße 14, Schwäbisch Hall: Heimatnachmittag. Die Vorsitzende Ursula Gehm referiert anhand von Folien über das Königsberger Schloss. Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.

Stuttgart – Samstag, 30. Juni, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schlossstraße 92: Sigrid Früh, eine der bekanntesten Märchenforscherinnen und Märchenerzählerinnen Deutschlands, wird „Preußische Geschichten“ erzählen.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 12. Juli, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 12. Juli, 18 Uhr, Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm, Schillerstraße 1: Südostdeutscher Volkstumsabend. Es spricht der BdV-Vorsitzende Arnold Tölg. Musikalische Begleitung durch die Stubenmusik Illerrieden, die Tanzgruppe der Deutschen aus Russland Illerrieden und den Chor Alexander Diehl. Die Gruppe bittet um regen Besuch.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 14. Juli, 15 Uhr, Orangerie: Haben Sie ostpreußische und pommersche Wörter gefunden? Die Gruppe will an viele erinnern und ihre Herkunft erklären. Im August finden aufgrund der Sommerferien keine Veranstaltungen statt.

Ingolstadt – Sonntag, 15. Juli, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatstreffen der Gruppe. Im August findet kein Treffen statt.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Freitag, 13. Juli, 15 Uhr, Tucherbräu am Opernhaus: Treffen der Gruppe. Es wird der Dia-Bericht „Ferien in der Heimat“ gezeigt.

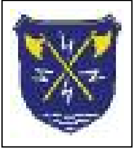
Starnberg – Donnerstag, 12. Juli, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Treffen der Gruppe. Im August ist Sommerpause.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 20. Juli, 18.30 Uhr, Kastaniengarten der Gastwirtschaft Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.

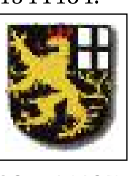


BERLIN

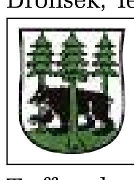
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 30. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Mohrungen – Donnerstag, 5. Juli, 15 Uhr, Restaurant „Sternstunde“, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.



Rastenburg – Sonntag, 8. Juli, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 27. Juli: Es findet kein Treffen wegen der Sommerpause statt. – Freitag, 10. August: Bederkesa-Fahrt der PL Bremerhaven. Die Teilnahme anderer Landsmannschaften nach Anmeldung ist möglich und erwünscht.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 11. August, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr im Restaurant „Rosengarten“, Alsterdorfer Straße 562, unweit S-und U-Station Ohlsdorf: **Sommerfest der Landesgruppe**, Referat Kultur. Zu Beginn wird der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel Aktuelles aus Ostpreußen berichten. Er war im Juni dieses Jahres dort und besuchte auch die Städte Allenstein und Königsberg. Anschließend singen die Versammelten mit dem LAB-Chor unter der Leitung von Dieter Dziobaka (Gumbinnen) „Land der dunklen Wälder“ und heimatliche Volkslieder. Von 15 bis 15.30 Uhr Plachandern bei Kaffee und Kuchen. Nach der Kaffeepause wird der LAB-Chor mit „Oldis“ humorvoll an die Jugendzeit der Teilnehmer erinnern. Auch mit Literatur und Spaßvorträgen (ostpreußischer Art) wird es lustig werden. Es darf gelacht werden; denn „ein bisschen Spaß muss sein“. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Die Veranstaltung leitet der Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

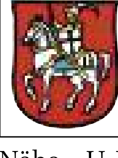
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin“, Fohmestraße 123. Im Juli ist jedoch kein Monatstreffen. – Mittwoch, 1. August: Sommerfest mit kulturellem und musikalischem Programm. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Informationen und Anfragen bei Manfred Samel, Telefon und Telefax (040) 587585.



Osterode – Sonnabend, 7. Juli, 12.30 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe U-Bahn Ohlsdorf: Die Gruppe lädt zum Schollenessen herzlich ein. Der Preis pro Essen beträgt 12 Euro. Verbindliche Anmeldung bis 30. Juni bei Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014 ist erforderlich.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Wetzlar – Sonnabend, 14. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus Wetzlar-Nauborn: Die Kreisgruppe trifft sich zum Grillen. – **Bericht vom Juni-Treffen:** Götz Diehm sprach über den Versailler Vertrag von 1919 nach dem Ersten Weltkrieg. Wäre dieser Vertrag nicht in der vorliegenden Fassung abgeschlossen worden, wäre der Nationalsozialismus vermutlich 1933 nicht an die Macht gekommen, erläuterte der langjährige Zeitungsredakteur eine von der heutigen Geschichtsforschung allgemein vertretene These. Bei der Bewertung der 430 Artikel des Vertrages müsse man zu dem Schluss kommen, dass damit die Weichen zur späteren Machtergreifung Hitlers gestellt worden seien. Deutschland sei dadurch wirtschaftlich in die Knie gezwungen worden. Die Folge sei eine hohe Arbeitslosigkeit verbunden mit Hunger und Not in der Bevölkerung gewesen. Darüber hinaus habe Deutschland namhafte Industriegebiete wie Elsass-Lothringen, das Saarland und Teile Oberschlesiens an die Siegermächte und an mit ihnen verbündete Staaten abtreten müssen. Die nach dem Krieg ausgerufene Weimarer Republik mit ihrem System von 48 politischen Parteien habe nur schwerlich Fuß fassen können. Die nach Artikel 231 des Versailler Vertrags allein Deutschland zugeschriebene Schuld am Krieg habe die junge Demokratie belastet. „Adolf Hitler ist nicht vom Himmel gefallen“, gab Diehm abschließend das Urteil heutiger Geschichtsforschung über die Auswirkungen des Versailler Vertrags wieder.

Wiesbaden – Dienstag, 10. Juli, 15 Uhr. Gaststätte beim Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Nerotal: Treffen der Frauengruppe, Kaffeetrinken im Grünen. Das Gartenrestaurant ist zu erreichen mit dem ESWE-Bus, Linie 1, Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Wer Lust zu einem Spaziergang hat, steigt bereits an der Haltestelle „Kriegerdenkmal“ aus. Von dort geht eine Gruppe um 14.30 Uhr durch die Nerotal-Anlagen zur Gaststätte. Organisation und Leitung: Helga Kukwa. – Donnerstag, 12. Juli, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbadener Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch der Gruppe. Essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 6. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ESWE-Busverbindung: Linie16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Sonnabend, 21. Juli, 15 Uhr, Erbenheim „Kleingartenverein am Wasserwerk“: Sommer-Gartenfest. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat oder Brötchen. Zu Beginn werden Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen verwöhnt. Für Unterhaltung sorgt der Frauenchor, es gibt Spiele und Musik. Die Gruppe freut sich, wenn Sie am Gartenfest teilnehmen: Wegen der Essen-Disposition bitte anmelden bis 13. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Sollten Sie nach erfolgter Anmeldung am Gartenfest nicht teilnehmen, muss dennoch das bestellte Essen gezahlt werden, da die Gruppe beim Gartenverein verbindlich gebucht hat! Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt, da überdachte Bereiche zur Verfügung stehen.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4, Helmstedt: Treffen der Gruppe.

Oldenburg – **Bericht über die Versammlung am 13. Juni.** – Der Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg zeigte das Mitglied Walter Perkuhn weitere Bilder aus seiner Heimat, Gemeinde Löwenhagen im Landkreis Königsberg. Dieses Mal wagte er sich mit seinem Film an die moderne Technik und nahm die Zuhörer mit auf eine Schiffstour den Pregel aufwärts. Sie zeigte ihnen das heutige Gesicht seiner Heimat, das von der Flussseite außer Sand- und Kiesabbau kein Gewerbe mehr auf dem Land erkennen lässt. Dagegen konnte er rege Bautätigkeiten in Königsberg nachweisen, die auf eine gewisse wirtschaftliche Prosperität in der Stadt schließen lassen. Weitere Bilder von seiner Rundreise in Ostpreußen auf die Nehrung und das Samland komplettierten seinen Vortrag. – 11. Juli, Abfahrt 13.30 Uhr, ZOB: Kulturfahrt zusammen mit dem BdV Oldenburg-Stadt zum Museum „Ostdeutsche Heimatstube“ nach Bad Zwischenahn. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 3. Juli, 16.45 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. Juli, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 12. Juli, 15 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42: Filmnachmittag „Ostpreußen, wie es war“. Beim Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger zeigt Joachim Berg Schwarzweiß- und Farbaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren aus Ostpreußen. Diese informativen Einblicke sollte keiner versäumen, der geschichtlich interessiert ist. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 15. Juli, ab 11 Uhr, Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg: Einladung zum „Kleinen Ostpreußentreffen“. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Weigel, Emil, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, und Frau Ursula, geb. **Bruderek**, aus Pustnik, Kreis Sensburg, am 5. Juli



Kurzrock, Heinz-Richard und Frau Rosa, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 6. Juli

Sturz, Eberhard und Frau Christel, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 26. Juni

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

die Glocken aus Königsberg und Breslau, die Anwesenden gedenken ihrer Toten und hören das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden" (Trompeter F. Braun). Bodo Löttgen wird die Ansprache halten. Frau Dr. Bärbel Beutner führt durch die Veranstaltung. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen (Gruppen Remscheid, Solingen, Wuppertal) mit ostpreußischen Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für den Veranstalter mit seinen ehrenamtlichen Mitwirkenden.

Bad Godesberg – Mittwoch, 4. Juli, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Das Treffen der Frauengruppe fällt ausnahmsweise aus!

Dortmund – Montag, 16. Juli, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Donnerstag, 12. Juli: **Fahrt zum Gerberei-Museum** in Enger bei Herford mit Aufenthalt in Bad Salzuflen und der Adlerwarte in Detmold-Berlebeck/Hermannsdenkmal. Die ehemalige Gerberei Sasse stand über 250 Jahre im Familienbesitz. Der mit seiner original erhaltenen Einrichtung und den restaurierten Maschinen bestehende Betrieb zeigt, wie die Chromgerbung funktionierte. Hier ist Anfassen ausdrücklich erlaubt, um die unterschiedlichen Qualitäten und Prägungen der verarbeiteten Tierhäute zu spüren.

Ennepetal – Sonntag, 15. Juli, ab 11 Uhr, Schloss Burg: Kleines Ostpreußentreffen. – Donnerstag, 19. Juli, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Mühlheim a.d. Ruhr – Mittwoch, 4. Juli, 9 Uhr, Bushaltestelle am Forum: Tagesausflug zum Haus Schlesien nach Heisterbacherrott. Die Fahrtkosten übernimmt der BdV, das Mittagessen geht auf eigene Rechnung.

Neuss – Sonnabend, 14. Juli, 12 Uhr, Cornelius-Kirche, Neuss-Erftal: Großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten.

Witten – Montag, 16. Juli, 15 Uhr, Witten-Heven: Preußische Allgemeine Zeitung – Gedenkstein der Vertriebenen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

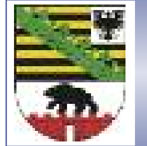
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße: Kulturkreis „Simon Dach" trifft sich unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe. – Auszeichnung mit der **Ehrennadel in Gold der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen für Ingrid Labuhn** von der Kreisgruppe Chemnitz. – Laudatio: Seit der Gründung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Chemnitz e. V., im Jahr 1992 arbeitet Frau Ingrid Labuhn aktiv als Leiterin des Kulturkreises „Simon Dach" und in der Leitung des Vereins mit. Erst nach dem Zusammenbruch der DDR konnten sich auch in diesem Teil Deutschlands Ostpreußen in einem Verein zusammenfinden. Seit dieser Zeit setzt Ingrid Labuhn ihre ganze Kraft und Energie für die Erhaltung ostpreußischer Kultur ein, denn die fast 800-jährige Geschichte Ostpreußens darf nicht im Dunkel der Geschichte verschwinden. Sie scheut keine Mühe, um bei Veranstaltungen, Vorträgen und der Erinnerung an berühmte ostpreußische Persönlichkeiten die Darlegungen gemäß dem jeweiligen Thema interessant und ansprechend zu gestalten. Auch die Mitglieder des Kulturkreises werden bei jeder Veranstaltung von ihr vor neue Herausforderungen gestellt. Das beginnt bereits bei der Einstudierung von Texten und Liedern, bei ostpreußischen Mundarten, Gedichten und Lesungen. Mit ihrer Liebe zur Musik und zu Ostpreußen und viel Geduld haben auch die Mitglieder des Kulturkreises viel Spaß und Freude bei den Proben. Doch mitunter hat sie es auch nicht leicht, denn sie erwartet von den Mitgliedern des Kulturkreises stets die Bereitschaft, Neues zu erarbeiten. Bereits als Kind bekam sie Unterricht im Fach Geige. Mit Ihrer Liebe zu Musik und Gesang eignete sie sich zielstrebig neues Wissen an. Ihr erworbenes Wissen im Opernchor gab sie gern an die Mitglieder des Kulturkreises weiter. Dafür wurde sie bereits mit der silbernen Ehrennadel geehrt. Durch die Teilnahme an Musikseminaren und Vorträgen in Bad Pyrmont erweitert sie ständig ihr Wissen, das sie gern weitervermittelt. Das bewies sie in vielen Vorträgen über ostpreußische Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Literatur, Musik, Malerei und der Geschichte Ostpreußens. Vehement setzt sie sich dafür ein, dass die Geschichte Ostpreußens an die junge Generation weitergegeben wird. Auch ihr Vorschlag, in Chemnitz für die ostpreußischen Opfer von Flucht und Vertreibung einen Gedenkstein zu schaffen, zeugt von ihrer Liebe zu Ostpreußen. Mit der Verleihung der Ehrennadel in Gold würdigen wir Ihre langjährige Leistung für den Verein und des Kulturkreis „Simon Dach". Wir wünschen Ingrid Labuhn für die Zukunft alles Gute, hoffen auf weitere gute Zusammenarbeit und darauf, dass wir noch viele Jahre ihr umfangreiches Wissen nutzen können. Im Namen des Landesvorstandes, der Mitglieder des Vereins und mit meiner besonderen Hochachtung überreiche ich Ihnen, Frau Labuhn, die Ehrennadel in Gold für die langjährigen Verdienste um den Verein und Ihre Bemühungen, Ostpreußen und seine von dort Vertriebenen in Erinnerung zu bewahren.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 914 Uhr, Juli, Krötenhof: Sommerfest.

Halle/Saale – Freitag, 6. Juli, 14 Uhr, Reilstraße 54: Treffen der Ortsgruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität. - Weitere Termine erst ab September. Diese werden noch bekannt gegeben.

Magdeburg – Dienstag, 26. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



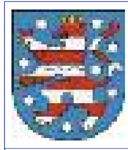
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad-Oldesloe – Nach der Begrüßung der **Juni-Runde der Ost- und Westpreußen** in Bad Oldesloe sprach die Vorsitzende Genesungswünsche für das erkrankte Mitglied Ulrich Klemens aus. Die Gruppe behandelt zur Zeit die Schlösser und Herrenhäuser in der Umgebung von Bad Oldesloe. Gisela Brauer hatte für den Monat Juni „Schloss Grabau – ein Mythos hinter hohen Bäumen" vorbereitet. Das Schloss ist gerade 100 Jahre alt, besonders nach 1945 erlebte es eine wechselvolle Geschichte: Unterbringung polnischer Fremdarbeiter bis zu ihrer Ausreise in die Heimat, Aufnahme von Flüchtlingen aus den damaligen deutschen Ostgebieten, Schullandheim, Saatzuchtbetrieb, bis ein Iraner bei einer Versteigerung den Zuschlag erhielt. Aus der Einrichtung eines Hotels bzw. Restaurants ist nie etwas geworden. Das Gebäude dämmert als Ruine vor sich hin, wurde schon mehrfach als Filmkulisse für Kriminalfilme genutzt. In der sich anschließenden Aussprache erwähnte Georg Baltrusch, dass nach 1945 das Gestüt Liesken nach Grabau gekommen war, da Grabau bis 1945 ebenfalls ein Gestüt war. Bürgermeister Lothar Seiler, der in Ostpreußen beheimatet war, hatte es zweimal geschafft, den nachgestellten Treck von Liesken in Grabau einziehen zu lassen. Dann war wieder die Heimat das Thema mit Reiseerfahrungen der Mitglieder aus den letzten Jahren.

Flensburg – Donnerstag, 5. Juli, 17 Uhr, Flensburg-Mürwik, Twedter Holz, Fernmeldebereich 91 (die Kaserne liegt am Ende der Sackgasse): Treffen zum Grillen und Plaudern in netter Runde. Achtung: Gültigen Personalausweis mitführen, weil die Teilnehmer eine militärische Anlage betritt. Die Busse mit der Liniennummer 1, 3 und 7 halten an der Haltestelle KBA.

Uetersen – 21. Juli, Garten des Hauses „Ueterst End", Kirchenstraße 7: Sommerfest der Ostpreußengruppe und des Vereins zur Erhaltung ostdeutschen Kulturguts. Die Veranstalter würden sich über viele Besucher freuen.




THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 30. Juni, 10 bis 16.30 Uhr, Gasthaus Zur Schenke, Erfurt-Alach: Thüringenweites Landestreffen der Ostpreußen, gemeinsam mit den schlesischen Landsleuten. Zu dieser Veranstaltung sind alle Landsleute mit ihren Angehörigen und Bekannten herzlich eingeladen.

Ostpreußen-TV erfolgreich: Die Seite des Ostpreußen-TV konnte in den vergangenen drei Jahren über eine Million Aufrufe verbuchen. Über die Seite werden Informationen über die Ostpreußen und Ostdeutschland verbreitet. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg! *PAZ*

20 Jahre Ostseebrücke

Lothar Lamb im Amt bestätigt

Auf der Mitgliederversammlung der Ostseebrücke e. V. wurde der Vorsitzende, Schulrat a. D. Lothar Lamb, für weitere zwei Jahre gewählt. Der Verein Ostseebrücke wurde im Jahr 1992 in Hamburg zunächst als „Schulverein Trakehnen" gegründet und erhielt fünf Jahre später den heutigen Namen. Im Laufe der Jahre haben sich die Vereine „Gedenkstätten Königsberg",„Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft Kreis Plön", „Aufbau Bernsteinland Ostpreußen" und im letzten Jahr der insbesondere der Landwirtschaft verbundene Förderverein „Rat und Tat" der Ostseebrücke angeschlossen.

Deutschunterricht und praktische Hilfe sind Schwerpunkte

Die Arbeit der Ostseebrücke beruht vor allem auf drei Säulen: In 15 verschiedenen Orten im Königsberger Gebiet wird Deutschunterricht für Kinder, Jugendliche und Erwachsene angeboten. Im letzten Jahr nahmen an diesen Kursen rund 300 Personen teil. Da das Deutsch-Russische-Haus in Königsberg die Durchführung eigener Deutschkurse eingestellt hat, ist der Verein Ostseebrücke zurzeit der größte Anbieter von Deutschunterricht im außerschulischen Bereich im Königsberger Gebiet. Er arbeitet eng mit Mitarbeitern des Deutsch-Russischen-Hauses zusammen.

Im Rahmen des Deutschunterrichts mit Kulturarbeit konnte auch im Berichtsjahr wieder eine Gruppe von 15 Lehrkräften zu einem Informationsbesuch in Schleswig-Holstein empfangen werden. Bei diesem Studienbesuch mit Besichtigungen und Hospitationen in Schulen unterschiedlicher Schularten erhalten die Teilnehmer wertvolle Einblicke in die Organisation und in die Gestaltung von Unterricht.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist die Unterstützung von Kindergärten und Kinderheimen sowie die Mithilfe bei der Durchführung von Kinderfreizeiten im Samland. Diese Aufgabe wird von der ebenfalls wiedergewählten Kassenwartin Barbara Lamb wahrgenommen. Sport, Spiel aber auch Deutschunterricht steht bei diesen in diesem Jahr zum vierten Mal durchgeführten und geförderten Freizeiten mit rund 30 Teilnehmern auf dem Programm.

Dipl. Landwirt Dr. Peter Brümmel sowie der stellvertretende Vorsitzende Hauke Eggert sorgen mit intensiver und individueller Beratungstätigkeit dafür, dass Landwirte wertvolle Tipps für die Herstellung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte erhalten.

In einem Rückblick auf die Gründerjahre des Vereins zeigte Dr. Karsten Niefind die vielfältigen Aktivitäten des Vereins auf. Neben dem Aufbau einer Gärtnerei, einer Bäckerei und einer Kfz-Werkstatt konnte in kleinem Umfang auch Wohnraum für Russlanddeutsche geschaffen werden. Getragen wird diese Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von über 100 Personen. *EB*

Aus den Heimatkreisen

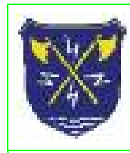
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche (komm.), Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.alleinsteinlandkreis.de

Der **Kreisausschuss und der Kreistag** kamen am 13./14. April in der Patengemeinde Hagen am Teutoburger Wald zu ihren Sitzungen zusammen. Der Kreisausschuss befasste sich vorrangig mit den Themen Friedhofserfassung in der Heimat, notwendige Satzungsanpassung an den demografischen Wandel, dringende Arbeitsentlastung des Schatzmeisters wegen zustande gekommener Ämterhäufung, Heimatstube und Heimatkreistreffen. Für Fotoaufnahmen in digitaler Form auf dem alten und dem neuen katholischen Friedhof in Wartenburg werden freiwillige Helfer gesucht. Hinsichtlich der geplanten Satzungsänderung legten Hans-Peter Blasche und Horst Tuguntke ausgedruckte Satzungsentwürfe vor. Nach Niederlegung seiner zusätzlichen Ämter als Archivar und Betreuer der Heimatstube durch Schatzmeister Klaus J. Schwittay wurde nach Problemlösungen gesucht und danach beschlossen: Sämtliche Bilder und Dokumente aus dem Archiv am Wohnsitz des Schatzmeisters und aus dem Bestand der Heimatjahrbucher am Wohnsitz des Schriftleiters sowie die Bilder aus der Friedhofserfassung sollen in der Heimatstube in Hagen a. T. W. gelagert und verwaltet werden. Als Verwalter soll Lm. Siegfried Keuchel aus Osnabrück gewonnen werden. Weil derzeit den zahlreichen Kirchspieltreffen der Vorzug gegenüber einem Kreistreffen gegeben wird, soll gründlich geprüft werden, ob im Jahre 2013 außer einem gemeinsamen Heimatkreistreffen in Gelsenkirchen auch noch ein eigenes Kreistreffen in unserer Patengemeinde Hagen a. T. W. stattfinden sollte. Auf der Kreistagssitzung am Sonnabend im großen Sitzungssaal des Hagener Rathauses konnte der stellvertretende Kreistagsvorsitzende Andreas Galenski anstelle des erkrankten Vorsitzenden Johann Certa nicht nur nahezu sämtliche Kreistagsmitglieder, sondern auch den neuen Bürgermeister von Hagen, Peter Gausmann, begrüßen. Als ehemaliger langjähriger Kämmerer der Gemeindeverwaltung mit den Geschicken unserer Kreisgemeinschaft bestens vertraut, hob der Bürgermeister als Patenschaftsträger die guten Beziehungen zu unserer Kreisgemeinschaft und zu seiner Partnerstadt Wartenburg [Barczewo] hervor und erwähnte dabei den gut verlaufenden jährlichen Schüleraustausch zwischen den beiden Kommunen, an dem sich auch unsere Kreisgemeinschaft beteiligt. Breiten Raum in der Diskussion nahmen das Für und Wider der geplanten Satzungsanpassung nach der Wiedervereinigung von Deutschland und der Annäherung der Völker von West und Ost ein und auch im Hinblick auf den naturgegebenen Mitgliederschwund. Dabei stehen im Fokus die Abkehr von kommunalähnlichen Strukturen und die Hinwendung zu den Grundsätzen des Vereinsrechts des BGB. Das bedeutet für uns die Abschaffung der Doppelspitze in der Vereinsführung (die dem Vereinsrecht nicht eigen ist) und die Schaffung eines geschäftsführenden und eines erweiterten Vorstandes sowie eines Kontrollorgans (Kassenprüfer). Für die Bewältigung der Vereinsarbeit sollen anstelle von 25 Mitgliedern nur noch 15 gewählt werden. Unsere Kreisgemeinschaft soll als eingetragener Verein auch weiterhin von fünf Mitgliedern geführt werden, von denen drei den Verein im Rechtsverkehr vertreten. Im Kreistag wurde angedacht, außer der Versandkartei Heimatjahrbuch ein aktuelles Mitgliederverzeichnis anzulegen und zu verwalten und die alte Namenskartei für etwaige spätere Erhebungen sowie für die Familienforschung digital zu erfassen. Kreisvertreter Herbert Monkowski gab einen umfassenden Tatigkeitsbericht für die letzten zwölf Monate, aus dem insbesondere seine vielfältigen, in der Heimat geleisteten Aktivitäten hervorgingen. Die nach der Satzung erforderliche Rechnungslegung für das Jahr 2011 und die Erstellung des Haushaltsplanes 2012 konnten aus Krankheitsgründen des Schatzmeisters nicht rechtzeitig erfolgen. Sie werden nachgeholt. Die Entlastung des Gesamtvorstandes wurde zurückgestellt. – **Heimatkreistreffen 2012:** Nach dem Beschluss des Kreistages kommt es auch in diesem Jahr zu einem gemeinsamen Heimattreffen Allenstein Stadt und Land, und zwar am Sonnabend, 15. September, ab 15 Uhr in Gelsenkirchen-Horst, Schloss Horst, Turfstraße 21. – **Rücktritt des Kreisvertreters:** Wie im Kreisausschuss angekündigt, trat Herbert Monkowski mit Schreiben vom 27. April, gerichtet an die Kreistagsmitglieder, von seinem Amt als Kreisvertreter zurück. Er wolle das verantwortungsvolle Amt in Zeiten guter Vereinsaufstellung in jüngere Hände legen, heißt es. Der Kreisgemeinschaft bleibt er als Kreistagsmitglied auch weiterhin verbunden. Die Vereinsangelegenheiten werden derzeit vom langjährigen Stellvertreter Hans-Peter Blasche kommissarisch wahrgenommen. Unter seiner Leitung kommt der Kreisausschuss am 29. Juni 2012 in den Heimatstuben in Hagen / Westfalen zur Beratung zusammen.



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

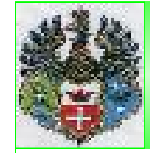
Bartenstein-Tage 2012: Als Mitglieder des Vorstandes der Heimatkreisgemeinschaft folgten Christian v. d. Groeben, der Vorsitzende, und Rosemarie Krieger als Schriftführerin der Einladung von Bürgermeister Nalecz zu den jährlichen Bartenstein-Tagen. Als Ehrenbürger der Stadt und Betreuer der Johanniter-Sozialstation war auch Friedhelm v. d. Groeben anwesend. Aus Nienburg war Bürgermeister Henning Onkes mit einer Delegation erschienen. In diesem Jahr feiern die beiden Städte das zehnjährige Bestehen ihrer Partnerschaft. Auch eine russische und eine schwedische Delegation nahmen teil. Zu Beginn der Veranstaltungen fand am Nachmittag des 1. Juni die feierliche Eröffnung eines neuen Schwimmbades bei der ehemaligen Ludendorff-Kaserne statt. Im Kulturhaus, dem früheren Bethaus der Neu-Apostolischen Gemeinde, wurde zuerst eine Ausstellung von Bildern einer Bartensteiner Künstlerin, Lucyna Ploska, eröffnet. Die Reden des Abgeordneten, des Bürgermeisters und der Vertreter der Delegationen wurden von den Darbietungen kleiner Tänzerinnen und Sängerinnen heiter umrahmt. Ein Abendessen in Kraftshagen bot Gelegenheit, alte Kontakte zu pflegen und neue anzubahnen – ein wichtiges Ziel dieser Tage! Am folgenden Tag gab es für die Gäste eine Schau mit ausgewählten Pferden der Zucht in Gallingen, einen Vortrag über die Wälder um Bartenstein im Forstamt und, nach einem Mittagessen mit ukrainischen Spezialitäten, eine Führung durch die griechisch-katholische Kirche im ehemaligen Spritzenhaus durch Pfarrer Juliusz Krawiecki. Eine Begegnung bei den Bartensteiner Rotariern machte einen Besuch im Gutshaus von Sandlack möglich. Der neue Besitzer hat das heruntergekommene Anwesen mit Mut und jahrelanger Arbeit von Grund auf erneuert. In einem Jahr soll auch die Fassade in neuem Glanz erstrahlen. Ganz wichtig war die Begegnung mit sehr vielen Mitgliedern der Deutschen Minderheit im Büro in der Poststraße. Es war sehr erfreulich, eine ganze Reihe meist älterer Menschen anzutreffen, mit denen man in vertrautem Ostpreußisch lebhafte Gespräche führen konnte. Sie waren damals nicht geflohen oder von den Sowjets zurückgeschickt worden und mussten bleiben. Alle ihre Ausreiseanträge wurden abgelehnt. Wer sich weigerte, seinen Vornamen polonisieren zu lassen und an seinem deutschen Taufnamen festhielt, musste Nachteile hinnehmen. Traurige Schicksale kamen zur Sprache. Viele in den Familien sind arbeitslos bei 38 Prozent Arbeitslosigkeit im grenznahen Umland. Die Renten sind meist winzig, und eine Krankheit wird schnell zur Katastrophe. Die Familien helfen einander, und auch die Deutsche Minderheit tut, was sie kann. Zur Vorbereitung unserer HKG-Augustreise nach Friedland, Domnau und Königsberg wechselte Christian v. d. Groeben dann am Montag auf die russische Seite. Dort konnte er hilfsbedürftigen Russlanddeutschen, meist aus Kasachstan, eine kleine finanzielle Zuwendung der Landsmannschaft Ostpreußen übergeben. Die Suche nach baulichen Resten aus seiner Familiengeschichte in Sehmen und Schönbruch (auf der russischen Seite) blieb allerdings erfolglos. Mit Besprechungen beim Bürgermeister von Friedland und den Museumsdirektorinnen in Friedland, Domnau und Königsberg, sowie im Deutsch-Russischen Haus wurde das Programm der Augustreise präzisiert. Beim Rotary Club in Königsberg hielt er eine Powerpoint-Präsentation über seine Familie in Ostpreußen seit 1403. Der Versuch, am Mittwochabend die Grenze in Richtung Bartenstein wieder zu passieren, scheiterte an der endlos langen Schlange der wartenden Autos, die nur schleppend abgefertigt wurden. Er musste in Pr. Wilten ein Nachtlager in Anspruch nehmen und konnte dann am frühen Morgen die Grenzformalitäten erledigen. Wegen des Feiertags war dann eine zügige Heimfahrt nach Baden-Württemberg möglich.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Sonnabend, 14. Juli, ab 14 Uhr, auf dem Gelände des Hotels Lesny Zakatek am Goldaper See: 17. **Goldaper Sommerfest.** Das Fest ist eine Gemeinschaftsveranstaltung der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. mit der Goldaper Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Goldap. Es werden der Chor „Masurenklang“ aus Peitschendorf im Kreis Sensburg, der bekannte Sänger „BernStein“ und ein gemischter Chor aus Vorpommern unter Leitung von Friedhelm Schülke auftreten. Die Veranstalter hoffen auf gutes Wetter und laden jedermann herzlich zur Teilnahme ein. Für Kaffee und Kuchen ist gesorgt, gute Laune ist mitzubringen. Schon am Freitag, 13. Juli um 17 Uhr wird im Haus der Heimat in Goldap, ul. Zeromskiego 16 (Angerburger Straße) die in Zusammenarbeit mit dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen konzipierte neue zweisprachige (deutsch-polnische) Dauer-Ausstellung zur Geschichte Goldaps und seines Umlandes eröffnet. Hierzu lädt die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. herzlich ein. Am 15. Juli um 15 Uhr wird in der Goldaper Alten Kirche ein ökumenischer und teils zweisprachiger Gottesdienst unter gemeinsamer Leitung von Probst Gadomski und Pfarrer Banach stattfinden. Jedermann ist auch zu diesem Gottesdienst herzlich willkommen.

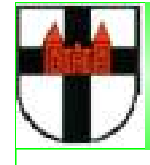


KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Königsberger Treffen in Duisburg. – Am Sonnabend, den 22. September, findet in Duisburg anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Patenschaft der Stadt Duisburg für Königsberg (Pr) ein Treffen statt, zu dem wir herzlich einladen. Nutzen Sie bitte die Gelegenheit, dabei zu sein, denn in einem größeren Kreis werden wir uns wohl nie mehr treffen. Wir haben für Sie ein interessantes Programm vorbereitet und wir haben alle Veranstaltungsorte dicht zusammengelegt, damit auch Gehbehinderte in unsere Patenstadt kommen können. Das Treffen wird bereits am Freitag, 21. September, um 15 Uhr im Vortragsraum des Museums Stadt Königsberg mit der Wahl der neuen Stadtvertretung eröffnet. 35 Damen und Herren haben sich dankenswerterweise für die nächste dreijährige Legislaturperiode zur Verfügung gestellt, 25 Stadtvertreter sind zu wählen. Alle, die von weither bereits am Freitag anreisen, treffen sich am Abend im Museum. Hier ist Möglichkeit, sich mit Freunden zu verabreden, die Ausstellung zu besichtigen, zum Beispiel die Wechselausstellung zur Patenschaftgeschichte. Man kann auch im reichhaltigen Verkaufsbereich stöbern, neue und gebrauchte Bücher erwerben, Postkarten und anderes mehr. Auch für Getränke wird gesorgt.

Das Programm am Sonnabend wird mit der gemeinsamen Festveranstaltung der Stadt Duisburg und der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) im benachbarten Rathaus eröffnet. Die Stadtgemeinschaft wird der Patenstadt für die 60-jährige Unterstützung und Förderung unserer Arbeit danken und Ehrungen aussprechen. Den musikalischen Rahmen übernimmt ein Quartett des Staatlichen Symphonieorchesters Kaliningrad. Zur Mittagspause kann man im neben dem Museum befindlichen katholischen Gemeindehaus einkehren. Dort gibt es Mittagessen, am Nachmittag auch Kaffee und Kuchen. Und man kann wieder das Museum besuchen und auch den Verkaufsbereich. Um 14.30 Uhr setzen wir die Veranstaltung mit einem Vortrag von Lorenz Grimoni in der benachbarten Karmelkirche fort, der über besondere Ereignisse und Begebenheiten aus der Patenschafts-Geschichte berichtet. Nach einer etwa eineinhalbstündigen Pause für das Kaffeetrinken beziehungsweise den Besuch im Museum findet dann um 17 Uhr in der großen Salvatorkirche ein Konzert mit dem Staatlichen Symphonieorchester Kaliningrad statt. Dirigent: Arkadi Feldman. Alle, die an diesem Abend nicht mehr nach Hause kommen, in Duisburg übernachten wollen, treffen sich danach wieder zum gemütlichen Beisammensein im Museum. Die Stadtgemeinschaft konnte mit drei in der Nähe liegenden Hotels Sondervereinbarungen treffen. „Mercure“, „Mirage“ und „Ibis“(am Bahnhof). Bitte entscheiden Sie sich rasch, ob Sie ein Quartier von Freitag auf Sonnabend, vielleicht auch auf Sonntag benötigen. Melden Sie sich bei Frau Fischer im Patenschaftsbüro an (montags, mittwochs, freitags 9 bis 13 Uhr) unter der Telefonnummer (0203) 283-2151 oder per E-Mail: buero@museumkoenigsberg.de.



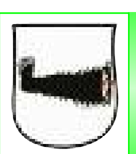
NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

„Bruderhilfe“ ausgezahlt. – Vom 10. bis 17. Juni weilte der Kreisvertreter mit dem zuständigen Kreistagsmitglied Günther Ernst in Ostpreußen, um die Bruderhilfeleistungen der Landsmannschaft wie auch der Kreisgemeinschaft zu überbringen. Erstmals konnte das lange angestrebte Ziel, den bis Kriegsende geborenen Landsleuten jeweils 50 Euro zukommen zu lassen, realisiert werden. Allerdings ging dieses zu Lasten der jüngeren Mitglieder der Deutschen Minderheit, welche es allerdings auch besser verkraften können. In den heimatlichen Räumen besucht wurden während dieser Zeit 13 Personen, wobei es sich überwiegend um kranke und behinderte Landsleute handelt. Es ist festzustellen, dass oftmals das Gespräch mit diesen Menschen ihnen genauso guttut wie die finanzielle Unterstützung. Das mit besuchte Ostpreußische Sommerfest in Allenstein fand am 16.



Juni bei schönem Sommerwetter und mit vielen Besuchern aus Ostpreußen und der Bundesrepublik statt. **Alte Schulwandkarte** – Unsere Kreisgemeinschaft hat eine Schulwandkarte in den Maßen von 170 cm Höhe und 190 cm Breite erwerben können. Sie wurde 1931 zum 550-jährigen Bestehen der Stadt Neidenburg von Schulrat Paul Radtke (Neidenburg) bearbeitet. Hochinteressant sind Angaben über Höhenschichten, Laubwald, Nadelwald, Sumpf, Moor, vorzeitliche Funde und andere Angaben von großer Bedeutung. Auf dieser Karte gibt es ein Bild „Neidenburg im Mittelalter“ nach einem Entwurf von Professor O. Kloeppel, Langfuhr. Für den Umriss der Stadt wurde eine Zeichnung des Holländers D. Kemp aus dem Jahre 1602 benutzt. Anlässlich des diesjährigen Heimattreffens im Deutschordensschloss Ellingen/Bayern am Sonntag, den 9. September, wird diese sehr gut erhaltene Karte unseren Besuchern erstmals präsentiert.



SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

13. Kirchspieltreffen Ukta. – Am 2. Juni 2012 fand in Hemer das 13. Treffen des Kirchspiels Ukta statt. An diesem sonnigen Junitag hatten etwa hundert Landsleute den Weg ins Jugend- und Kulturzentrum in der Parkstraße in Hemer gefunden. Kreis- und Kirchspielvertreter Rolf W. Krause hieß sie herzlich willkommen. Er erinnerte daran, dass genau vor 24 Jahren, am 4. Juni 1988, Frieda Salewski in Lünen das erste Ukta-Treffen aus der Taufe gehoben hatte, sodass man heute auf 24 Jahre Ukta-Treffen zurückblikken könne. Am 26. Mai 2011 schloss die Mutter der Ukta-Treffen im Alter von 84 Jahren für immer die Augen. Ihrer wurde in besonderer Weise gedacht. Krause stellte fest: „Wir freuen uns über das heutige Treffen mit immer noch etwa 100 Teilnehmern. Noch immer fühlen sich ehemalige Bewohner des Kreises Sensburg verbunden und möchten ihre Gedanken austauschen. Wir denken aber auch an die heimatverbliebenen Landsleute, von denen besonders Alte und Kranke der Unterstützung unserer Kreisgemeinschaft bedürfen. Die Bemühungen, ihnen zu helfen, können Sie mit einer Spende unterstützen.“ Ein besonderer Dank des Kirchspielvertreters galt allen fleißigen Helfern, die zum Gelingen des Treffens beigetragen hatten. Stellvertretend für alle wurden Norbert Kratz und Friedhelm Hoffmann mit ihren Ehefrauen genannt. Ganz herzlich wurde Walter Kratz begrüßt, der über viele Jahre hinweg die Treffen in Hemer organisiert hatte. Rolf W. Krause schloss seine Rede mit dem Wunsch: „In der Hoffnung, dass wir uns in zwei Jahren, im Juni 2014 hier gesund wiedertreffen, wünsche ich uns einen schönen Tag erfüllt mit Wiedersehensfreude und Erinnerungen an unsere schöne masurische Heimat.“ Dann erhoben sich die Teilnehmer zum gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes begleitet von Helga und Friedhelm Hoffmann mit Mandoline und Akkordeon. Pünktlich um 10.30 Uhr begann der traditionelle Festgottesdienst, den Pfarrer Hartmut Marks aus Iserlohn hielt, da Ortspfarrer Braun verhindert war. Der Gesang wurde von Tanja Erdmann am Flügel unterstützt. Wieder verstand es die Uktaer Gemeinde, in dem nüchternen Festsaal des ehemaligen Gemeindehauses den Gottesdienst in würdevoller Weise zu feiern. Es wurde der Verstorbenen der letzten zwei Jahre gedacht. Am Schluss wurde ein Beitrag für die hohen Anmietungskosten des städtischen Saales gesammelt. Der Restbetrag kam der Arbeit der Kreisgemeinschaft für alte und kranke Landsleute in der Heimat zugute. Einhellig kam man zu dem Entschluss, den Gottesdienst auch in Zukunft innerhalb des Treffens im Festsaal zu feiern, um besonders älteren Landsleuten den anstrengenden und zeitraubenden Weg zur Ebbergkirche zu ersparen. Dann konnte nach Herzenslust geschabbert werden. Am Bücherstand, den die Ehefrau des Kirchspielvertreters betreute, konnten Bücher und Heimatbriefe erworben werden. In bester Weise wurde unter der Regie von Norbert Kratz und seiner Ehefrau für

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Daisy, ein strahlender »Fixstern«

Oberschlesisches Landesmuseum zeigt Porträts des europäischen Hochadels um 1900

Nur auf den ersten Blick scheint sich die Fürstin Daisy von Pless (1873–1943), Gräfin von Hochberg und Freifrau zu Fürstenstein, ausschließlich für Hoffeierlichkeiten, Vergnügen, Empfänge und Reisen interessiert zu haben. Wer die aktuelle Sonderausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum von Ratingen-Hösel unter dem Motto „Vom Glanz des europäischen Hochadels. Fürstin Daisy von Pless und ihr Umfeld in Porträtfotos aus dem Victoria & Albert Museum, London" besichtigt, erfährt, dass es sich eigentlich um eine bemerkenswerte Frau mit einem facettenreichen Leben handelt.

Die Ausstellung zeigt Porträtbilder von Persönlichkeiten des europäischen Hochadels um 1900. Sie sind in der aktuellen Sonderausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum von Ratingen-Hösel zu sehen. Die Präsentation des Schlossmuseums in Pless [Pszczyna] ist in Verbindung mit dem Victoria & Albert-Museum, London, entstanden. Das Oberschlesische Landesmuseum von Ratingen zeigt die Fotografie-Ausstellung im Rahmen des Polen-NRW-Jahres 2012. Das Schlossmuseum Pless bietet dem deutschen Publikum erstmals die Möglichkeit, die umfangreiche Sammlung großformatiger Fotografien aus den Beständen des weltberühmten Victoria & Albert Museums kennenzulernen.

Die Ausstellung umfasst nicht nur eine repräsentative Auswahl der interessantesten Porträtbilder aus dem 1880 in Dublin gegründeten Lafayette Fotostudio, sondern auch einige Vitrinen mit hochwertigen Damengewändern sowie Plattenkameras aus der Frühzeit der Fotografie.

Im Mittelpunkt der Schau stehen die Aufnahmen der Fürstin Daisy, die am Ende des 19. Jahrhunderts wie ein „Fixstern" des europäischen Hochadels strahlte. Die 17-jährige Mary Theresa Olivia Cornwallis-West, genannt Daisy, wurde im Jahre 1891 in London mit dem schlesischen Magnaten Hans Heinrichs XV. von Hochberg verheiratet. Als die junge Adlige britischer Herkunft in der Heimat ihres Gatten nach der strengen preußischen Etikette leben musste, suchte sie zunächst viel Abwechslung, später rebellierte sie auf ihre Art und unterstützte soziale Vorhaben. So finden neben sorgenfreien Luxusjahren auch weitere Aspekte aus dem Leben der Fürstin in der Präsentation ihren Platz.



Entwickelte sich von einer Lebedame zur Rotkreuzschwester: Fürstin Mary Theresa Olivia von Pless, genannt „Daisy" Bild: DG.

> Strenge preußische Etikette brachte sie zur Wohltätigkeit

Sie hat zahlreiche Projekte im Sozial- und Gesundheitswesen, besonders in und um Waldenburg, initiiert. Während des Ersten Weltkrieges hat sich die Fürstin als Rotkreuzschwester engagiert. Daisy verließ Schloss Fürstenstein und lebte verarmt und gesellschaftlich isoliert in München, Berlin und anderen Städten. Sie starb 1943 im schlesischen Waldenburg.

Ein Großteil der Fotografien zeigen Daisy, die Fürstin von Pless, in verschiedenen Posen. So etwa ist bekannt, dass sie sich schon früh für extravagante Kleider und Schmuck interessierte. Sie brachte diese von ihren Indien- oder Frankreich-Reisen mit und schuf somit ihren eigenen Modestil. Verständlich, dass sie häufig das Lafayette Fotoatelier besuchte, um immer wieder neue Serien von Porträtfotografien anfertigen zu lassen. Zu den herausragenden Bildern gehört jenes, das Daisy Fürstin von Pless im Alter von 25 Jahren (1898) darstellt sowie die Aufnahme mit weißem Chiffonschal aus dem Jahre 1901. Beeindruckend ist auch das Foto, das die Fürstin Daisy kostümiert als Königin von Saba zeigt. So verkleidet nahm sie an einem Kostümball teil, den die Herzogin von Devonshire im Juli 1897 zu Ehren von Königin Victorias diamantenem Thronjubiläum abhielt.

Neben der Fürstin sind im Lafayette Fotoatelier auch adlige und hochrangige Persönlichkeiten aus ihrem Umfeld abgelichtet worden. Eine der Aufnahmen zeigt Wilhelm II., den letzten deutschen Kaiser und König von Preußen (1859–1941) im Jahre 1902 auf einer Jagdgesellschaft, die ihm zu Ehren von König Edward VII. auf dessen Landsitz, Sandringham House, veranstaltet wurde. Auf einem weiteren Bild ist Königin Mary (1867–1953), Gemahlin von König George V. (1865–1936) und Großmutter der gegenwärtigen Königin Elizabeth II. zu sehen. Dieses Foto entstand kurz vor der Hochzeit mit Prinz George, Herzog von York. Auch König George V. (1865–1936) ließ sich fotografieren, und zwar als Herzog von York, während eines Besuches im Jahre 1891 in Dublin.

Die in der Ausstellung gezeigten Porträtbilder haben eine lange Geschichte. Als das Fotostudio 1952 schloss, wurden die 3500 Glasplattennegative und etliche Celluloid-Negative aus der Zeit von 1885 bis 1937 dem Victoria & Albert Museum, London, übergeben.

Die Sonderschau „Vom Glanz des europäischen Hochadels" ist bis zum 11. November im OSLM Ratingen zu besichtigen. Zum Begleitprogramm gehört neben öffentlichen Führungen an bestimmten Terminen auch ein Konzert unter dem Motto „Das Klavierlied in Wien zur Jahrhundertwende und slawische Lieder".

Dieter Göllner

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

das leibliche Wohl der Anwesenden gesorgt. Das 13. Ukta-Treffen war ein voller Erfolg. Das nächste Kirchspieltreffen soll im Juni 2014 wieder in Hemer stattfinden. Im Heimatbrief 2013 und in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird rechtzeitig dazu eingeladen werden.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Besuch beim Ehrenvorsitzenden. – Die zur Kieler Woche angereiste russische Delegation aus Tilsit stattete dem Ehrenvorsitzenden der Stadtgemeinschaft und Ehrenbürger der Stadt Sovetsk, Horst Mertineit einen Krankenbesuch ab. Sie wurde begleitet von Stadtvertreter Hans Dzieran und dem Kieler Ratsherrn Bernd Jenning. Horst Mertineit, der seit Monaten schon ans Bett gefesselt ist, gab seiner Freude über den Besuch lebhaften Ausdruck und machte längere Ausführungen über die Notwendigkeit, die Erinnerung an Tilsit wachzuhalten. Er begrüßte, dass die Bewahrung der geschichtsträchtigen Vergangenheit der Stadt nun in enger Zusammenarbeit mit den dort lebenden Menschen erfolge. Davon zeugen Vorhaben wie die Wiedereinführung des historischen Stadtwappens und der Stadtfahne und die Errichtung des Gedenksteins für den Stadtgründer Herzog Albrecht. Die russischen Gäste, zu denen Sozialbürgermeister Igor Jablonski und die Museumsdirektorin Angelika Spiljova gehörten, bekräftigten den Wunsch nach gutnachbarlichen Beziehungen. Sie überreichten dem Patienten einen Tilsit-Band, der von Sinaida Rutman neu herausgegeben worden ist. Horst Mertineit revanchierte sich mit einer Flasche ostpreußischen Meschkinnes und bat, nach Tilsit herzliche Grüße mitzunehmen.

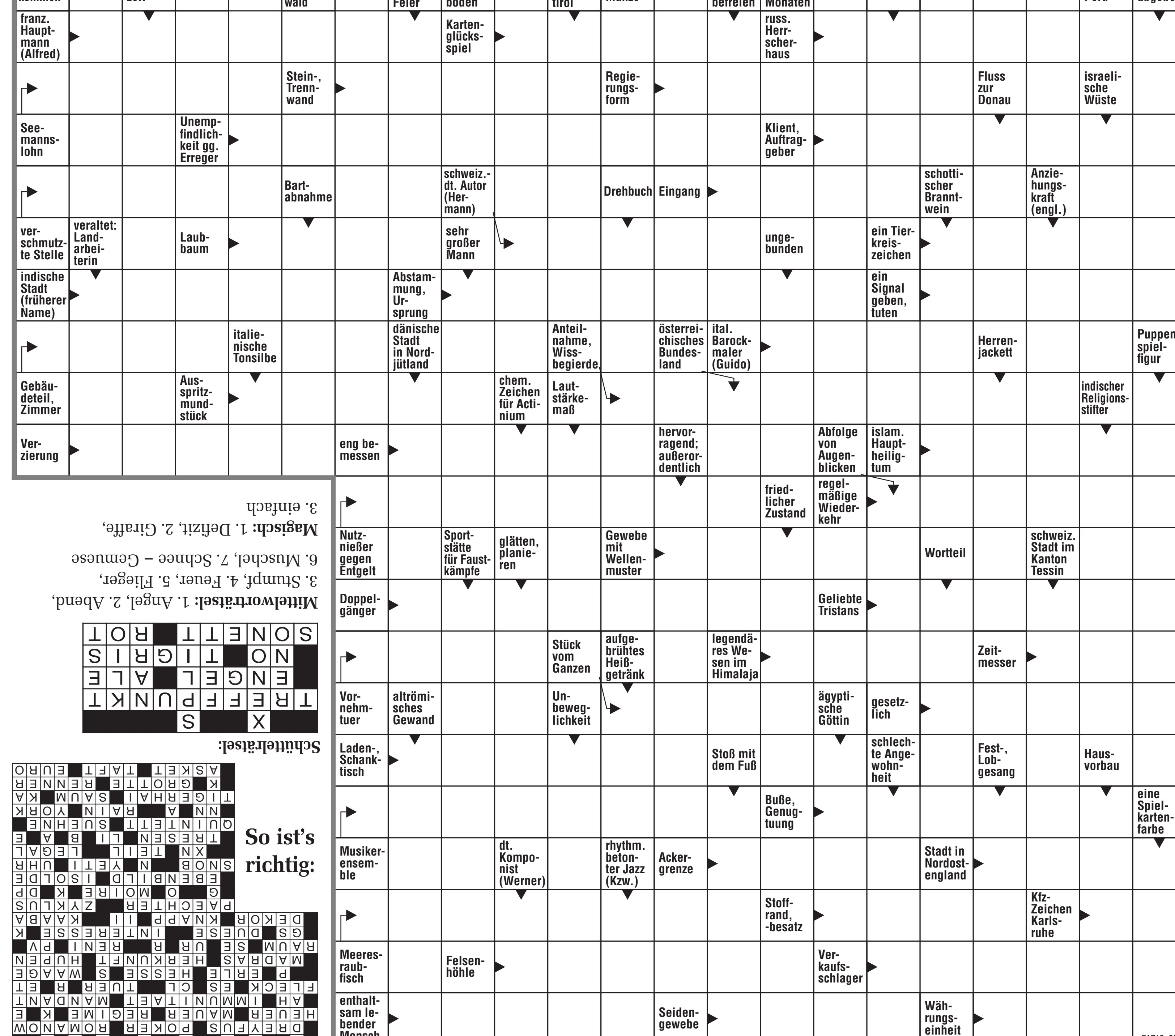
Bienvenue France – Trakehner Bundesturnier in Hannover mit Gastland Frankreich

Das Reiterstadion Hannover gerät vom 19. bis 22. Juli unter ganz besondere Hufe – die älteste Reitpferderasse der Welt erobert das Stadion zum Trakehner Bundesturnier. Im Mittelpunkt diesmal das Gastland Frankreich.

Das Besondere an diesem Turnier ist die Konzentration auf genau eine Pferderasse und ihre internationale Verbreitung. Seit mehr als 275 Jahren werden Trakehner gezüchtet, sind zu Jagdzwecken, in der Landwirtschaft, für den Transport von Waren, beim Militär und im Sport eingesetzt worden. Der Sport ist geblieben, die Trakehner Pferde auch und sie zeigen sich vom 19. bis 22. Juli in vier verschiedenen Disziplinen – im Spring- und Dressursport, als Geländepferde und vor dem Wagen. 59 Prüfungen sind auf vier verschiedenen Plätzen stehen auf dem Programm.

In weltweit 13 Tochterverbänden werden Trakehner gezüchtet – in den USA und Neuseeland genauso wie in Dänemark und Frankreich. Die Association Francaise du Trakehner ist in diesem Jahr gefordert, dem Treffen einen typisch französischen Touch zu geben. *EB*

Mehr Informationen im Internet: http://www.trakehner-verband.de. Der Eintritt zur Veranstaltung ist an allen Tagen frei.



Schüttelrätsel

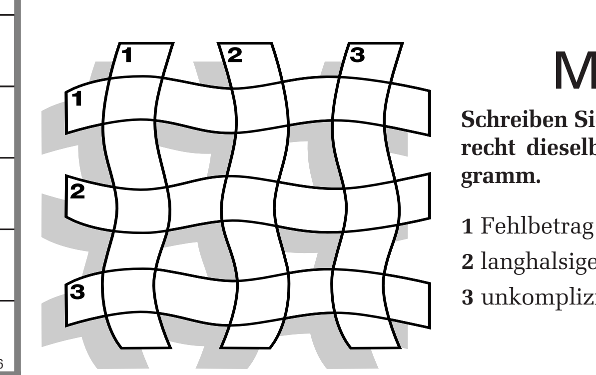
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EFFKN PRTTU	ENOR		ENNOX	EFTT		ILPST	ANRR	IKLO	ESTT
EEGLN						AEL			
ENOS TT			GIIR ST						
						ORT			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für essbare Pflanzen.

1	FUSS	HAKEN
2	FEIER	BROT
3	BAUM	SINN
4	STROH	MELDER
5	SEGEL	HORST
6	OHR	BANK
7	PULVER	MANN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Fehlbetrag
2 langhalsiges Tier
3 unkompliziert

Ostpreußen lebt! – LO-Sommerfest zeugt davon

Grußwort des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat – Impressionen eines bunten Programms









Ostpreußen lebt. Beleg dessen sind Sie, ist Ihre Anwesenheit.

Ich bin glücklich, Sie heute hier alle begrüßen zu dürfen und darüber, wie selbstverständlich es heute ist, dass wir – die LO – heute in Allenstein feiern und unsere Angehörigen, Freunde und Gäste hier begrüßen können.

Das war nicht immer so. Ich bin 1987 das erste Mal in Ostpreußen und auch in Allenstein gewesen. Die Zustände von damals erscheinen heute unwirklich: Zwei Grenzen, Zwangsumtausch, Überwachung und Kontrolle allüberall und Furcht unserer Gastgeber, Freunde und Landsleute vor dem Regime und dessen Behörden.

Die heute 30-Jährigen und die Jüngeren kennen diese Zeit der Unfreiheit und Unterdrückung nur noch aus Erzählungen.

Nur diejenigen von uns, die die Zeit vor der Zeitenwende von 1989 als Erwachsene oder wenigstens als Jugendliche kennen, wissen, dass die Freiheit nicht selbstverständlich ist.

Die 1989 gewonnene Freiheit und ihre Bewahrung und die europäische Integration sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Ausdehnung der Europäischen Union, namentlich auch des Schengen-Raumes, bis nach Ostpreußen, wenn auch leider ohne das Königsberger Gebiet, haben Freiheit und Wohlstand auch hierher gebracht.

Wobei an dieser Stelle erwähnt werden muss, dass es bewundernswert ist, wie und wie gut die Polen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch auch ohne westliche Brüder und einen staatlichen „Aufbau Ost“, wie ihn die Deutschen aus der DDR hatten, bewältigt haben.

Diese Entwicklung, diese Freiheit ist nicht von allein gekommen! Sie ist den Menschen in Mitteleuropa 1989 nicht in den Schoß gefallen. Sie sind dafür auf die Straße gegangen und haben mit ihrer friedlichen Revolution die kommunistischen Unrechtsregime verjagt. Von diesen mutigen Taten profitieren wir bis heute.



Diese Freiheit wird uns aber nur erhalten bleiben, wenn wir uns weiter darum kümmern. Wir sollten allen Anfängen wehren, die gewonnenen bürgerlichen Freiheiten zu beschneiden. Zu nennen ist hier die gerade von den Innenministern der EU erhobene Forderung nach Einschränkung der Reisefreiheit im Schengen-Raum. Niemand hat aber das Recht, die bürgerlichen Freiheiten der Bürger der Europäischen Union zu beschneiden. Seien wir also wachsam!

Wer seine Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu erlangen, wird beides verlieren!

Ich möchte nicht schließen, ohne Dank zu sagen.

Ich bedanke mich zunächst bei der Stadt Allenstein für die Erlaubnis, heute hier in der Allensteiner Innenstadt feiern zu dürfen und für die problemlose Zusammenarbeit mit den Behörden.

Ich darf mich schon jetzt bei allen Mitwirkenden bedanken. Ihr überwiegend ehrenamtliches Engagement kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es belegt insbesondere die kulturelle Vielfalt der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen und das kulturelle Engagement ihrer Angehörigen.

Ich bedanke mich bei den Deutschen Verbänden in Ostpreußen, nicht nur für Ihre Beteiligung hier und heute, sondern für mehr als 20 Jahre treue Pflichterfüllung im Dienste Ostpreußens und der Deutschen Volksgruppe. Viele, viele treue Mitstreiter, die ich im Laufe der Jahre kennen und schätzen gelernt habe sind heute unter uns. Seien Sie sich gewiß, dass die Landsmannschaft Ostpreußen an Ihrer Seite steht und dass Sie auf uns zählen können. Die Landsmannschaft Ostpreußen wird ihre Tätigkeit in Ostpreußen weiter intensivieren. Ich freue mich über das Wiedersehen und die Möglichkeit zum gemeinsamen Feiern.

Schließlich möchte ich mich auch bei meinen hauptamtlichen Mitarbeitern aus der Bundesgeschäftsstelle und den Verbindungsbüros bedanken, die still und leise, aber effizient diese Veranstaltung auf die Beine gestellt haben.

Meine Damen und Herren, liebe Landsleute, ich wünsche uns allen einen schönen Tag, viele wunderbare Erlebnisse und gute Gespräche.

Stephan Grigat
Sprecher der Landsmannschaft Osptreußen e.V.

















Wo die heißen Quellen sprudeln

Ein schmucker Kurort nach dem anderen: Ein Besuch an der ungarischen Bäderstraße

„In balneus salus" – im Bade liegt Heilung, wussten schon die Römer. Wer denkt bei Heilquellen und Bädern nicht sogleich an die Badestadt Budapest? Doch auch andere ungarische Landesteile können mit Heilbädern aufwarten. Ein sehr lohnenswertes Reiseziel für Entspannung und Genesung Suchende ist die ungarische Bäderstraße. Sie führt von Ödenburg [Sopron] über Bük [Bükfürdö] nach Kesthell [Keszthely] und Heuwies [Hévíz] am Plattensee. Sie liegt in der Region West-Transdanubien, die aufgrund ihrer Nähe zu Österreich und Slowenien für Touristen aus dem Westen gut und bequem zu erreichen ist.

„Überall, wo wir nach Erdöl bohren, finden wir Thermalwasser. Unser weißes Gold", erzählt Reiseleiterin Eva. Allein 123 erschlossene Quellen gibt es in der Hauptstadt Budapest. Aber auch die Orte an der „Westungarischen Bäderstraße" können mithalten. Ausgerechnet in Pannonhalma auf dem Martinsberg, dem größten und bedeutendsten Kloster des Landes, wurde keine einzige Heilquelle entdeckt. Doch ein Rundgang gehört zum Pflichtprogramm. Denn das im Jahr 996 von Großfürst Géza gegründete Kloster ist eine Art ungarische Seelenlandschaft. Hier wird einer der größten Schätze des Landes aufbewahrt – der Krönungsmantel von König Stephan I.

Das Wasser des Thermalsees ist leicht radioaktiv

Der Weg zu den heißen Quellen führt durch eine fruchtbare Tiefebene, vorbei an blühenden Gärten und Streuobstwiesen. Das kleine, aber feine Sárvár prunkt mit einer alten ungarischen Wasserburg, Kuranlagen und Spitzenhotels, in denen das Baden im warmen Thermalwasser zur Kulthandlung erhoben wird. In dieser Gegend reiht sich wie auf einer Perlenschnur ein schmucker Kurort an den nächsten. Auf das quirlige Bük folgt Miscolc, das neben einer Burg ein Höhlenbad aufweist. Hier badet der Gast unterirdisch und schwimmt gemächlich durch geheimnisvoll ausgeleuchtete Gänge.

Den Höhepunkt der Reise bildet Héviz mit seinem auf der Welt einmaligen Thermalsee – „Ungarns heißem Wasserwunder!" Die leicht gekräuselte Oberfläche des Sees schimmert silbern zwischen üppigem Grün. Die schönste Badewanne der Welt, an den Rändern gesäumt von Seerosen und Lotusblüten, misst fast 50000 Quadratmeter. Das warme, leicht radioaktive, alkalische Wasser enthält neben Kalziumsalzen auch Schwefel und Hydrogenkarbonat. Alles Substanzen, die erheblich zur Linderung von Gelenkschmerzen, rheumatischen Erkrankungen, Stoffwechselbeschwerden und einer Reihe anderer Leiden beitragen. Aber auch gesunde Menschen genießen die Badekur in diesem Gewässer, das im Sommer Temperaturen zwischen 32 und 35 Grad Celsius erreicht und sich innerhalb von 48 Stunden vollständig austauscht.

Während der Sommermonate herrscht ein buntes Treiben auf dem See. In allen Farben des Regenbogens leuchten die Schwimmreifen, mit denen die Badegäste sich ins Wasser begeben. Denn auf dem Heilsee von Héviz schwimmt man nicht, sondern treibt genüsslich dahin, das Gesicht der Sonne entgegen gereckt. Da ertönt so manch seliger Seufzer, und gelegentlich kommentieren junge Leute das Badeerlebnis mit einem flapsigen: „Muss das erst schön sein, wenn man Rheuma hat."



Gut gegen Gelenkschmerzen und Stoffwechselbeschwerden: Ein auf der Welt einmaliger Heilsee mit alkalischem Wasser, das immer frisch ist, weil es sich innerhalb von 48 Stunden vollständig austauscht Bild: pa

„Der Winter ist die Saison für wahre Genießer", schwärmt ein Badearzt. „Die meisten Touristen sind abgereist, und der See gehört den Gästen, die auch in der kalten Jahreszeit hier kuren." Eine traumhafte Vorstellung, in diesem wohltemperierten Nass zu baden, weil sich selbst im tiefsten Winter die Temperaturen konstant bei 25 bis 27 Grad halten. Wenn der erste Schnee fällt, streift der Blick über die wie mit Puderzucker bestreuten sanften Hügel an den Ufern.

Der Heilsee, gelegen in einem Tal am Südwestrand des Plattensees, war bereits den Römern der Antike bekannt. Sie kurierten Leiden und in zahllosen Schlachten erworbene Blessuren in den heißen Quellen ihrer Provinz Pannonia. Ende des 18. Jahrhunderts wurde das erste Badehaus am Seeufer erbaut. Das Ensemble anmutiger Badehäuser, allesamt aus Holz mit spitzen roten Türmen, erinnert an k.u.k. Zeiten, als die Habsburger noch über Land und Leute herrschten. „Ich muss Sie leider enttäuschen. Die stets auf ihre Gesundheit und Schönheit bedachte Kaiserin Sisi war nie hier, so sehr sie Ungarn und seine Menschen auch liebte", erzählt eine Alteingesessene, die jeden Tag im See badet und im Winter die beheizten Kabinen in den Badehäusern schätzt. Die wurden unlängst entkernt, von Grund auf saniert und mit modernstem Mobiliar ausgestattet.

Héviz (zu deutsch „heißes Wasser"), ein Städtchen mit 4500 Seelen, hat sich im Laufe der letzten Jahre zu einem Kurort mit Boutiquen, hübschen Cafés und Restaurants gemausert. Angesagt sind die erstklassigen Hotels mit integrierter Badeabteilung und unterschiedlich temperierten Thermalbecken. „Unser Wasser ist einmalig und lockt auch die Jugend an." Badearzt Dr. Hórvarth weist stolz auf die vielen jungen Leute, die sich in den Fluten aalen, und setzt gleich noch eines drauf: „Es heilt selbst gebrochene Herzen." Mehr geht wirklich nicht.

Badacsony ist für seine Wein- und Fischlokale bekannt

Doch was wäre ein Kurlaub ohne gelegentlichen Tapetenwechsel. Nur einen Steinwurf von Héviz entfernt liegt der Plattensee. Auf diesem 592 Quadratkilometer großen Binnenmeer kann man tagelang herumschippern, ohne sich zu langweilen. Etwas landeinwärts befindet sich eine Reihe romantischer Weinorte. In Badacsony – spricht sich Badascheu – gibt es ein Weinmuseum, das unbedingt besucht werden sollte.

Und keiner sollte das Juwel der Region auslassen – die vom Stammschloss der ungarischen Adelsfamilie Festetics beherrschte zauberhafte Barockstadt Kesthell [Keszthely]. Da Besichtigungen bekanntlich durstig machen, gehört die Einkehr in eine urige Schänke unbedingt ins Programm. Sehr zu empfehlen ist ein Glas vom spritzigen Weißen, die in den hiesigen Weingärten wächst. Egészégére – sehr zum Wohl! *Uta Buhr*

Der etwas andere Urlaub in Bella Italia

Avanti, avanti: Italienisch-Sprachkurs im Toskana-Badeort Viareggio – Auf angenehme Art Bekanntschaften schließen

Warum soll es immer der Gardasee, die Hochburg der deutschen Touristen, sein? Warum nicht einmal die Hochburg der Italiener erobern und dabei eine neue Art von Urlaub entdecken? Viareggio ist einer dieser Orte, in denen man kaum die deutsche Sprache hört, ein Badeort, wo die „Italiani" ihre Ferien verbringen. Kleine pastellfarbene Häuser im Jugendstil, von orientalischen Türmchen gekrönt, schmücken das Zentrum des einst so mondänen Ortes. Die italienische Schickeria genoss hier früher die endlos langen Sandstrände der Toskanaküste.

Viareggio hat mittlerweile den Glanz der vergangenen Tage etwas verloren, charmant erscheint es trotzdem mit seinen bunten, aber doch etwas verstaubten Palästen, in die Cafés und kleine Läden eingezogen sind. Nun sind es die einfachen Touristen, die an der „Passeggiata" flanieren, ganz überwiegend Italiener, aber doch hier und da verirren sich auch Ausländer in den kleinen Ort. Viele von ihnen machen hier nicht einfach nur Urlaub, sondern verbinden diesen mit einem Italienischsprachkurs. So berichtet der Schweizer Thomas begeistert von seinen etwas anderen Ferien. Nach ein paar Stunden in der Sprachschule erkunde er gern Viareggio mit seinem kleinen Hafen und den verträumten Gassen drum herum. Am liebsten ist er mit dem Fahrrad unterwegs, so kann er auch schnell zu einem der wenigen freien Strände gelangen, denn den Badespaß in Viareggio muss man meist bezahlen. An der gesamten Strandlinie sind die sogenannten „Bagnos" (Badeanstalten) gebaut worden, in denen Eintritt verlangt wird (zwischen fünf und zehn Euro pro Tag). Für Davide, den Besitzer vom „Bagno" Irene, ganz normal, schließlich gibt es schöne Umkleidekabinen, Liegen und Sonnenschirme dafür. Bequem und sauber sei es und irgendwie auch schön, die bunten Schirme in Reih und Glied zu sehen.



Einst erholte sich hier die italienische Schickeria: Doch der alte Glanz ist inzwischen fort Bild: A. Gaul

Siegfried und Helena waren in ihrem Italienurlaub bisher nur einmal am Strand. Es liegt nicht am Preis, sondern an der mangelnden Zeit. Die beiden besuchen nämlich nicht nur den Sprachkurs, sondern unternehmen nachmittags mit den anderen Kursteilnehmern häufig Ausflüge ins Umland: nach Pisa, Florenz oder etwa zum Lago Puccini, wo der berühmte Opernkomponist einst zu „Tosca" inspiriert wurde. Das deutsche Paar hat sich diesmal für eine etwas andere Reise entschieden. Italienisch wollten beiden lernen, denn Urlaub auf einer Strandliege wäre den rüstigen Rentnern zu eintönig.

Die allein stehende Engländerin Judith sieht es genauso. Viareggio hat die pensionierte Englischlehrerin vor Jahren entdeckt. Damals hatte sie hier versucht, den Italienern Englisch beizubringen. Nun kehrt sie zurück – als Schülerin. Es sei nicht nur die Leidenschaft für die italienische Sprache, schön sei auch die Möglichkeit, viele Menschen in ihrem Alter kennen zu lernen und so zu verreisen. Denn Lust auf Neues schwindet nicht mit dem Alter. Sie lächelt und erzählt stolz, dass sie mittlerweile mit ihrem „Barista" (dem Barmann ihrer Lieblingsbar) kleine Nettigkeiten austauschen kann. Überhaupt sei Viareggio mit seinen 60000 Einwohnern eine gemütliche Kleinstadt, in der man schnell „seinen" Tante-Emma-Laden und noch viel wichtiger „seine" Bar für den morgendlichen Cappuccino entdeckt hat. Und wie schön, wenn man dort nach ein paar Tagen beim Vornamen begrüßt wird und einfach etwas plaudern kann, natürlich auf Italienisch.

Alle lernen sie an der Puccini-Sprachschule, wo vor drei Jahren das Programm „50+" eingeführt wurde. Der Direktor Giovanni, selbst in die Jahre gekommen, erfand den Sprachkurs mit Rahmenprogramm für Senioren. Vor allem bei älteren Alleinstehenden kommt es gut an, so reist man zwar allein, hat aber bereits am ersten Tag Kontakte geknüpft, macht gemeinsame Ausflüge, entdeckt immer neue „Ristoranti", tauscht Anekdoten über die Begegnung mit Italienern aus. Langweilig wird es nie und manchmal entstehen sogar richtige Freundschaften.

Natürlich gibt es auch viele jüngere Leute an der Sprachschule, aber die Senioren sind sich einig, dass das die Kurse viel lebendiger macht, schließlich sei man noch nicht so alt.

Am letzten Abend der Schüler lädt Giovanni zur „Spaghetata" am Strand ein. Im riesigen Topf kochen die Penne, die Soße – gibt er verschmitzt zu – hat seine Frau gemacht. Aber die Penne al dente zu kochen, sei schließlich auch nicht so einfach. Die Pasta ist gelungen, da sind sich alle Generationen einig. Der Sprachurlaub in Viareggio gilt als voller Erfolg. Am Ende mischen sich alle Sprachen, man hört Deutsch, Schwedisch, Englisch und Spanisch mit italienischen Einsprengseln aus dem Kursus. Die meisten Schüler wollen wiederkommen, weil Italienisch mit Giovanni so schön und Viareggio einfach so entspannt sei. *Anna Gaul*



Hoffnung stirbt zuletzt

108-Jährige über ihr Leben

Alice Herz-Sommer ist mit ihren stolzen 108 Jahren die älteste Holocaust-Überlebende und zugleich die älteste Konzertpianistin der Welt. Die in New York lebende international bekannte Konzertpianistin und Kulturmanagerin Caroline Stoessinger befasst sich bereits seit langem mit der Musik, die in Theresienstadt komponiert wurde. Im Rahmen dieser Studien lernte sie Alice Herz-Sommer kennen. Caroline Stoessinger war von der Lebensgeschichte dieser Frau, ihrer Weisheit und ihrem immanenten Optimismus dermaßen angetan, dass sie zusammen mit der Holocaust-Überlebenden das Buch „Ich gebe die Hoffnung niemals auf. 100 Jahre Weisheit aus dem Leben von Alice Herz-Sommer“ schrieb.

Die 1903 in Prag geborenen Pianistin hat viele Höhen und Tiefen erlebt, und trotzdem hat die 108-Jährige nie ihren Humor und ihre Zuversicht verloren. 1943 musste Herz-Sommer die Konzertsäle Prags gegen das Konzentrationslager Theresienstadt eintauschen, wo sie als Insassin für die anderen dort festgehaltenen Juden Konzerte geben durfte. „An ihrem dritten Tag in Theresienstadt wurde Alice mitgeteilt, dass sie in der kommenden Woche einen Klavierabend geben solle … Die Nazis hatten begriffen, dass eine Ergänzung der Kurortkulisse durch musikalische und künstlerische Veranstaltungen ein geschickter Werbetrick war, um der Außenwelt zu beweisen, dass mit den Juden alles in Ordnung war. Und so befahlen sie den Gefangenen eine ‚Freizeitgestaltung‘ und die Organisation von Konzerten, Lesungen und anderen Veranstaltungen.“

Lebensbejahende Weisheiten

Eindrucksvoll sind die Schilderungen der 108-Jährigen. „Musik war unsere Nahrung‘, meint Alice. ‚Das kann ich wirklich sagen. Wenn wir etwas Spirituelles haben, brauchen wir vielleicht gar kein Essen. Musik war unser Leben. Wir konnten, wollten und durften nicht aufgeben.‘“

Unendlich viele der Lagerinsassen, welche diesen Veranstaltungen beigewohnt haben, wurden zu einem späteren Zeitpunkt nach Auschwitz gebracht. Auch ihren ebenfalls in Theresienstadt inhaftierten Ehemann Leopold sollte Alice Herz-Sommer nach der Einlieferung ins Lager nie wiedersehen. Die Pianistin und ihr Sohn Ravi jedoch überlebten Theresienstadt und zogen nach dem Ende des Krieges nach Israel.

Jedes Kapitel des Buches beginnt mit einem Foto der 108-Jährigen, auf dem sie trotz ihres hohen Alters vor Freude zu leuchten scheint. Unter jedem Foto steht eines ihrer Mantras wie zum Beispiel „Wir sind für unser Tun und Sagen verantwortlich“, „Angst lässt uns kapitulieren, Mut gibt uns eine Chance“ und „Es zählt nur das, was in uns ist“.

Am Ende des Buches kann man den Zusatz des Buchtitels „100 Jahre Weisheit aus dem Leben von Alice Herz-Sommer“ innerlich nur unterstreichen, da die Lehren, welche die alte Dame, die Franz Kafka und Sigmund Freud persönlich gekannt hat, aus ihrer Lebensgeschichte gezogen hat, in der Tat nicht nur höchst weise klingen, sondern damals wie heute gelten. Vernunft und Erfahrung gepaart mit Gefühlen ergeben hier eine perfekte Mischung.

Die Lebensgeschichte der 108-Jährigen, die ihren einzigen Sohn bereits zu Grabe tragen musste, berührt, stimmt nachdenklich und löst starke Bewunderung und Respekt für diese Frau aus, die in diesem biblischen Alter noch ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Ich gebe die Hoffnung niemals auf“. *Vanessa Ney*

***Caroline Stoessinger: „Ich gebe die Hoffnung niemals auf. 100 Jahre Weisheit aus dem Leben von Alice Herz-Sommer“**, Albrecht Knaus, München 2012, geb., 272 Seiten, 18,99 Euro*



Wer ausschert, wird erledigt

Eva Herman über Meinungsmache in den Medien und Desinformation

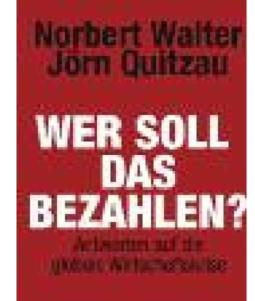
Es sind vor allem die letzten rund 40 Seiten, die bewegen, Erschütterung hervorrufen und vor allem Wut: Für ihr Buch „Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden“ hat die einst in der Öffentlichkeit gefeierte „Tagesschau“-Sprecherin Eva Herman und dann in einer medialen Hetzjagd wegen ihrer vom Zeitgeist abweichenden Meinungen um Job und Reputation gebrachte Journalistin zwei interessante Interviews geführt. Ihre Gesprächspartner sind der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, dem unterstellt worden war, er hätte in einer Rede antisemitische Äußerungen getätigt, und der ehemalige Kommandeur der Bundeswehr-Elitetruppe KSK, Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel, der, weil er Hohmann in einem Brief Mut zusprach, vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) unehrenhaft entlassen wurde.

Alles, was Eva Herman zuvor über öffentliche Meinungsmache, politisch motivierten oder schlechten Journalismus und gezielte Desinformation geschrieben und anhand mehr oder weniger gute Beispiele belegt hat, wird von den beiden Männer bestätigt. Hohmann wie Günzel bestätigen zudem, wie sich die meisten Freunde und Kollegen von ihnen abgewandt haben, nachdem die Medien über die beiden Männer hergefallen waren. Hohmann lobt ausdrücklich seine Kollegen Norbert Geist und Vera Lengsfeld, die sich als einige der wenigen nicht von dem Strom der Hetze mitreißen haben lassen und sich selbst ein Bild von der Lage gemacht haben. Auch die „Junge Freiheit“ und die *Preußische Allgemeine Zeitung* erwähnt Hohmann, da im Grunde nur sie sich die Mühe gemacht haben, seine umstrittene Rede vollständig zu lesen. Die meisten Medien hätten, wie zuvor bereits von Herman als grundsätzliches Phänomen kritisiert, ohne eigene Recherche einfach die Behauptungen aus der „Tagesschau“ übernommen. Er habe gesagt, dass weder die Deutschen noch die Juden ein Tätervolk seien, doch die „Tagesschau“ habe das Gegenteil daraus gemacht und alle anderen Medien unterstellten ihm fortan, er hätte behauptet, die Juden seien ein Tätervolk. Kurz darauf wurde Hohmann aus seiner Partei verstoßen und wurde mit Klagen überhäuft. In dem vorliegenden Buch berichtet er von den Ergebnissen der Klagen und seiner Kritik an der Justiz. Ein interessantes Detail ist, dass der jetzt wegen seiner Kritik bei der Euro-Rettung an den Rand der CDU gedrängte Wolfgang Bosbach es war, der Hohmann-Unterstützer in den eigenen Parteireihen androhte, ihnen würde „klare Kante“ gezeigt, sollten sie sich nicht von Hohmann distanzieren.

Mit Interviews mit Martin Hohmann und Reinhard Günzel

Günzel wiederum beschreibt, wie er als Gipfel der Demütigung seine Entlassungsurkunde auch noch ohne die Dankesformel „Für die dem deutschen Volk geleisteten treuen Dienste spreche ich Ihnen Dank und Anerkennung aus“ erhielt. Doch Günzel meint, dass wenn man schon auf dem Scheiterhaufen stünde, es egal sei, mit welcher Art Holz man verbrannt werde. Trotzdem erschüttert es den Leser zu erfahren, wie Günzel aus politischen Motiven heraus von seinem Vorgesetzen behandelt wurde. Wie ein Krimineller aus der Bundeswehr entlassen, mieden ihn plötzlich seine Kollegen. Jener, der ihm Anerkennung zollte, wurde bis heute nicht befördert. „Die große Leistung der Linken besteht ja eben gerade darin, ein aufgeklärtes Volk in dieser Beziehung quasi gleichgeschaltet zu haben und damit selbst bei intelligenten Menschen Verhaltensweisen auszulösen, die sich unserem Verstand weitestgehend entziehen“, so Günzels Fazit der Affäre. Mit diesen Worten schlägt er wohl eher unbewusst den Kreis zu dem zu Beginn des Buches von Hermann zitierten Immanuel Kant, der dazu aufrief, sie seines eigenen Verstandes zu bedienen. Doch: „Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen … dennoch gerne zeitlebens unmündig bleibt.“ *Rebecca Bellano*

***Eva Herman: „Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden“**, Kopp, Rottenburg 2012, gebunden, 254 Seiten, 19,95 Euro*



Gute Analyse, laue Lösungen

Zwei Banker erklären Ursachen der jetzigen Euro-Krise

Getreu dem Gassenhauer „Wer soll das bezahlen“ versuchen Norbert Walter, ehemaliger Chefökonom der Deutschen Bank, und Volkswirt Jörn Quitzau von der Berenberg Bank „Antworten auf die globale Wirtschaftskrise“ zu geben und „Wege aus der Finanzmarkt- und Verschuldungskrise“ aufzuzeigen. Das Buch der beiden Finanzfachleute widmet sich in erster Linie der Euro-Krise als Teil der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und bestücht inhaltlich im das Euro-Desaster kenntnisreich analysierenden Kapitel 3. Die Autoren zeigen hierin die eklatanten Fehlentwicklungen in Wirtschaft, Politik und Finanzwelt schonungslos auf, um darzulegen, inwiefern die strukturellen Probleme der Euro-Schuldenkrise ungelöst bleiben und stattdessen eine Verlagerung vom Finanzmarktsektor auf die Staaten und somit letztlich auf das Portemonnaie der Bürger, vornehmlich der deutschen Steuerzahler, vorgenommen wird. Das Zusteuern auf die währungspolitische Katastrophe, ein gigantischer Inflationsschub, prophezeien die beiden Ökonomen, falls nicht eine radikale Zäsur zu einem Umdenken der selbsternannten Eliten mit ihren von Verantwortungslosigkeit gekennzeichneten finanz- und wirtschaftspolitischen Maximen führt. Bevor das Autorenduo jedoch eigene Lösungsansätze formuliert, nehmen sie in der Analyse kein Blatt vor den Mund und benennen klar die Schwächen des Finanzsystems und der diesem zugrundeliegenden Theorien. Walter und Quitzau nehmen hierbei auch sehr kritisch Stellung gegen die – bei Erscheinen des Buches 2011 nur zu erahnende – kurzsichtige Politik der Euro-Rettungsschirme und die Entwicklung der EU zu einer reinen Transferunion. In der ordoliberalen Überzeugung, der Staat habe grundsätzlich nur einen stabilen Ordnungsrahmen zu gewährleisten und sich ansonsten aus dem Wettbewerb des freien Marktes herauszuhalten, unterscheidet sich die Kritik des Buches jedoch entscheidend von Positionen führender Finanzmarktkritiker (zum Beispiel Max Otte), die gerade die Unterordnung der Politik unter die Ökonomie als Hauptursache für die globale Verschuldungskrise betrachten. Walter und Quitzau plädieren aber schlussendlich für die Intervention von EZB, EU und Euro-Staaten zugunsten insolventer Staaten wie Griechenland und lehnen das Steuerungselement Schuldenschnitt aus ihrer Perspektive des Bankers entschieden ab.

Autoren argumentieren sehr eingeschränkt

Mit dem gut recherchierten und wissensfundierten Buch zeigen Walter und Quitzau aber keine tragfähigen und vor allem systemischen Alternativen zur Lösung des finanzpolitischen Dilemmas auf, sondern reihen sich in die Riege von Ökonomen ein, die in der Konsolidierung von EU und Euro den entscheidenden Weg aus der Krise sehen. Dass aber genau das nationalstaataushöhlende Finanzsystem in Verbindung mit den Pseudo-Eliten aus Politik, Wirtschaft und Medien der Fehler ist, trauen sie sich die aus diesem Machtkomplex entstammenden Herren nicht zu sagen. *Sebastian Pella*

***Norbert Walter / Jörn Quitzau: „Wer soll das bezahlen? Antworten auf die globale Wirtschaftskrise“**, Pattloch Verlag, München 2011, 288 Seiten, 19,99 Euro*

Was auf Moskau folgte

Autoren-Duo beschreibt die Entwicklung der 15 früheren Sowjetrepubliken

Die Menschen in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion haben in den vergangenen Jahren für uns im Westen kaum vorstellbare gesellschaftliche Umbrüche erlebt. Die Folgen davon sind ganz widersprüchlich, zum einen Aufbruchstimmung und neuer, teilweise unvorstellbarer Reichtum, zum anderen vielerorts Depression, neue und bittere Armut, Korruption, Arbeitslosigkeit und Sowjetnostalgie. Das ist das Fazit der zwei Autoren – ein Schweizer Journalist und ein in der DDR aufgewachsener, heute für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Taschkent tätiger Historiker – des Buches „Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. Eine Reise durch die 15 früheren Sowjetrepubliken“. Seit Jahren bereisen Thomas Kunze und Thomas Vogel die früheren Sowjetrepubliken und legen jetzt teils mittels persönlicher Begegnungen, teils in historisch-politischer Reportage ein ebenso anschauliches wie lebendiges Buch über diese von Königsberg bis Wladiwostok, vom Nordmeer bis in die mittelasiatischen Steppen und zum Kaukasus reichende Region vor.

Die Umwälzungen in Russland selbst, die mutige Erhebung der drei baltischen Völker, die Abspaltung der drei Kaukasus-Staaten von Russland und die teilweise nur zögerliche Emanzipation der mittelasiatischen Länder von Moskau sind für aufmerksame Zeitgenossen noch immer in guter Erinnerung. Die beiden Autoren sind ihren Berichten zufolge seit der Wende von 1989 immer wieder in die einzelnen Länder gefahren und haben, aufbauend auf vielen persönlichen Bekanntschaften, die gravierenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen oft unmittelbar erlebt.

Baltikum steht relativ gut da

Ihr Fazit fällt ganz unterschiedlich aus. Die drei baltischen Staaten sehen sie trotz mancher innerer Belastungen (insbesondere Lettland und Estland wegen der großen russischen Minderheit) auf gutem Weg, nach und nach westeuropäischen Standard zu erreichen. Für Weißrussland und die Ukraine sehen sie vor allem dann günstigere Entwicklungschancen, wenn beide sich nicht mehr zwischen Europäischer Union und Russland eingeengt fühlen, also wenn sie um sich herum gleichsam ein politisch ganzes Europa fühlen könnten.

Die Darstellung Russlands hätte man sich doch etwas ausführlicher gewünscht; die Russische Föderation, wie das Land heute offiziell heißt, ist trotz der „Amputationen“ seit 1990 mit seinen mehr als 17 Millionen Quadratkilometern Fläche und 140 Millionen Einwohnern (pessimistische Prognosen sehen allerdings in 100 Jahren nur noch etwa 62 Millionen!) noch immer dreimal so groß wie alle anderen 14 Staaten zusammen. Die Probleme sind hier aus vielen Gründen ungleich größer, die Gefahren von Fehlentwicklungen viel risikoreicher, die Chancen günstiger Entwicklungen aber ebenfalls aussichtsreicher; das alles kommt mit Blick auf Industrialisierung, Militär und Ethnien etwas zu kurz.

Die drei Kaukasusrepubliken sehen Kunze und Vogel durch Nationalitätenkonflikte und unkluge Politik erheblich gelähmt; allerdings sind hier auch Probleme, die, will man nicht diktatorisch-terroristisch vorgehen wie Stalin, immens sind: 50 Sprachen zählt man, allein das kleine Georgien hat 30 Volksgruppen. Düster fällt das Urteil (von Kasachstan, dessen milde Diktatur durch den Erdölboom gedämpft wird, abgesehen) über die mittelasiatischen „Stan-Länder“ aus. Hier erlebt eine teils belustigte, teils schockierte Welt einen Personenkult von teilweise groteskem Ausmaß, sieht bittere Armut fast überall. Man ist Zeuge kriegerischer Nationalitätenkonflikte, die zum Beispiel Kirgistan möglicherweise schon bald auseinander fallen lassen, und blickt auf einen immer radikaleren Islamismus. Wegen der immer größeren Wasserknappheit wachsen auch die zwischenstaatlichen Spannungen.

»Stan-Länder« bieten groteskes Bild

Für alle Staaten sind präzise Angaben zu Größe, Einwohnerzahl, Bruttosozialprodukt und zum jeweiligen politischen System einschließlich der Namen aller bisherigen Regenten beigegeben. Etwas mehr historische Angaben – gerade bei den Kaukasus- und innerasiatischen Staaten – wären zum Verständnis gelegentlich hilfreich gewesen, aber das hätte vielleicht den vorgegebenen Rahmen dieses sonst sehr informativen Bandes gesprengt. *Dirk Klose*

***Thomas Kunze, Thomas Vogel: „Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. Eine Reise durch die 15 früheren Sowjetrepubliken“**, Ch. Links Verlag, Berlin 2011, 285 Seiten, 19,90 Euro*

MELDUNGEN

Finger weg von Spanien

Madrid – Wer seine spanische Zweitimmobilie verkaufen will, hat derzeit schlechte Karten. Laut dem spanischen Immobilien-Experten Borja Mateo kommt auf jeweils 17 angebotene Objekte nur ein potenzieller Käufer. 1,9 Millionen Wohnungen stünden zum Verkauf, 1,3 Millionen seien trotzdem noch im Bau, zusätzlich stünden 2,6 Millionen Häuser leer. Kaufinteressenten sollten die Finger vom spanischen Markt lassen, so Mateo zum „Handelsblatt“: Bis Mitte oder Ende 2014 dürften die Preise weiter fallen. *H.H.*

Karl Marx auf der Kreditkarte

Chemnitz – Die Sparkasse Chemnitz hat Kreditkarten mit dem Abbild des riesigen Karl-Marx-Kopfes in der Stadt herausgegeben. Der Kopf sei Sieger einer Kundenbefragung zu Kartenmotiven, so die Bank. Von der SED 1953 so getauft hieß Chemnitz bis zum 1. Juni 1990 „Karl-Marx-Stadt“. An jenem Tag votierten 76 Prozent der Bürger für die Rückkehr zum alten Namen. *H.H.*

ZUR PERSON

Geschickter Vermittler

Erwartungsgemäß hat König Abdullah Ibn Abdul-Asis von Saudi-Arabien den 76-jährigen **Salman Ibn Abdul-Asis** zum neuen saudischen Thronfolger und Vize-Regierungschef proklamiert. Er ist ein Halbbruder des 88-jährigen Königs, dem bereits zwei Kronprinzen weggestorben sind – Sultan im Oktober und Naif am 16. Juni.

Salman gehört wie Naif, Sultan und der einstige König Fahd zu den „Sudairi-Sieben“, den sieben Söhnen, die Abdul-Asis, der Gründer und erste König Saudi-Arabiens, mit seiner Lieblingsfrau Hassa aus dem Sudairi-Klan hatte. Die Thronfolge wird jeweils im engeren Familienkreis, dem „Treuerat“, ausgehandelt, und ging bisher immer an einen Sohn des legendären Abdul-Asis. Salman könnte der letzte aus dieser Generation sein. Voraussetzung für die Thronfolge ist auch, dass die Mutter aus einer „einflussreichen“ Familie stammt und nicht Ausländerin ist.



Salman, der seinen Posten als Verteidigungsminister beibehält, gilt als fähiger Verwalter, der Konflikte durch Ausgleich zu lösen sucht. Auch bei Problemen in der umfangreichen Königsfamilie wird er als Vermittler sehr geschätzt. In den Jahrzehnten seiner Zeit als Gouverneur der Provinz Riad wurde die Hauptstadt Riad zu einer modernen Millionenmetropole. Seinen Hang zur Technik illustriert, dass er seinen Sohn Sultan, einen ausgebildeten Kampfpiloten, an einer Space-Shuttle-Mission teilnehmen ließ. Salman hält zwar an den wahhabitischen Grundsätzen fest, ist aber – so meinen Saudis – nach dem Unfalltod von zwei anderen Söhnen „milder“ geworden und dürfte die vorsichtigen Liberalisierungsversuche von König Abdullah stärken. Neue Hoffnung also auch für „Frau am Steuer“? *RGK*



Van Rompuy sagt's im Gedicht

Zeichnung: Mohr

Schluckbeschwerden

Warum Heiner Geißler die Siegessäule stört, warum Fußball Krieg sein muss, und was Johannes Ponader total unfrei macht / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Alte Männer seien gefährlich, weil sie nichts mehr zu verlieren hätten, heißt es. Stimmt das? Also Heiner Geißler ist schon 82 Jahre alt und verliert andauernd irgendwelchen Blödsinn, den wir uns dann alle anhören müssen. Die verbalen Auswürfe des schwarz-marxistischen Greises ergießen sich über die genervten Deutschen alle paar Wochen in den berüchtigten Talkshows. Nun hat er sich über der Siegessäule entleert.

Das Monument in der Mitte Berlins sei „dumm“ und offenbare eine Gedankenlosigkeit, die Heiner Geißler „bemerkenswert“ findet. Die Säule erinnere nämlich an „blutrünstige Szenen“, und das passe nicht mehr in unsere Zeit. Geißlers Schluss, den er hinterher ironisch gemeint haben will: sprengen!

Ganz gemeine Zeitgenossen stellten im Internet daraufhin die Frage, ob Heiner Geißler eigentlich noch „in unsere Zeit passe“, und wenn nicht, was dann mit ihm zu geschehen habe.

Aber solch frivolen Gedanken wollen wir hier gar nicht erst nachgehen. Uns interessiert vielmehr, ob Geißler seine „Ironie“ nicht vielleicht auch ein paar Meter weiter verströmen möchte, am sowjetischen Siegesmal an der Straße des 17. Juni? Aber das ist natürlich eine rein hypothetische Frage, denn das würde er nie machen. Er ist einer jener zivilcouragierten Querdenker, die in ihrem Mut zur Provokation vor keiner Papst-Kritik zurückschrecken, bei Repräsentanten und Symbolen des Islam aber ganz leise und respektvoll werden. Wegen der religiösen Gefühle und so. Kurz: Die nur denen auf die Füße treten, von denen sie nichts wirklich Hässliches befürchten müssen.

Die Russen würden dem Geißler was husten! Aber wen sollte er wegen der Siegessäule fürchten? Den neuen deutschen Patriotismus? Kaum, denn der ist bekanntermaßen auf Fußball beschränkt und harmlos. Oder etwa nicht? Wer weiß: Laut einer Forsa-Umfrage von 2009 sind 83 Prozent der Deutschen ein bisschen oder gar sehr stolz auf ihr Land. Bei den Jugendlichen sind es sogar fast 90 Prozent. Das ist laut Forsa viel mehr als früher. Für einen wie Geißler ist das ein Alarmsignal. Und längst nicht das einzige, denn so hören wir es dieser Tage wieder düster raunen, Fußball ist nichts Geringeres als Ersatzkrieg. Das macht frösteln: Du liebe Güte! Krieg!

Man könnte es allerdings auch ganz anders betrachten: Freunde, warum sind wir darauf nicht schon vor hundert Jahren gekommen? Statt uns millionenfach gegenseitig hinzumetzeln schikken wir zum nationalen Kräftemessen einfach 22 Männer auf einen Rasen und lassen die das ausfechten. Nicht mit Waffen, sondern mit einem Ball. Und nicht mal von denen muss einer sterben.

Ist es nicht genau das, was wir zivilisatorischen Fortschritt nennen? Sachen, die früher blutig und schrecklich waren, werden „ritualisiert“ und damit in eine angenehme Form gebracht. Schließlich liegt der Ursprung allen Sports in der Wehrertüchtigung. Da ist es doch schlüssig, dass wir unsere Völkerschlachten heute im Stadion nachstellen.

> »Deutschland hat gesiegt« – das geht einem Geißler runter wie dem Hund der Hühnerknochen

Die martialische Grundierung der scheinbar harmlosen Länderwettkämpfe aber bleibt; das muss sein, sonst machen sie keinen Spaß. Daher pfeifen wir auf die immer gleichen Besserwisser, die uns einreden, das sei doch „nur ein Spiel“. So ein Quatsch, da wird nicht „gespielt“, da geht's um (fast) alles! Schlimmer noch sind diese Miesepeter, die uns aberziehen wollen, dass wir sagen, „wir“ hätten gewonnen, wenn doch nur unsere Mannschaft siegreich gewesen sei. Natürlich haben „wir“ gewonnen, wenn die deutsche Elf triumphiert. Schließlich sind das die Nationalspieler und wir die Nation. Ende, aus. Und nun Klappe zu, ihr grauen „Weltbürger“! Du auch, Heiner.

In Wahrheit müssen wir denen das gar nicht erklären, die wissen das alles ebenso. Doch genau da liegt der Hase im Pfeffer: Ein Satz wie „Deutschland hat gesiegt“ geht den Geißlern dieses Landes runter wie dem Hund der Hühnerknochen. Sie erleiden Schluckbeschwerden bis an den Rand des Erstickungstodes. Und wenn sie dann noch die jubelnden Massen fahnenschwenkend durch die Straßen ziehen sehen, werden sie schon mal von finsteren Zerstörungsphantasien heimgesucht: weg mit der Siegessäule.

Manche stören sich indes nicht bloß am nationalen Hintergrund von Länderspielen, ihnen schmeckt der ganze Wettkampfgedanke nicht. Ist das nicht die Verherrlichung unserer kalten Wettbewerbsgesellschaft, wo jeder gegen jeden bolzt? Johannes Ponader findet das alles grässlich und möchte in einer Welt wohnen, in der alle in Frieden und Eintracht mit sich und ihren Mitmenschen leben. Vor allem mit sich, weshalb der „politische Geschäftsführer“ der Piratenpartei keine Lust hat, eine Arbeit zu übernehmen, die ihm keinen Spaß macht: „Ich ertrage es nicht, in Arbeitssituationen zu sein, die für mich nicht stimmig sind, aber so ist fast jedes Angestelltenverhältnis“, sagte er dem „Spiegel“.

Der 35-Jährige ist daher gezwungen, von Sozialleistungen zu leben, die man landläufig als „Hartz IV“ bezeichnet. Das Wort mag Ponader aber nicht hören, da der Begriff „Hartz IV“ stigmatisierend sei. Ob er ein schlechtes Gewissen hat, weil sich andere Leute in ihren „nicht stimmigen Angestelltenverhältnissen“ abrakkern, um das Geld für seinen Lebensunterhalt zu erarbeiten?

Nicht doch: Der gesellschaftliche Schaden durch Steuerhinterziehung sei viel größer als der durch den Missbrauch von Sozialleistungen, so Ponader. Eine probate Rechtfertigung. So argumentierten schon die echten Piraten: Der Pfeffersack, den wir plündern, der ist in Wirklichkeit ein viel größerer Gauner als wir.

Nun jedoch gibt es Ärger, üble Missgunst grassiert: Für seine Fernsehauftritte bekommt Ponader Honorare, für sein Erscheinen bei Markus Lanz beispielsweise 500 Euro. Hartz IV soll aber nur das Existenzminimum abdekken und keinen Deut mehr. Daher gilt: Wer etwas dazu verdient, muss das angeben und bekommt es angerechnet. Außerdem fordert die Arbeitsagentur, dass der Hartz-IV-Empfänger fleißig nach Arbeit sucht, damit er eines Tages wieder von eigenem Geld leben kann statt von den Früchten der Arbeit anderer.

Für die Arbeitsuche hat Ponader aber leider gar keine Zeit, weil ihn sein ehrenamtliches Engagement für die Partei ganz und gar in Beschlag nimmt. Und das mit den Honoraren findet er auch ungerecht. Gegenüber dem Hamburger Magazin seufzt er, diese ganze Bürokratie mache total unfrei.

Ist er etwa ein Schmarotzer? Dagegen weiß er sich zu wehren, denn Ponader wäre kein Politiker, wenn er seine Art der Lebensfinanzierung nicht als ganz großes Programm verkaufen könnte. Seine wichtigste Forderung für ein glücklicheres Deutschland ist daher das „bedingungslose Grundeinkommen“ für alle.

Wie er das finanzieren will, verrät er nicht. Ebenso im Dunkeln bleibt, was der Pirat zu unternehmen gedenkt, wenn keiner mehr Straßenkehrer, Müllmann oder Klofrau werden will, weil die Menschen diese Berufe irgendwie „nicht stimmig für sich“ finden? Zumal ja das bedingungslose Grundeinkommen vor dem Zwang zu ungeliebter Tätigkeit schützt.

Also machen wir uns nichts vor: Der Mann mit dem Einser-Abitur weiß ganz genau, dass sein Programm nur eine Ausrede ist fürs Leben auf fremde Rechnung. Er will bei anderen abgreifen, ohne dafür ein schlechtes Gewissen haben zu müssen.

Diese Haltung ist kein Einzelfall, manchmal befällt sie ganze Länder. Am Ende kreist das halbe Volk nur noch um den Gedanken, wie man bei den anderen möglichst viel einsacken kann, ohne dafür etwas leisten zu müssen. Wenn die Geplünderten dann nach Jahren die Frage stellen, wie lange diese bodenlose Nassauerei eigentlich noch weitergehen soll, reagieren die Griechen genauso sauer auf die bösen Deutschen wie Johannes Ponader auf die pingelige Arbeitsagentur.

MEINUNGEN

*Die **EU** wird langsam zur **Lachnummer**. So sagt der **Schweizer Verteidigungsminister** Ueli Maurer in der „Zeit“ vom 21. Juni:*

„Aber heute will ja niemand mehr, der noch alle Tassen im Schrank hat, in die EU. Dieses Staatenbündnis hat stark an Glaubwürdigkeit verloren.“

***Wolfgang Reuter** kritisiert im „Handelsblatt“ vom 22. Juni die linken **Kritiker** der **„Bild“-Zeitung**, laut denen das Boulevardblatt einen schlechten Einfluss auf die Menschen habe:*

„Im Grunde offenbart diese Kritik ein Weltbild der willenlosen, manipulierbaren Massen, die jederzeit bereit sind, jemandem hinterherzulaufen – und sei es einer Zeitung ... Letztlich verbirgt sich hinter dieser Haltung ein tiefgreifendes Misstrauen gegenüber der Demokratie. Zugleich zeugt sie von Arroganz. Wir wissen, so die dahinterstehende Auffassung, was gut ist für die Menschen – und was nicht.“

*Finanzexperte **Manfred Gburek** lässt den **griechischen** Philosophen **Nikos Dimou** über seine Landsleute lästern:*

„Der Grieche nimmt die Realität prinzipiell nicht zur Kenntnis. Er lebt zweifach über seine Verhältnisse. Er verspricht das Dreifache von dem, was er halten kann. Er weiß viermal so viel wie das, was er tatsächlich gelernt hat. Er zeigt seine Gefühle fünfmal stärker, als er sie wirklich empfindet.“

Das Klima-Jubiläum

Endlich kommt die Gipfel-Horde
in das Buch der Weltrekorde,
rausgegeben Jahr für Jahr,
denn ins ferne Klima-Rio
düsten diesmal brav und bio
Fünfzigtausend, heißt es gar:

Lobbyisten, Journalisten,
Moralisten, Exorzisten
samt Statisten, viel wie nie,
und auch
Wissenschafts-Verscherbler –
alle quasi
Gunstgewerbler
für die Klima-Industrie!

Manche allerdings krakeelten,
weil paar Prominente fehlten –
Ähndschie etwa schickte schlicht
als Ersatzmann hin den Niebel,
aber war dabei sensibel:
Teppichrisken gibt's dort nicht.

Andre zeigten sich
verdrossen,
denn im Voraus schon
beschlossen,
war das Abschluss-Konvolut –
sollen halt sie ohne Zieren
alles einfach rezyklieren,
dann war's doch noch für was gut!

Grünpiss – oder wie die heißen –
fand es überhaupt zum
Schmeißen,
drücken heute ja die Brust
echte Schuldenbillionen,
nicht bloß Klima-Fiktionen,
und da schrumpft die Spendelust.

Aber lasst's euch nicht
verdrießen:
Ignoranz wird weiter
sprießen,
und gewiss auch nächstes Mal
werden aller Welt zum Zeichen
grüne Seifenblasen reichen
für den Klima-Karneval!

Pannonicus